

ifo Dresden berichtet

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Beate Grundig, Beate Schirwitz und Gerit Vogt*
Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Ostdeutschland und Sachsen 2007/2008
- *Wolfgang Nierhaus*
Deutschlandprognose 2008: Auftriebskräfte werden schwächer
- *Sabine Engelmann und Michaela Fuchs*
Bestimmungsfaktoren der Unterschiede einzelbetrieblicher Exportaktivitäten in Ost- und Westdeutschland
- *Beate Grundig, Carsten Pohl und Heinz Schmalholz*
Ostdeutschland im internationalen Standortvergleich

Im Blickpunkt

- *Gerit Vogt*
Ein Beschäftigungsbarometer für die sächsische Wirtschaft

15. Jahrgang (2008)

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: 0351 264760, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Internet: <http://www.ifo-dresden.de>

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 €

Preis des Einzelheftes: 5,00 €

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 1/2008

Aktuelle Forschungsergebnisse

Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Ostdeutschland und Sachsen 2007/2008

3

Beate Grundig, Beate Schirwitz und Gerit Vogt

Die ostdeutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin auf Wachstumskurs. Der aktuellen ifo Dresden Konjunkturprognose zufolge ist das zwischen der Ostsee und dem Erzgebirge erzielte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 2,5 % gestiegen. In Sachsen dürfte die Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr um 3,3 % zugenommen haben. Im Jahr 2008 ist analog zum gesamtdeutschen Trend sowohl in Sachsen als auch in Ostdeutschland insgesamt mit einem im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Wirtschaftswachstum zu rechnen. Die seit nunmehr zwei Jahren feststellbare Entspannung auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich allerdings weiter fortsetzen.

Deutschlandprognose 2008: Auftriebskräfte werden schwächer

13

Wolfgang Nierhaus

In Deutschland ist das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 weiter kräftig gestiegen. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamts nahm es 2007 um 2,5 % zu; kalenderbereinigt belief sich die Wachstumsrate auf 2,6 %. Im laufenden Jahr dürfte das Expansionstempo zunächst merklich schwächer sein, weil die Investitionstätigkeit aufgrund in das Jahr 2007 vorgezogener Projekte gedrückt wird. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1,8 % expandieren (kalenderbereinigt um 1,5 %). Die Inflationsrate wird im Jahresdurchschnitt 2008 auf 2,3 % steigen. Das staatliche Budget wird voraussichtlich wieder ein leichtes Defizit aufweisen, weil sich die staatliche Einnahmensituation nicht mehr weiter verbessert. Im Jahr 2009 dürfte der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad nur noch stagnieren; das reale Bruttoinlandsprodukt wird um 1,5 % zunehmen (kalenderbereinigt um 1,6 %).

Bestimmungsfaktoren der Unterschiede einzelbetrieblicher Exportaktivitäten in Ost- und Westdeutschland

21

Sabine Engelmann und Michaela Fuchs

Ostdeutsche Betriebe weisen eine geringere Exportquote als Betriebe in den alten Bundesländern auf. In diesem Artikel werden mögliche Ursachen dafür aufgezeigt. Über eine Analyse auf einzelbetrieblicher Ebene wird herausgearbeitet, welche Faktoren für die Beteiligung der Betriebe am Exportgeschäft verantwortlich und welche Bestimmungsgründe für die Höhe der Exportquote relevant sind. Eine Dekomposition der Schätzergebnisse zeigt auf, inwieweit die Unterschiede in der Entscheidung zu exportieren einerseits und in der Exportintensität andererseits auf die in der Analyse erfassten betriebsspezifischen Faktoren und auf weitere Ursachen zurückzuführen sind.

Ostdeutschland im internationalen Standortvergleich

33

Beate Grundig, Carsten Pohl und Heinz Schmalholz

Die Regionen innerhalb eines Landes standen untereinander schon immer im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen. Die internationale Dimension dieses Wettbewerbs im Zuge der fortschreitenden Globalisierung hat im letzten Jahrzehnt ganz erheblich zugenommen. Das ifo Institut hat in einer Studie die Frage untersucht, ob und inwieweit der Standort Ostdeutschland für Investoren international attraktiv ist und wie sich die neuen Länder im Standortwettbewerb mit ausgewählten osteuropäischen und asiatischen Standorten positionieren. Dabei zeigt sich, dass Ostdeutschland trotz einiger Defizite ein attraktiver Investitionsstandort ist, der bei vielen für Ansiedlungen relevanten Standortfaktoren gut oder sogar sehr gut abschneidet.

Im Blickpunkt**Ein Beschäftigungsbarometer für die sächsische Wirtschaft**

41

Gerit Vogt

Die Situation auf dem sächsischen Arbeitsmarkt hat sich seit dem Jahr 2006 mehr und mehr entspannt. Indikatoren wie die Arbeitslosenquote, die Zahl der Erwerbstätigen und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten deuten unisono auf eine Lageverbesserung hin. Im vorliegenden Beitrag wird ein neuer Arbeitsmarktindikator vorgestellt, der Rückschlüsse über die aktuelle Beschäftigungsentwicklung in der gewerblichen Wirtschaft Sachsens erlaubt und zudem für Prognosezwecke nützlich sein dürfte.

Daten und Prognosen**Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich**

44

Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest

46

Aus der ifo Werkstatt**ifo Veranstaltungen**

49

ifo Vorträge

50

ifo Veröffentlichungen

50

Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Ostdeutschland und Sachsen 2007/2008

Beate Grundig, Beate Schirwitz und Gerit Vogt*

Mit diesem Beitrag wird die bereits in früheren Ausgaben von *ifo Dresden berichtet* vorgenommene Diskussion aktueller gesamtwirtschaftlicher Trends in Ostdeutschland und Sachsen fortgesetzt. Die in den nachfolgenden Ausführungen vorgestellten Prognosewerte basieren auf den Ergebnissen der ifo Dresden Konjunkturprognose, die am 17. Dezember 2007 im Rahmen einer Pressemitteilung und eines Pressegesprächs veröffentlicht worden ist. Zunächst werden aktuelle Trends in der konjunkturellen Entwicklung Ostdeutschlands skizziert. In den darauf folgenden Abschnitten wird auf Besonderheiten der wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen eingegangen. Der Beitrag schließt wie gewohnt mit einer Bewertung des sächsischen und ostdeutschen Arbeitsmarktes. Für eine Darstellung der globalen und gesamtdeutschen Rahmenbedingungen sei auf den Artikel von NIERHAUS (2008) in diesem Heft verwiesen.

Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland

Anhaltender Aufschwung 2007

Die ostdeutsche Wirtschaft (einschließlich Berlin) setzte im Jahr 2007 ihr kräftiges Wachstum weiter fort. Im ersten Halbjahr erhöhte sich das preisbereinigte **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) nach Angaben der amtlichen Statistik gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,7 %. Die höchste Wachstumsrate wies dabei mit 4,0 % Mecklenburg-Vorpommern auf, während die Zunahme in Berlin lediglich bei 1,0 % lag.¹ Ähnlich wie in Deutschland insgesamt hat sich die konjunkturelle Dynamik in der zweiten Jahreshälfte zwar leicht abgeschwächt; gleichwohl bleibt das positive Konjunkturbild bestehen. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung dürfte im Jahr 2007 im Vergleich zu 2006 um knapp 3 % zugenommen haben. Unter Berücksichtigung der unterstellten Entwicklung der Nettogütersteuern ergibt sich damit insgesamt eine Zuwachsrate des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts von 2,5 % (vgl. Abb. 1). Auch die Zahl der Erwerbstätigen hat sich 2007 weiter erhöht, im Durchschnitt vermutlich um 1,8 %.²

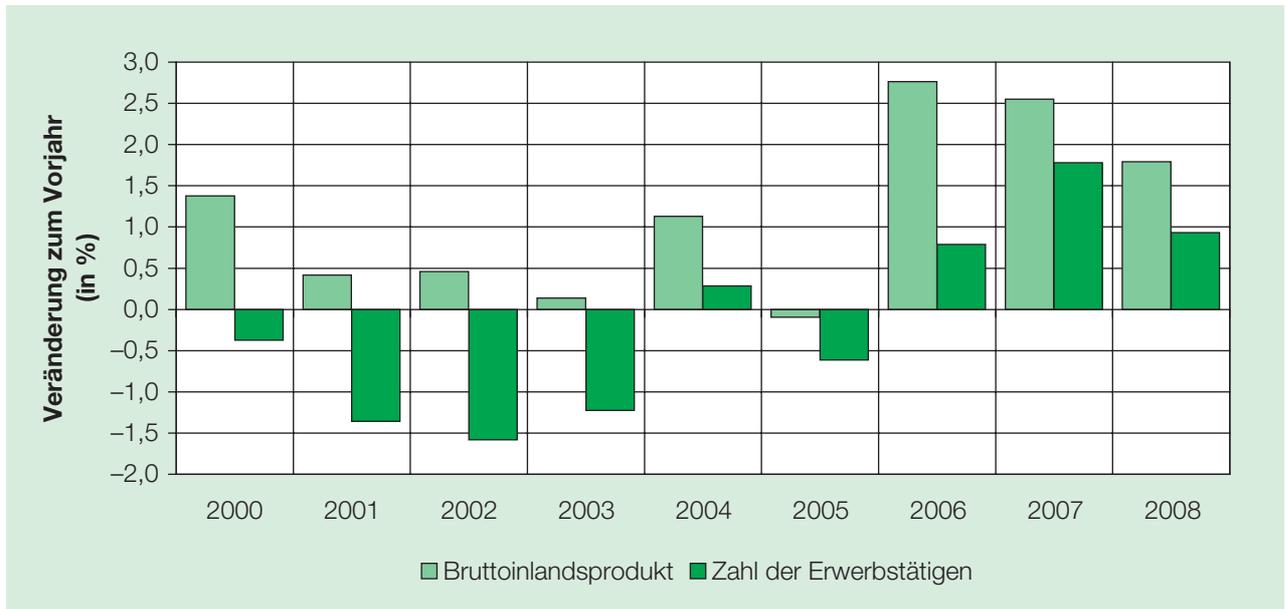
Auch 2007 wurde die ostdeutsche Konjunktur wesentlich vom **verarbeitenden Gewerbe** getragen. Der Produktionsindex für diesen Wirtschaftsbereich nahm in

den ersten drei Quartalen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 9,3 % zu und damit auch stärker als in Deutschland insgesamt (6,2 %). Ein maßgeblicher Grund für die dynamischere Entwicklung des ostdeutschen verarbeitenden Gewerbes ist der im Vergleich zu Westdeutschland bestehende Lohnstückkostenvorteil.³ Überdurchschnittliche Wachstumsraten erzielten die Hersteller von Vorleistungs- und Investitionsgütern, die von umfangreichen Investitionen im In- und Ausland besonders profitierten. Der Umsatz der berichtspflichtigen Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Mitarbeitern erhöhte sich im gleichen Zeitraum um mehr als 11 %. Abgesehen von Berlin, wo die Erlöse der Industrieunternehmen im Vergleich zum Vorjahr kaum zunahmten, wurden in allen ostdeutschen Bundesländern zweistellige Wachstumsraten erzielt. Auch im vierten Quartal dürfte sich die positive Entwicklung fortgesetzt haben. Vor allem die inländische Nachfrage nach Investitionsgütern blieb weiterhin hoch, da die vorteilhaften Abschreibungsbedingungen, die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbart wurden, am Jahresende ausgelaufen sind. Für das gesamte Jahr 2007 ist mit einer Erhöhung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands um gut 10 % zu rechnen (vgl. Abb. 2).

Seit dem Auslaufen des Nachwende-Baubooms im Jahr 1996 dominiert der Abbau von Überkapazitäten die Entwicklung im ostdeutschen **Baugewerbe** und belastet damit auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Im Jahr 2006 nahm die preisbereinigte Bruttowertschöpfung in diesem Bereich erstmals wieder zu. Auch in den ersten vier Monaten des Jahres 2007 setzte sich das Wachstum fort. Allerdings wurde dies deutlich durch den ungewöhnlich milden Winter begünstigt, der Baustellenarbeiten kaum beeinträchtigte und damit einen jahreszeitlich untypischen Leistungsumfang ermöglichte. Im weiteren Jahresverlauf lief dieser Trend im Bauhauptgewerbe daher erwartungsgemäß aus und die Produktion begann im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erneut zu schrumpfen. Durch die hohen Zuwächse im ersten Quartal erhöhte sich der baugewerbliche Umsatz der Unternehmen des Monatsberichtsgebietes in den ersten

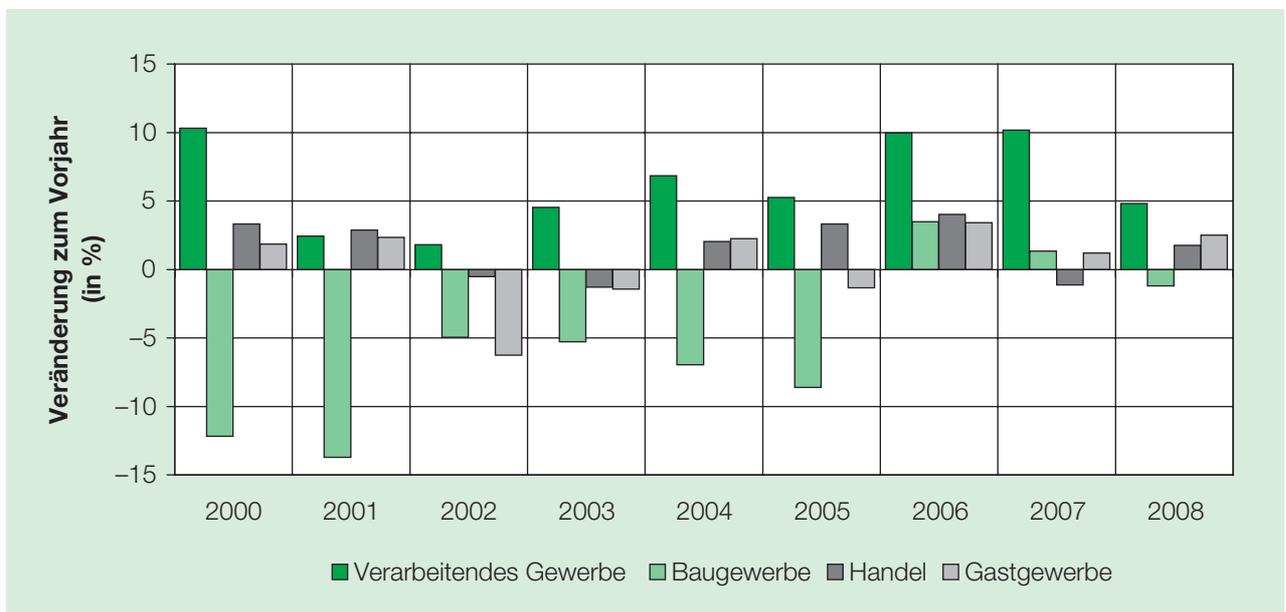
* Beate Grundig und Gerit Vogt sind wissenschaftliche Mitarbeiter und Beate Schirwitz ist Doktorandin in der Niederlassung Dresden des ifo Instituts.

Abbildung 1: Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland (mit Berlin)



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder (2007), Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung (ETR) des Bundes und der Länder (2007a); 2007 und 2008: Prognose des ifo Instituts.

Abbildung 2: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2007); 2007 und 2008 sowie Handel und Gastgewerbe 2005 bis 2008: Prognose des ifo Instituts.

zehn Monaten insgesamt dennoch um 1,2%. Dabei ist die Streuung unter den ostdeutschen Bundesländern erheblich, sie reicht von einem Umsatzrückgang um 3,6% in Berlin bis zu einer Zunahme um 8,7% in Brandenburg. Im Ausbaugewerbe war die Entwicklung offenbar beständiger. Hier nahm der baugewerbliche Erlös in den ersten drei Quartalen im ostdeutschen Durchschnitt um

4,5% zu. Für das Jahresende dürfte der Vorjahresvergleich im Baugewerbe tendenziell negativ ausgefallen sein, da im vierten Quartal 2006 bereits die milde Witterung sowie Vorzieheffekte durch die Mehrwertsteuererhöhung die Bauentwicklung begünstigten. Insgesamt ist dennoch für 2007 mit einem Wachstum der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um reichlich 1% zu rechnen.

Negative Entwicklungen musste 2007 der ostdeutsche **Handel** (inklusive Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern) verzeichnen. Vor allem der Einzelhandel und der Kfz-Handel litten unter Kaufkraftverlusten der privaten Haushalte. Neben der Mehrwertsteuererhöhung am Jahresanfang trugen dazu auch die gestiegenen Lebenshaltungskosten bei. Nach Angaben des STATISTISCHEN BUNDESAMTES (2007a) gab es überdurchschnittliche Preissteigerungen bei Haushaltsenergie und Kraftstoffen sowie insbesondere in der zweiten Jahreshälfte bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken. Vor allem im Kfz-Handel trugen sicher auch in Erwartung der Mehrwertsteuererhöhung ins Jahr 2006 vorgezogene Käufe dazu bei, dass der Umsatz gegenüber dem Vorjahr erheblich zurück ging. In den ersten drei Quartalen betrug die Schrumpfung im ostdeutschen Durchschnitt mehr als 6 %. Im Einzelhandel fiel der Rückgang mit 1,0 % weniger stark aus. Aber selbst der Großhandel, der zusätzliche Impulse aus der Industrie und dem Baugewerbe erhält, verfehlte im gleichen Zeitraum seinen Vorjahresumsatz. Auch wenn die Umsatzentwicklung im ostdeutschen Handel damit insgesamt schwächer verlief als im gesamtdeutschen Durchschnitt, ist hier ebenfalls damit zu rechnen, dass die negativen Trends in den letzten Monaten des Jahres langsam ausgelaufen sind. Insgesamt dürfte die Bruttowertschöpfung 2007 dennoch im Vergleich zum Vorjahr um gut 1 % zurückgegangen sein.

Vorteilhafter verlief das Jahr im ostdeutschen **Gastgewerbe**. Von Januar bis September erhöhte sich der nominale Umsatz im Vergleich zu den ersten drei Quartalen 2006 im Durchschnitt um 1,3 %, während der Erlös in Westdeutschland in diesem Zeitraum rückläufig war. Zulegen konnten in der Regel das Beherbergungsgewerbe sowie die Kantinen und Caterer, das Gaststättengewerbe musste hingegen Verluste verzeichnen. Mecklenburg-Vorpommern konnte offenbar besonders vom ungewöhnlich zeitigen Beginn des Frühlings und dem G8-Gipfel im Juni profitieren. Die beiden ostdeutschen Gastgeberländer der Fußball-Weltmeisterschaft 2006, Sachsen und Berlin, verzeichneten hingegen auch durch den dadurch wirkenden Basiseffekt unterdurchschnittliche Veränderungsraten. Im Gesamtjahr 2007 dürfte die Bruttowertschöpfung im ostdeutschen Gastgewerbe um gut 1 % zugenommen haben.

Auch die industrienahen Bereiche **Verkehr und Nachrichtenübermittlung** sowie die **unternehmensnahen Dienstleister** haben 2007 positiv zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands beigetragen. Der Wachstumsbeitrag der **öffentlichen Dienstleister** dürfte angesichts der fortschreitenden Rückführung der öffentlichen Personalausgaben hingegen negativ gewesen sein.

Ausblick für das Jahr 2008

Im Jahr 2008 werden sich die wirtschaftlichen Abschwächungstendenzen in Ostdeutschland weiter fortsetzen. Dennoch wird mit einer prognostizierten Zunahme des preisbereinigten BIP um 1,8 % erneut ein spürbares Wachstum erzielt. Am Arbeitsmarkt hält die Erholung ebenfalls weiter an, allerdings wird die Zahl der Erwerbstätigen mit 0,9 % weniger stark zunehmen als im Vorjahr. Wie auch in Deutschland insgesamt ist in Ostdeutschland mit einer Verschiebung der Wachstumskräfte hin zum Konsum zu rechnen.

Im ostdeutschen **verarbeitenden Gewerbe** wird sich die Dynamik nach zwei äußerst wachstumsstarken Jahren etwas abschwächen. Ein Grund dafür ist die zu erwartende Dämpfung der Nachfrage nach Investitionsgütern. Zu erwarten ist, dass sich das inländische Geschäft vor allem in der ersten Jahreshälfte verschlechtert, da aktuelle Veränderungen in den Abschreibungsbedingungen noch 2007 zu Vorzieheffekten geführt haben dürften. Aber auch für die Weltkonjunktur ist insgesamt mit einer Eintrübung zu rechnen. Dies betrifft insbesondere die westeuropäischen Industriestaaten und die USA, während die wirtschaftliche Dynamik in den mittel- und osteuropäischen Ländern und Asien weiter vergleichsweise hoch bleibt. Aufgrund einer stärkeren Bedeutung der letztgenannten Ländergruppen in der Außenhandelsstruktur der ostdeutschen Unternehmen dürfte die resultierende Abschwächung hier etwas geringer ausfallen als in Gesamtdeutschland (vgl. Tab. 1). Insgesamt wird das Wachstum der Bruttowertschöpfung daher mit knapp 5 % erneut kräftig sein.

Unterstellt man eine jahreszeitlich typische Witterung, dann wird das **Baugewerbe** im ersten Quartal 2008 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum einen deutlichen Rückgang der Aktivität hinnehmen müssen. Auch die für Gesamtdeutschland erwarteten Impulse aus der Verbesserung der Infrastruktur, dem Ausbau von Kindertagesstätten und dem Wohnungsbau dürften aufgrund der umfangreichen Investitionen der jüngeren Vergangenheit in Ostdeutschland im aktuellen Jahr weit weniger stark ausfallen. Indikatoren wie der Auftragseingang und die ifo Geschäftserwartungen der Unternehmen im Bauhauptgewerbe deuten ebenfalls darauf hin, dass die Entwicklung in Ostdeutschland schwächer ausfallen wird als im Bundesdurchschnitt. Mittelfristig wirkt zudem die demographische Entwicklung dämpfend, da mit dem anhaltenden Bevölkerungsrückgang beispielsweise der Bedarf an Wohngebäuden zurück geht. Lediglich im Ausbaugewerbe sind anhaltend positive Effekte aus weiter öffentlich geförderten Maßnahmen wie der Wärmedämmung zu erwarten. Die im Vergleich zu Gesamtdeutschland schwächere Entwicklung des ostdeutschen

Tabelle 1: Regionale Struktur der wertmäßigen Ausfuhr 2006

Zielregion	Liefergebiet		
	Ostdeutschland (mit Berlin)	Westdeutschland (ohne Berlin)	Sachsen
Euro-Zone	36,1 %	42,5 %	33,1 %
Neue EU-Mitgliedsländer, Russland	19,3 %	12,0 %	17,4 %
USA	8,1 %	9,5 %	9,5 %
Asien	15,3 %	14,0 %	21,1 %
Sonstige	21,2 %	22,0 %	18,9 %

Quellen: Statistisches Bundesamt (2007c), Berechnungen des ifo Instituts.

Baugewerbes wird sich daher auch 2008 fortsetzen. Die Bruttowertschöpfung wird dann um etwa 1 % zurückgehen.

Die konsumnahen Bereiche im **Handel** und **Gastgewerbe** können in diesem Jahr von dem erwarteten Anziehen des privaten Konsums profitieren. Angesichts der anhaltenden Ausweitung der Erwerbstätigkeit und den 2008 wieder stärker steigenden Löhnen ist auch in Ostdeutschland mit einer spürbaren Belebung der Konsumentennachfrage zu rechnen, die die leicht gedämpften Impulse aus der gewerblichen Wirtschaft in diesen Wirtschaftsbereichen mehr als ausgleichen kann. Die Bruttowertschöpfung wird im Handel um knapp 2 % und im Gastgewerbe etwa um 2,5 % zunehmen.

In Anbetracht der leichten konjunkturellen Abschwächung in der Industrie werden die **unternehmensnahen Dienstleistungen** 2008 vermutlich nur abgeschwächt expandieren können. Positiv wirken sich Tarifanpassungen und -erhöhungen im öffentlichen Sektor auf die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung aus. Insgesamt wird diese 2008 in Ostdeutschland voraussichtlich um gut 2 % ausgeweitet.

Wirtschaftsentwicklung in Sachsen

Wachstumsdynamik weiterhin sehr hoch

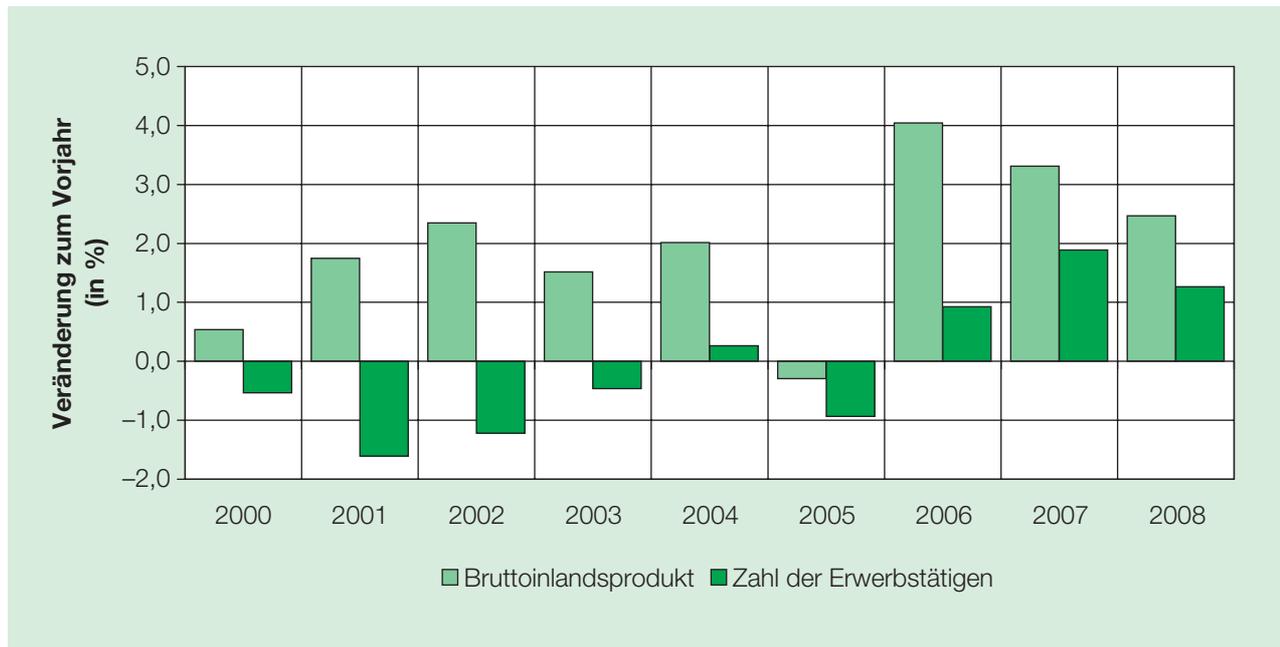
Im ersten Halbjahr 2007 ist das Bruttoinlandsprodukt Sachsens nach Angaben der amtlichen Statistik preisbereinigt um 3,4 % gewachsen. Der Anstieg fiel damit erneut höher aus als im Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer. Für das gesamte Jahr 2007 geht das ifo Institut von einem Wirtschaftswachstum von 3,3 % aus. Bereits im Jahr 2006 war mit einem Anstieg von 4,0 %

ein im Vergleich zu den Vorjahren ausgesprochen starker Zuwachs erreicht worden (vgl. Abb. 3). Die Zahl der Erwerbstätigen nahm der Prognose zufolge im Jahr 2007 um 1,9 % zu. Sie expandierte damit so kräftig wie seit 1995 nicht mehr.

Die stärksten Wachstumsimpulse dürfte die sächsische Wirtschaft im Jahr 2007 wieder aus dem **verarbeitenden Gewerbe** erhalten haben. Da dieser Wirtschaftsbereich in Sachsen in stärkerem Maße auf die Produktion von Investitionsgütern spezialisiert ist als in Ostdeutschland insgesamt (vgl. Tab. 2), konnten hier im Vergleich zum ostdeutschen Durchschnitt nochmals höhere Wachstumsraten beim Umsatz und der Bruttowertschöpfung erzielt werden. Der Prognose zufolge ist die Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe Sachsens im Jahr 2007 um gut 13 % gestiegen (vgl. Abb. 4).

Das **Baugewerbe** Sachsens hat im Vergleich zum Baugewerbe Ostdeutschlands hingegen eine schwächere Entwicklung hinnehmen müssen. Darauf deuten zumindest die Daten zum Umsatz und zum Auftragseingang der berichtspflichtigen Betriebe des Bauhauptgewerbes hin. Die beiden Indikatoren sind im Zeitraum von Januar bis September 2007 um 0,4 bzw. 0,5 % zurückgegangen. Im gesamten Jahr 2007 dürfte die Bruttowertschöpfung im sächsischen Baugewerbe um etwa 1,5 % unter das Vorjahresniveau gesunken sein. Der im Jahr 2006 durch die außerordentlich günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Mehrwertsteuer-Vorzugseffekte unterbrochene **Strukturanpassungsprozess** ist im vergangenen Jahr offenbar wieder stärker in den Vordergrund getreten. Das sächsische Baugewerbe ist noch immer als überdimensioniert anzusehen. Wird als Maßstab für die sich langfristig einstellende Dimension der Anteil des Baugewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung der westdeutschen Bundesländer verwendet, so zeigt

Abbildung 3: Veränderungen des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2007), Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2007a); 2007 und 2008: Prognose des ifo Instituts.

Tabelle 2: Umsatzanteile der Hauptgruppen des verarbeitenden Gewerbes im Vergleich

Hauptgruppen	Sachsen	Ostdeutschland (mit Berlin)	Westdeutschland (ohne Berlin)
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie	37,4 %	42,7 %	39,3 %
Investitionsgüterproduzenten	41,8 %	27,0 %	42,0 %
Gebrauchsgüterproduzenten	2,7 %	2,9 %	3,2 %
Verbrauchsgüterproduzenten	18,1 %	27,4 %	15,5 %
Summe	100,0 %	100,0 %	100,0 %

Anmerkung: Basis für die Umsatzanteile ist der Umsatz der Betriebe nach Wirtschaftszweigen im Jahr 2006.

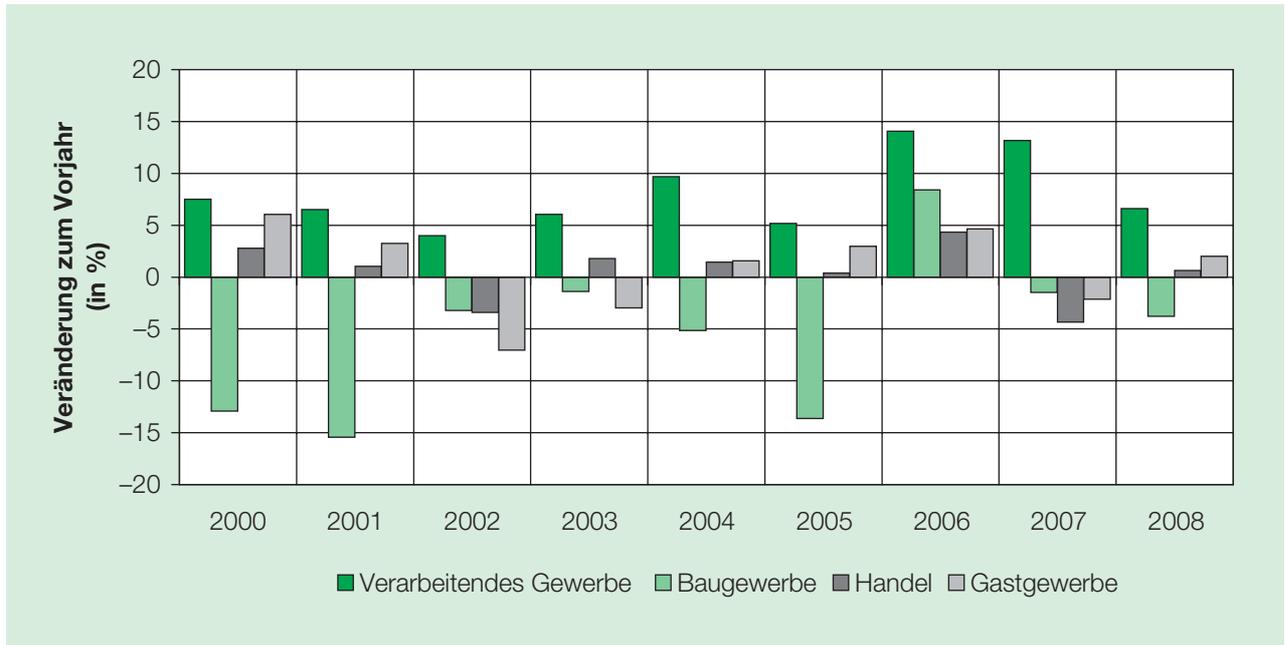
Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2007), Statistisches Bundesamt (2007b), Berechnungen des ifo Instituts.

sich, dass für das sächsische Baugewerbe noch immer ein stärkerer Anpassungsdruck besteht als für das Baugewerbe Ostdeutschlands (vgl. Tab. 3). Der entsprechende Anteil lag im Jahr 2006 in Sachsen bei 5,9 % und damit deutlich höher als im Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer (3,8 %). Ein ähnliches Bild zeigt sich auch, wenn die Daten zur Bruttowertschöpfung mit der Zahl der Einwohner in der betrachteten Region in Relation gesetzt werden. Diese Relation erlaubt gewisse Rückschlüsse über die regionale Nachfrage nach Bauleistungen. Im Jahr 2006 wurde im Durchschnitt der westdeutschen

Bundesländer pro Einwohner eine Bruttowertschöpfung von 1.013 € erzielt. In Sachsen lag dieser Wert mit 1.107 € so hoch wie in keinem anderen Bundesland.

In den Bereichen **Groß-, Einzel- und Kfz-Handel** sowie im **Gastgewerbe** Sachsens zeigte sich im Zeitraum von Januar bis September 2007 ebenfalls eine im Vergleich zum Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer schwächere Entwicklung. Im Einzelhandel Sachsens ist der Umsatz der berichtspflichtigen Unternehmen in den ersten drei Quartalen des Jahres 2007 um 4,2 % zurückgegangen. Der Kfz-Handel musste – analog zum

Abbildung 4: Veränderungen der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der sächsischen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2007); 2007 und 2008 sowie Handel und Gastgewerbe 2005 bis 2008: Prognose des ifo Instituts.

Tabelle 3: Indikatoren zum Strukturanpassungsprozess im Baugewerbe

Hauptgruppen	Sachsen	Ostdeutschland (mit Berlin)	Westdeutschland (ohne Berlin)
Anteil des Baugewerbes an der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche (in %)	5,9	5,0	3,8
Bruttowertschöpfung im Baugewerbe je Einwohner (in €)	1.107	945	1.013
Anmerkung: Die Angaben basieren auf den Daten zur im Jahr 2006 erzielten Bruttowertschöpfung in Preisen des Jahres 2006.			

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2007), Berechnungen des ifo Instituts.

gesamtdesischen Trend – mit einem Rückgang von 10,1% eine noch stärkere Schrumpfung hinnehmen. Im Großhandel ist der Umsatz im Zeitraum von Januar bis September 2007 um 0,2% und im Gastgewerbe um 1,6% zurückgegangen. Alles in allem betrachtet wird für die Bruttowertschöpfung im Handel ein Rückgang um gut 4% und für die Bruttowertschöpfung im Gastgewerbe ein Rückgang um rund 2% prognostiziert.

Der Beitrag, den die Bereiche **Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleistung** zum Wirtschaftswachstum geleistet haben, dürfte aufgrund der dynamischeren Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes in Sachsen allerdings höher ausgefallen sein als in Ostdeutschland insgesamt.

Perspektiven auch für 2008 günstig

In diesem Jahr ist infolge der allgemeinen Wachstumsabschwächung auch in Sachsen mit einem niedrigeren Wirtschaftswachstum zu rechnen. Der Prognose zufolge wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Sachsens im Jahr 2008 um 2,5% steigen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird wahrscheinlich um 1,3% zunehmen. Das im Vergleich zu Ostdeutschland etwas stärkere Wirtschaftswachstum in Sachsen ist dabei insbesondere durch die günstigere Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe bedingt, wo die Bruttowertschöpfung um rund 7% im Vergleich zum Vorjahr zunehmen dürfte. Analog zur Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe wird auch für die unternehmensnahen Dienstleister in Sachsen ein

stärkeres Wachstum als in Ostdeutschland insgesamt prognostiziert. Die vergleichsweise stärkere Abschwächung der konjunkturellen Dynamik im Baugewerbe und die geringere Expansion in den konsumnahen Bereichen werden dadurch voraussichtlich mehr als kompensiert (vgl. Tab. 4).

Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen und Ostdeutschland

Beschäftigungsentwicklung weiterhin positiv

Die positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt im Jahr 2006 haben sich auch 2007 fortgesetzt. Sowohl die Zahl der **Erwerbstätigen** als auch die der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten hat sich im vergangenen Jahr deutlich erhöht. Nach einem jahresdurchschnittlichen Wachstum der Erwerbstätigkeit von 0,9 % in Sachsen bzw. 0,8 % in den neuen Bundesländern im Jahr 2006 nahm die Wachstumsdynamik bis ins erste Quartal 2007 weiter zu. In den anschließenden beiden Quartalen 2007, zu denen bisher Daten vorliegen, wuchs

die Erwerbstätigkeit im Vergleich zum Vorjahresquartal etwas schwächer (vgl. Tab. 5). Im Jahresdurchschnitt 2007 erwartet das ifo Institut für Sachsen eine um 1,9 % über dem Vorjahresniveau liegende Erwerbstätigenzahl (Ostdeutschland +1,8 %).

Die gute Entwicklung bei der Erwerbstätigkeit ist vorrangig auf den Aufbau von **sozialversicherungspflichtigen (sv) Beschäftigungsverhältnissen** zurückzuführen. In Sachsen stiegen diese in den ersten drei Quartalen 2007 um 39.500 und damit sogar leicht stärker als die Erwerbstätigkeit insgesamt (+37.800). Der Grund hierfür ist vermutlich die Umwandlung von sozialversicherungsfreien in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. In Ost- und Westdeutschland hat sich die sv-Beschäftigung in den ersten drei Quartalen 2007 etwas schwächer entwickelt als die Erwerbstätigkeit: Dem Anstieg an sv-Beschäftigten von 131.600 bzw. 449.000 Personen steht ein Erwerbstätigenwachstum von 137.200 bzw. 531.000 gegenüber.

Sucht man nun nach den „Verursachern“ für die Beschäftigtengewinne, so können für Sachsen und Ostdeutschland zwei dominierende Branchen ausfindig gemacht werden: das verarbeitende Gewerbe und die Unternehmensdienstleister (Bereich K „Grundstücks- und

Tabelle 4: Eckdaten der Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen

Veränderungen zum Vorjahr (in %) ^a	Ostdeutschland (mit Berlin)			Sachsen		
	2006	2007	2008	2006	2007	2008
Bruttoinlandsprodukt	2,8	2,5	1,8	4,0	3,3	2,5
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	2,7	2,9	2,1	4,0	3,7	2,7
Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes	10,0	10,2	4,8	14,1	13,2	6,6
Bruttowertschöpfung des Baugewerbes	3,5	1,3	-1,2	8,4	-1,5	-3,8
Bruttowertschöpfung des Handels ^b	4,0	-1,1	1,8	4,3	-4,3	0,6
Bruttowertschöpfung des Gastgewerbes	3,4	1,2	2,5	4,7	-2,1	2,0
Zahl der Erwerbstätigen	0,8	1,8	0,9	0,9	1,9	1,3

a) Die Angaben zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung basieren auf den Preisen des Vorjahres – b) Handel inklusive Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2007) und Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2007a); 2007 und 2008 sowie Bruttowertschöpfung des Handels und des Gastgewerbes 2006: Prognose des ifo Instituts.

Tabelle 5: Erwerbstätige (am Arbeitsort) in Sachsen, Ost- und Westdeutschland (2006–2007)

	Sachsen		Ostdeutschland		Westdeutschland	
	in 1.000 Personen	Veränderung zum Vorjahresquartal	in 1.000 Personen	Veränderung zum Vorjahresquartal	in 1.000 Personen	Veränderung zum Vorjahresquartal
2006						
1. Quartal	1.859,1	+0,1%	7.019,6	+0,1%	31.398,4	+0,0%
2. Quartal	1.901,4	+1,0%	7.173,7	+0,9%	31.787,3	+0,6%
3. Quartal	1.932,7	+1,3%	7.277,0	+1,1%	32.020,0	+0,8%
4. Quartal	1.954,5	+1,4%	7.360,9	+1,1%	32.317,1	+0,9%
2007						
1. Quartal	1.907,2	+2,6%	7.187,5	+2,4%	31.949,5	+1,8%
2. Quartal	1.939,2	+2,0%	7.308,6	+1,9%	32.324,4	+1,7%
3. Quartal	1.960,1	+1,4%	7.385,7	+1,5%	32.544,3	+1,6%

Quellen: Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2007b), Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2007).

Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt“) (vgl. Abb. 5). Bei den Unternehmensdienstleistern sind wiederum die **Zeitarbeitsfirmen** die treibende Kraft hinter dem Beschäftigtenaufbau.

Das sächsische **verarbeitende Gewerbe** schuf im vergangenen Jahr in den Monaten Januar bis September im Vergleich zum Vorjahreszeitraum rund 11.800 Stellen (+4,2%) und konnte damit seinen Anteil an allen Beschäftigten weiter ausbauen: Mehr als jeder fünfte sv-Beschäftigte in Sachsen war 2007 im verarbeitenden Gewerbe tätig. Dieses Beschäftigtenwachstum stellt aber nur eine Untergrenze dar, denn zahlreiche Firmen setzen Leiharbeiter ein, die formal bei Zeitarbeitsfirmen angestellt sind, die aber in der Regel in anderen Wirtschaftsbereichen, wie dem verarbeitenden Gewerbe, eingesetzt werden. In den Leiharbeitsfirmen in Sachsen stieg die Beschäftigtenzahl zwischen März 2006 und März 2007 um 11.000 Personen, was fast einer Verdoppelung entspricht. Die Statistik der Bundesagentur zu den Leiharbeitnehmern weist leider nicht den Wirtschaftsbereich aus, in dem der Einsatz erfolgt. Um die Bedeutung der Zeitarbeiter in den einzelnen Wirtschaftsbereichen dennoch ansatzweise abzuschätzen, kann auf Statistiken zur Art der ausgeübten Tätigkeit zurückgegriffen werden. Dieser kann entnommen werden, dass im zweiten Halbjahr 2006 in Sachsen ca. 38% der Leiharbeitnehmer eine Fertigungstätigkeit im engeren Sinne ausgeübt haben, die grob dem verarbeitenden Gewerbe

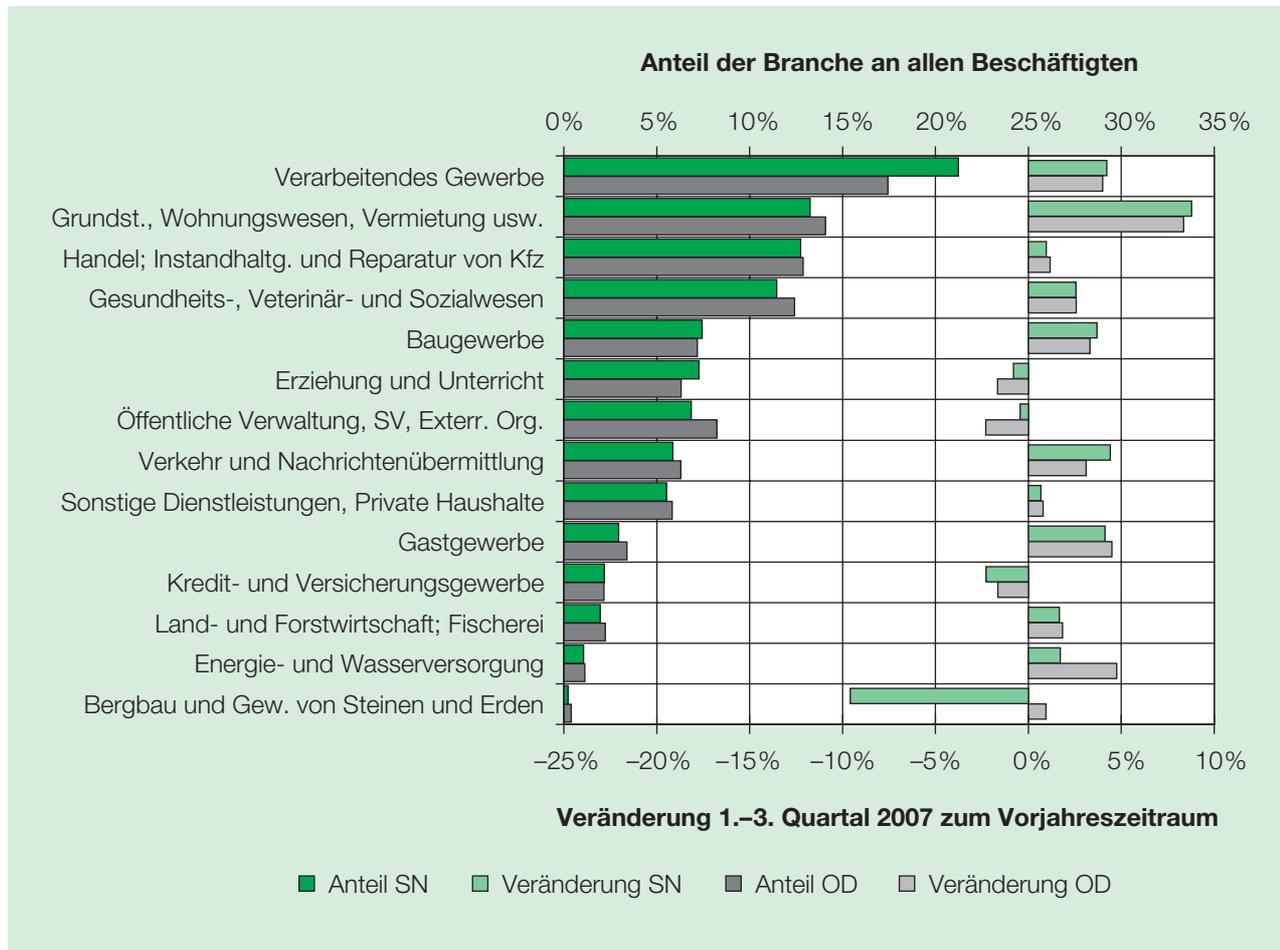
zugerechnet werden kann [vgl. STATISTIK DER BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2007)].⁴

In größerem Umfang konnten des Weiteren die Bereiche Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, Verkehr und Nachrichtenübermittlung und das Gastgewerbe im vergangenen Jahr **Beschäftigungsgewinne** verzeichnen. Sogar im Handel stieg erstmals seit langem die Zahl der Beschäftigten wieder leicht. Neben diesen guten Entwicklungen gibt es aber weiterhin Branchen, die Beschäftigung abbauen. Hier sind vor allem die Bereiche „Erziehung und Unterricht“ und das Kredit- und Versicherungsgewerbe zu nennen. Im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden ging die Zahl der sv-Beschäftigten in Sachsen in den ersten drei Quartalen zwar um fast 10% zurück, diese Branche ist für die Gesamtbeschäftigung jedoch unbedeutend.

Arbeitslosigkeit erneut rückläufig

Die gute wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland schlug sich im vergangenen Jahr in einem weiteren Rückgang der **Arbeitslosigkeit** in allen Bundesländern nieder. Die stärksten Rückgänge im Vorjahresvergleich erlebten die Bundesländer Baden-Württemberg (-21,9%), Bayern (-21,5%) und Rheinland-Pfalz (-18,0%). Mit Ausnahme von Thüringen stehen die ostdeutschen Bundesländer beim Rückgang der Arbeitslosigkeit auf den hinteren Plätzen, wenngleich die Schrumpfungsraten durchweg

Abbildung 5: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen und Ostdeutschland nach Wirtschaftszweigen



Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008a), Berechnungen des ifo Instituts.

zweistellig sind. In Sachsen ging die Zahl der Arbeitslosen im vergangenen Jahr um 13,2 % zurück, und erreichte damit den niedrigsten Stand seit 1996 (vgl. Abb. 6). In Sachsen und den neuen Bundesländern profitierten überdurchschnittlich stark die Jüngeren unter 25 Jahren vom Arbeitslosigkeitsrückgang, während die Zahl der älteren Arbeitslosen (d. h. über 55 Jahre) nur um 8,0 % in Sachsen und 9,4 % in Ostdeutschland zurückging.

Literatur

ARBEITSKREIS ERWERBSTÄTIGENRECHNUNG (ETR) DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2007a): Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2006 Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Erwerbstätige (Jahresergebnisse), Berechnungsstand: August 2007, Oktober 2007.

ARBEITSKREIS ERWERBSTÄTIGENRECHNUNG (ETR) DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2007b): Erwerbstätige in den

Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2001 bis 2. Vierteljahr 2007 Reihe 1, Länderergebnisse Band 3, Erwerbstätige (Vierteljahresergebnisse), Berechnungsstand: 21. August 2007, Oktober 2007.

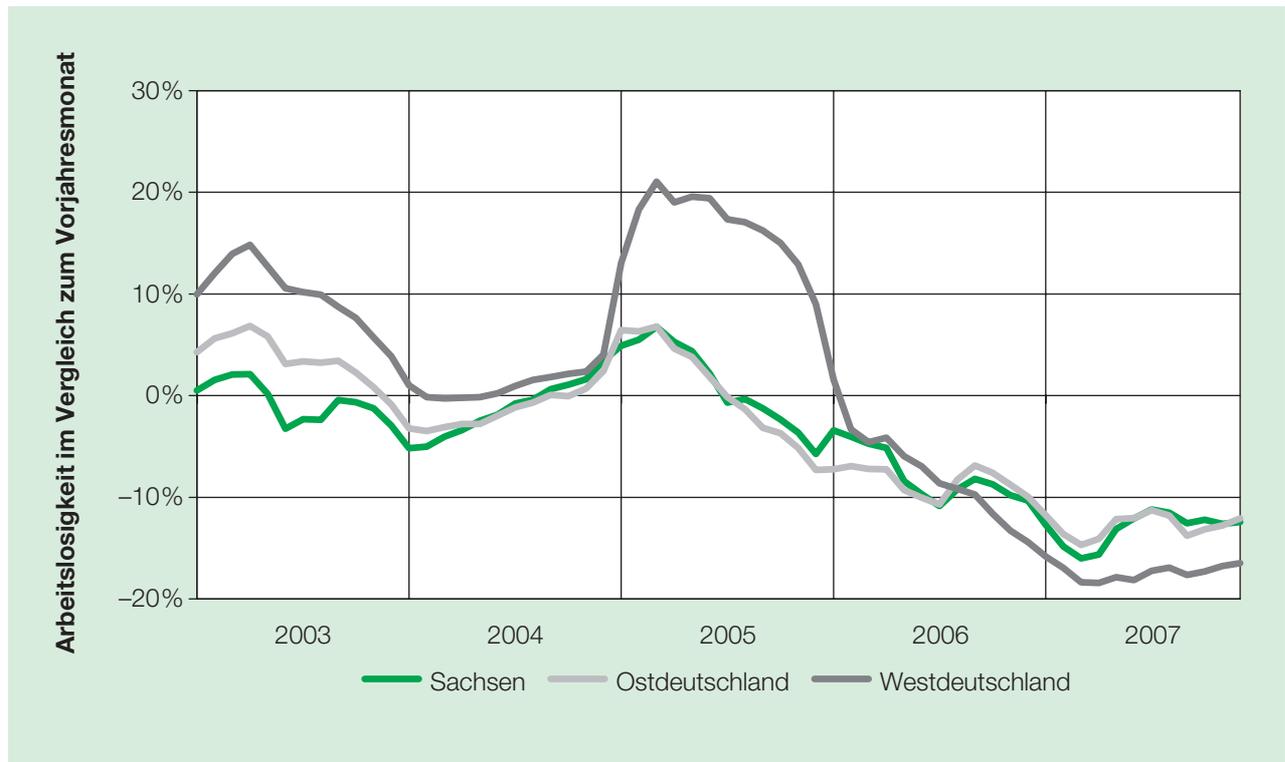
ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER (Hrsg.) (2007): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraum-Regionen Deutschlands 1991–2006, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Berechnungsstand August 2006/Februar 2007, März 2007.

BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (Hrsg.) (2007): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2007, September 2007, S. 5.

NIERHAUS, W. (2008): Konjunkturprognose 2008: Auftriebskräfte werden schwächer, ifo Dresden berichtet 1/2008, S. 13–20.

STATISTIK DER BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2007): Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitnehmerüberlassung, 2. Halbjahr 2006, Nürnberg.

Abbildung 6: Arbeitslosigkeit in Sachsen, Ost- und Westdeutschland (Veränderung zum Vorjahresmonat)



Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008b), Berechnungen des ifo Instituts.

STATISTIK DER BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2008a): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsabschnitten (WZ 2003), Dezember 2007, Nürnberg.

STATISTIK DER BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2008b): Eckwerte des Arbeitsmarktes, Dezember 2007, Nürnberg.

STATISTISCHES AMT MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.) (2007): Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen im III. Quartal 2007 um 1,4 Prozent, Pressemitteilung vom 13.12.2007, 108/2007.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2007a): Verbraucherpreise 2007: Voraussichtlich +2,2 % gegenüber 2006, Pressemitteilung Nr. 529 vom 28.12.2007.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2007b), Fachserie 4 Reihe 4.1.1, Produzierendes Gewerbe, Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, Juni 2007.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2007c), GENESIS-Online, Außenhandel – Zeitreihen aus 51000LJ005, Oktober 2007.

STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2007): Statistische Berichte, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Freistaat Sachsen 2006, EI3-j/06, April 2007.

¹ Sofern nicht anders vermerkt, beziehen sich die in diesem Artikel erwähnten Wachstumsraten auf Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Veränderungsdaten des Bruttoinlandsprodukts und der Bruttowertschöpfung basieren auf Angaben in Preisen des Vorjahres. Die Umsatzwachstumsraten beziehen sich hingegen grundsätzlich auf Angaben in jeweiligen Preisen.

² Die ersten amtlichen Zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Bundesländer und damit auch Ostdeutschlands werden vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder am 6. Februar 2008 veröffentlicht. Für Ende März 2008 sind nähere Angaben zur Bruttowertschöpfung in den Wirtschaftsbereichen zu erwarten.

³ Die Lohnstückkosten werden häufig als Maß für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit eines Wirtschaftszweigs herangezogen. Im Jahr 2006 wies die ostdeutsche Industrie gegenüber der westdeutschen Industrie einen Lohnstückkostenvorteil von rund 10,5% auf [vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2007)].

⁴ Zu den Fertigungstätigkeiten im engeren Sinne werden hier gezählt: Chemiarbeiter und Kunststoffverarbeiter, Metallhersteller und -bearbeiter, Schlosser, Mechaniker, Elektriker sowie Montierer und Metallberufe.

Deutschlandprognose 2008: Auftriebskräfte werden schwächer¹

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Überblick

Die Weltwirtschaft hat im Jahr 2007 mit 5,2% erneut sehr kräftig expandiert. Allerdings sind die Risiken für die Konjunktur in vielen Ländern inzwischen merklich gestiegen. So hat sich das vom ifo Institut erhobene Weltwirtschaftsklima im vierten Quartal 2007 deutlich verschlechtert. Sowohl die Einschätzungen der derzeitigen wirtschaftlichen Lage als auch die Erwartungen für die nächsten sechs Monate wurden nach unten revidiert. Die Verschlechterung des ifo Wirtschaftsklimas betrifft alle drei großen Weltregionen Westeuropa, Nordamerika und Asien, wobei der stärkste Rückgang des Klimaindixators in Nordamerika, und dort in erster Linie in den USA, zu verzeichnen ist. Diese Datenkonstellation deutet darauf hin, dass sich das Tempo der Weltkonjunktur merklich verlangsamen wird.

In den **USA** ist die gesamtwirtschaftliche Produktion 2007, nach schwachem Start, im weiteren Jahresverlauf sehr kräftig gestiegen. Im dritten Quartal betrug die Wachstumsrate im Vergleich zum Vorquartal 4,9% (laufende Jahresrate). Maßgeblich hierfür waren der private Konsum, der von merklich steigenden Realeinkommen beflügelt wurde, und die Exporte, die vom deutlichen Wertverlust des US-Dollar profitierten. Die Bauinvestitionen sanken hingegen im Gefolge der US-Immobilienkrise erneut sehr kräftig. Die Federal Reserve hat den Leitzins (Federal Funds Rate) – in Reaktion auf die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten und verschlechterte konjunkturelle Perspektiven – seit September um 100 Basispunkte gesenkt, die geldpolitischen Zügel sind damit merklich gelockert worden. In **Japan** blieb die Konjunktur unter Schwankungen aufwärtsgerichtet; im dritten Quartal 2007 stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion mit 3,3% (laufende Jahresrate), zuvor war sie um 1,8% gesunken. Der Außenbeitrag nahm bei lebhafter Exporttätigkeit merklich zu, aber auch von der inländischen Verwendung ging ein positiver Wachstumsbeitrag auf das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) aus. In **China** hat sich die kräftige Expansion fortgesetzt, in den ersten drei Quartalen lag das reale BIP um 11,5% über dem vergleichbaren Vorjahreswert, befördert von der nach wie vor dynamischen Industrieproduktion (+13,5%). Auch in der **Europäischen Währungsunion** (EWU) hat sich der Aufschwung fortgesetzt. Im dritten Quartal 2007 stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einer

laufenden Jahresrate von 2,4%; im ersten Halbjahr hatte das Expansionstempo im Schnitt bei 2,2% gelegen. Motor der Entwicklung war die inländische Verwendung; der Wachstumsbeitrag zum realen BIP betrug zuletzt 0,8 Prozentpunkte. Dagegen war der Impuls vom Außenbeitrag leicht negativ (-0,1 Prozentpunkte). Umfragen zeigen allerdings, dass die anhaltenden Finanzmarkturbulenzen, der starke Euro und der volatile Ölpreis die konjunkturelle Zuversicht dämpfen. Im Winter ist deshalb mit einer merklichen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums zu rechnen. Das Preisklima in der EWU hat sich im vergangenen Jahr bei rasant steigenden Energiepreisen merklich verschlechtert. Die Inflationsrate (HVPI) lag im Dezember 2007 bei 3,1%, die Kerninflationsrate (Veränderung des HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) bei 2,3%. Die Arbeitslosenquote betrug im November saisonbereinigt 7,2%.

In **Deutschland** ist das reale Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr weiter kräftig gestiegen. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamts nahm es 2007 um 2,5% zu; kalenderbereinigt – es standen 1,6 Arbeitstage weniger zur Verfügung als 2006 – belief sich die Wachstumsrate auf 2,6%. Auf der Verwendungsseite kamen die Wachstumsimpulse sowohl aus dem Ausland als auch aus dem Inland. Die realen Exporte stiegen mit einer Rate von 8,3% deutlich stärker als die Importe, die um 5,7% zunahmen. Per saldo steuerte damit der Außenbeitrag 1,4 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum bei. Der Wachstumsbeitrag der inländischen Verwendung belief sich auf einen Prozentpunkt. Ausschlaggebend hierfür waren die Ausrüstungsinvestitionen: Die Unternehmen investierten deutlich mehr (+8,4%) in neue Maschinen, Anlagen und Fahrzeuge als im Vorjahr. Die gesamten Konsumausgaben trugen 0,2 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum bei. Positive Impulse gingen allerdings allein von den staatlichen Konsumausgaben aus, die um 2,0% zulegten. Die realen privaten Konsumausgaben waren demgegenüber um 0,3% niedriger als im Vorjahr.

Die günstige konjunkturelle Entwicklung hat sich deutlich am Arbeitsmarkt ausgewirkt: Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Verlauf des vergangenen Jahres saisonbereinigt weiter spürbar gestiegen; im Vergleich zu

* Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hauptsitz des ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München.

2006 ergab sich im Jahresdurchschnitt ein Plus von 1,7 %. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag im Oktober 2007 nach Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit bei 27,48 Mill.; das ist gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs um 575.000. Zugleich ist die Arbeitslosigkeit im abgelaufenen Jahr weiter kräftig gesunken; im Jahresdurchschnitt belief sich die Arbeitslosenzahl dem Ursprungswert nach auf 3,776 Mill. Im deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit spiegelt sich zum einen der konjunkturell bedingt kräftige Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung wider. Zum anderen wird der Arbeitsmarkt auch durch ein rückläufiges Arbeitskräfteangebot entlastet.

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten hat sich im Jahr 2007 durch die kräftige Anhebung der Mehrwertsteuer, den Höhenflug der Rohölpreise und die Verteuerung von wichtigen Grundnahrungsmitteln spürbar beschleunigt. Im Jahresdurchschnitt lag die Inflationsrate bei 2,2 %, das ist der höchste Wert seit 1994.

Ausblick

Weltwirtschaft: Konjunkturelle Dynamik schwächt sich ab

Die wirtschaftliche Expansion in den Industrieländern wird sich im Prognosezeitraum verlangsamen. Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird zwar weiterhin durch die günstige Ertragslage der Unternehmen sowie die Zunahme der Beschäftigung stimuliert, jedoch wirken die gestiegene Inflation und die hohen Ölpreise bremsend.

In den **Vereinigten Staaten** wird sich die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts, nach einer ausgeprägten Verlangsamung zu Beginn des Jahres 2008, erst nach und nach wieder beschleunigen (vgl. Tab. 1). Der Konsum dürfte infolge der nachlassenden Immobilienpreise sowie einer höheren Zinsbelastung verhalten expandieren. Die Investitionen dürften sich erst allmählich erholen, auch weil die anhaltende Schwäche der Wohnungsbauinvestitionen dämpfend wirkt. Die wirtschaftliche Entwicklung in **Japan** wird weiterhin solide bleiben. Im **Euroraum** wird sich der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts verlangsamen. Zum einen dürfte der Konsum bei einer höheren Inflation nur verhalten steigen; zum anderen dürften die Investitionen schwächer expandieren, insbesondere weil der Höhepunkt des Investitionszyklus bereits überschritten scheint.

In den **Schwellenländern** wird sich die wirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum etwas abkühlen. In China dürfte der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts

zwar schwungvoll bleiben, er wird sich jedoch, nicht zuletzt aufgrund einer nachlassenden Exportdynamik, etwas abflachen. Auch in den übrigen Ländern Ostasiens, ebenso wie in Indien und Lateinamerika, ist damit zu rechnen, dass die Konjunktur an Dynamik verliert.

Die vorliegende Prognose der Weltwirtschaft ist mit Chancen und Risiken behaftet. Die Wachstumsdynamik dürfte sicherlich höher ausfallen, sollten die derzeit hohen Ölpreise, die zum Teil auch spekulationsgetrieben sind, nachhaltig sinken; dementsprechend dürfte sie sich deutlicher abkühlen, sofern die Ölpreise weiter kontinuierlich steigen. In den vergangenen Jahren erwies sich die Konjunktur jedoch zumindest als robust gegenüber dem Höhenflug der Ölpreise.

Für die wirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten liegt das größte Risiko in einer Verschärfung der Immobilienkrise, was zu einem weiteren Einbruch der Hauspreise führen könnte. Dies dürfte den Konsum der privaten Haushalte erheblich dämpfen, weil zum einen der negative Vermögenseffekt deutlich kräftiger ausfallen und zum anderen die Zinsbelastung empfindlich steigen würde. Zudem dürften auch die Investitionen negativ betroffen sein, da die Erträge der Unternehmen gedrosselt werden und die Finanzierungsbedingungen sich nachhaltig verschärfen würden. Dies hätte auch negative Auswirkungen für den Arbeitsmarkt, mit der Folge, dass die Zunahme der Beschäftigung bei gleichzeitig steigender Arbeitslosigkeit verhaltener ausfallen dürfte. Sollte die Geldpolitik der US-Notenbank in diesem Risikoszenario mit einem aggressiv expansiven Kurs reagieren, bestünde zusätzlich die Gefahr, dass der US-Dollar infolge von massiveren Zinssenkungen stärker abwertet. Infolgedessen dürften sich die konjunkturellen Perspektiven auch in anderen Regionen, wie z. B. im Euroraum, eintrüben.

Deutschland: Wachstumsdynamik lässt deutlich nach

Die deutsche Konjunktur war zum Jahresende 2007 weiter aufwärts gerichtet, wenngleich sich die Dynamik etwas verringert hat. Wie das ifo Institut im Dezember 2006 zutreffend erwartet hatte, hat sich der Aufschwung im vergangenen Jahr trotz der massiven fiskalischen Mehrbelastung fortgesetzt. Die Auftriebskräfte aus dem In- und Ausland waren kräftig genug, um die restriktiven Wirkungen der Finanzpolitik zu verkraften. Der private Konsum, mit einem Anteil von 57 % am nominalen BIP die gewichtigste Verwendungskomponente, ist allerdings spürbar gesunken. Zyklisch wäre bei diesem Aggregat bei zunehmender Beschäftigung und höheren Nominallöhnen durchaus ein deutlicher Anstieg angelegt

Tabelle 1: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquoten in den westlichen Industrieländern

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ^a			Verbraucherpreise ^a			Arbeitslosenquote ^b		
		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %						in %		
		2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
Industrieländer										
EU 27	42,7	2,9	2,3	2,3	2,3	2,5	2,1	7,2	6,9	6,7
Schweiz	1,1	2,9	2,5	2,5	1,1	1,2	1,1	3,3	3,4	3,2
Norwegen	1,0	2,9	2,7	2,7	2,3	2,4	2,2	2,6	2,6	2,5
West- und Mitteleuropa	44,9	2,9	2,3	2,3	2,3	2,5	2,1	7,1	6,8	6,6
USA	38,9	2,2	2,0	2,3	2,8	2,6	2,5	4,6	5,1	5,2
Japan	12,8	1,9	1,7	1,9	0,4	0,7	1,5	3,9	4,0	4,0
Kanada	3,7	2,9	2,4	2,6	2,3	2,3	2,2	6,0	6,1	6,0
Industrieländer insg.	100,0	2,5	2,1	2,3	2,2	2,3	2,2	5,7	5,8	5,7

a) Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2006 in US-Dollar. – b) Standardisierte Arbeitslosenquote nach dem ILO-Konzept. Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl 2006.

Quellen: OECD, IMF, ILO, Berechnungen des ifo Instituts; 2007, 2008 und 2009: Prognose des ifo Instituts.

gewesen. Doch die kräftige Anhebung der Mehrwertsteuer, die Verteuerung von wichtigen Grundnahrungsmitteln und zuletzt der neuerliche Höhenflug der Rohölpreise haben in erheblichem Umfang die Kaufkraft und damit die Konsummöglichkeiten geschmälert.

Im laufenden Jahr dürfte sich das Expansionstempo zunächst noch weiter abschwächen, weil die Investitionstätigkeit aufgrund der in das Jahr 2007 vorgezogenen Projekte zunächst gedrückt wird. Danach wird eine Rückkehr zum Potenzialwachstum erwartet. Maßgeblich dafür sind die realen Konsumausgaben, wenngleich der private Verbrauch aufgrund der anziehenden Inflation in etwas schwächerem Tempo steigen dürfte, als noch im letzten Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute erwartet worden war. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1,8 % steigen; aufgrund der größeren Zahl von Arbeitstagen beläuft sich der Zuwachs kalenderbereinigt nur auf 1,5 %. Die Inflationsrate wird im Jahresdurchschnitt 2008 auf 2,3 % steigen; im vierten Quartal werden wieder Raten unter der Marke von 2 % erreicht. Das staatliche Budget wird voraussichtlich ein leichtes Defizit aufweisen, weil sich die staatliche Einnahmensituation nicht weiter verbessert. Im Jahr 2009 dürfte der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad nur noch stagnieren. Das reale

Bruttoinlandsprodukt wird um 1,5 % zunehmen, kalenderbereinigt um 1,6 %.

Box: Annahmen der Prognose

- Der Welthandel steigt im Jahr 2008 um 6,0 % und im Jahr 2009 um 6,5 %, nach 5,4 % im abgelaufenen Jahr.
- Der Ölpreis wird im Prognosezeitraum rund 90 US-\$ pro Barrel betragen.
- Der Wechselkurs des Euro liegt im Durchschnitt der Jahre 2008 und 2009 bei 1,45 US-\$ je €, im Jahr 2007 betrug er 1,37.
- Die Europäische Zentralbank (EZB) senkt die Leitzinsen in der zweiten Jahreshälfte 2008 um 25 Basispunkte. Die Kapitalmarktzinsen ziehen nur wenig an.
- Die Tariflöhne in Deutschland erhöhen sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt auf Monatsbasis im Jahr 2008 um 2 ½ %, nach 1,5 % im Jahr 2007.
- Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Prognosezeitraum leicht expansiv ausgerichtet.

Tabelle 2: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2005	2006	2007	2008 ¹	2009 ¹
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr^a					
Private Konsumausgaben	-0,1	1,0	-0,3	1,5	1,0
Konsumausgaben des Staates	0,5	0,9	2,0	1,4	1,8
Bruttoanlageinvestitionen	1,0	6,1	4,9	3,1	1,8
Ausrüstungen	6,0	8,3	8,4	4,3	2,0
Bauten	-3,1	4,3	2,0	1,8	1,6
Sonstige Anlagen	4,8	6,7	6,5	5,8	2,5
Inländische Verwendung	0,3	1,9	1,1	1,9	1,0
Exporte	7,1	12,5	8,3	5,6	4,8
Importe	6,7	11,2	5,7	6,3	4,3
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,8	2,9	2,5	1,8	1,5
Erwerbstätige ^b (1.000 Personen)	38.846	39.088	39.737	40.043	40.194
Arbeitslose (1.000 Personen)	4.861	4.487	3.776	3.493	3.393
Arbeitslosenquote ^c (in %)	11,1	10,3	8,6	8,0	7,8
Verbraucherpreise ^d					
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,0	1,7	2,2	2,3	1,5
Finanzierungssaldo des Staates ^e					
– in Mrd. €	-75,4	-37,0	0,1	-0,6	0,0
– in % des Bruttoinlandsprodukts	-3,4	1,6	0,0	0,0	0,0
nachrichtlich:					
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum ^f					
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,5	2,8	2,6	2,0	2,1
Verbraucherpreisindex im Euroraum ^g					
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,2	2,2	2,1	2,5	2,0
1) Prognose des ifo Instituts. – a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – d) Verbraucherpreisindex (2000=100). – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). – f) Angaben für das Jahr 2007: Schätzungen des ifo Instituts. – g) Harmonisierter Verbraucherpreisindex (2005=100).					

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

Euroaufwertung bremst Exportwachstum

Die deutsche Ausfuhr gewann 2007 nach schwachem Start deutlich an Fahrt; im Jahresdurchschnitt stiegen die Exporte um 8,3 %. Die Nachfrage nach deutschen Waren nahm in allen Weltregionen deutlich zu. Auch die Lieferungen in die Vereinigten Staaten konnten im dritten Quartal nach einem starken Rückgang im ersten Halbjahr wieder ausgedehnt werden. Die stärksten Impulse

für das deutsche Exportwachstum gingen jedoch von den europäischen Nachbarländern aus – insbesondere auch vom Euroraum, dessen Intrahandel keinen Wechselkursschwankungen unterliegt. Die NAFTA-Staaten trugen dagegen gar nicht mehr zum Anstieg der Ausfuhr bei. Auch der Wachstumsbeitrag der ostasiatischen Länder schwächte sich merklich ab.

Für das laufende Jahr wird trotz gedämpfter wirtschaftlicher Dynamik in den Vereinigten Staaten mit einem

weiterhin robusten Welthandel gerechnet. Die Wachstums-erwartungen für die Schwellenländer, die OPEC-Staaten sowie für Osteuropa sind nach wie vor gut. Die Aussichten für den EU-Raum haben sich nur leicht eingetrübt. Deutlich bremsende Einflüsse auf die deutsche Ausfuhr gehen hingegen von der starken Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar aus. Alles in allem wird aufgrund der Verschlechterung der deutschen Wettbewerbsposition auf den Weltmärkten im Jahr 2008 mit einem Anstieg der Ausfuhren um 5,6 % gerechnet. Bei einer weiterhin recht freundlichen Weltkonjunktur wird auch für das Jahr 2009 ein weiterer Exportzuwachs gesehen, der allerdings etwas schwächer als 2008 ausfallen dürfte.

Auch die deutschen Importe gewannen nach einem schwachen Verlauf im ersten Halbjahr 2007 in der zweiten Jahreshälfte an Schwung. Insgesamt expandierte die Einfuhr um 5,7 %. Für das Jahr 2008 wird angesichts weiter steigender Investitionen und höherer Konsumausgaben mit einem beschleunigten Zuwachs gerechnet (+6,3 %). Für das Jahr 2009 wird die Importzunahme nur noch auf 4,3 % veranschlagt, da sich zum einen der Exportzuwachs abschwächt und zum anderen die Binnen-nachfrage nicht mehr beschleunigt expandiert.

Ausrüstungsinvestitionen weiter aufwärts gerichtet

Die Unternehmen haben im vergangenen Jahr ihre Ausrüstungsinvestitionen weiter kräftig ausgeweitet. Gute Absatz- und Gewinnerwartungen, günstige Finanzierungsbedingungen und eine hohe Kapazitätsauslastung haben wie schon 2006 eine Ausweitung der Produktionsanlagen befördert. Gegen Jahresende kam es zusätzlich zu einem Vorziehen von Investitionsprojekten, weil sich viele Firmen die bis zum Jahresende 2007 befristete degressive Abschreibung noch sichern wollten. Alles in allem sind die Ausrüstungsinvestitionen 2007 um 8,4 % gestiegen.

Zu Beginn des laufenden Jahres dürfte die Investitionstätigkeit deshalb vorübergehend an Schwung verlieren, weil nunmehr die in das vergangene Jahr vorgezogenen Investitionen fehlen. Im weiteren Verlauf wird sich die positive Grundtendenz aber wieder durchsetzen. Die Ertrags- und Bilanzsituation der Unternehmen ist nach wie vor gut, die Eigendynamik des aktuellen Investitionsaufschwungs ist noch nicht gebrochen. Die Auftriebskräfte sind als stärker einzuschätzen als die dämpfenden Effekte, die sich aus dem hohen Ölpreis und den möglichen Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen auf die Kreditbedingungen ergeben. Die zu Jahresanfang 2008 in Kraft getretene Reform der Unternehmensbesteuerung dürfte die Investitionsneigung per saldo nur marginal negativ beeinflussen. Empirische Untersuchungen zeigen,

dass die Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland einen ausgeprägten und stabilen Zyklus von neun bis zehn Jahren aufweisen. Insgesamt werden die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2008 um 4,3 % steigen. Nach dem letzten Höhepunkt des Investitionszyklus im Jahr 2000 ist die nächste konjunkturelle Wende frühestens im Jahr 2009 zu erwarten. Für 2009 wird deshalb mit einem Rückgang im Verlauf des Jahres gerechnet, im Jahresdurchschnitt wird aber nochmals von einem Zuwachs von etwa 2 % ausgegangen.

Bauinvestitionen wachsen moderat

Die milde Witterung am Jahresanfang 2007 hatte im Baugewerbe zu einer beschleunigten Abarbeitung des Auftragsvolumens geführt, fehlende Anschlussaufträge führten dann im zweiten Quartal zu einem kräftigen Rückgang der Bauinvestitionen. Danach hat sich die Bautätigkeit wieder stabilisiert; im Jahresdurchschnitt 2007 ergab sich eine Zunahme von 2,0 %.

Obwohl im **Wohnungsbau** wegen der Abschaffung der Eigenheimzulage und der Mehrwertsteuererhöhung viele Aktivitäten in das Jahr 2006 vorgezogen worden sind, ist es im vergangenen Jahr zu keinem Einbruch der Investitionstätigkeit gekommen. Im Jahresdurchschnitt ergab sich eine leichte Zunahme um 0,3 %. Nach einem mehrjährigen Abschwung ist die konjunkturelle Grundtendenz im Wohnungsbau nunmehr stabil und in den kommenden Jahren eher aufwärts gerichtet. Die Eigenheimnachfrage erholt sich gestützt auf steigende Einkommen der privaten Haushalte, der Geschosswohnungsbau wird für Anleger wieder attraktiver, Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen am Altbaubestand werden – bedingt auch durch die hohen Energiepreise – positiv zu Buche schlagen. Für das Jahr 2008 ist mit einem Plus von 0,5 % zu rechnen, für das Jahr 2009 mit einer Zunahme von 1 %.

Die **Wirtschaftsbauinvestitionen** wurden im Verlauf des Jahres 2007 zügig ausgeweitet. Frühindikatoren wie Auftragseingänge und Baugenehmigungen signalisieren eine weitere Zunahme der gewerblichen Bautätigkeit. Nach dem Rückgang der Wirtschaftsbauinvestitionen seit 1995 hat sich im gewerblich genutzten Baubestand viel Erweiterungs- und Erneuerungsbedarf aufgestaut, die Unternehmen nutzen jetzt die investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen zur Anpassung ihres Bautenbestandes an die Erfordernisse der kommenden Jahre. Der Wirtschaftsbau dürfte deshalb im gesamten Prognosezeitraum von einer anhaltend positiven Grundtendenz getragen werden. Für das laufende Jahr ist mit einer Zunahme um 3,9 %, für das Jahr 2009 um 2,0 % zu rechnen.

Die **öffentlichen Bauinvestitionen** werden im Prognosezeitraum weiter zunehmen. Höhere Steuereinnahmen ermöglichen den Kommunen, mehr Bauvorhaben in Angriff zu nehmen. Der Bund wird seine Investitionen in Verkehrswege aufstocken und den Ausbau von Kindertagesstätten fördern. Die staatlichen Bauinvestitionen steigen in diesem Jahr um 2,7 % und im Jahr 2009 um 3,0 %. Alles in allem werden die Bauinvestitionen im Jahr 2008 um 1,8 % und im Jahr 2009 um 1,6 % zunehmen.

Privater Konsum steigt wieder

Der reale private Konsum ist im vergangenen Jahr um 0,3 % gesunken. In den ersten Monaten des Jahres waren in Reaktion auf die drastische Anhebung der Mehrwertsteuer vor allem die Käufe von langlebigen Gebrauchsgütern eingebrochen; hier hatten die Verbraucher in beträchtlichem Umfang Ausgaben in das Jahr 2006 vorgezogen. Im weiteren Jahresverlauf sparten die Verbraucher dann an teurer gewordenen Nahrungsmitteln. Maßgeblich für die Konsumschwäche war einmal die Stagnation der realen verfügbaren Einkommen. Zwar expandierten die realen Nettolöhne und -gehälter bei höheren Tarifverdiensten, steigendem Arbeitsvolumen und einer geringeren Belastung mit Sozialbeiträgen merklich, und auch die realen Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit einschließlich der per saldo empfangenen Vermögenseinkommen nahmen konjunkturell bedingt zu. Dagegen sanken die realen monetären Sozialtransfers deutlich. Die Leistungen beim Arbeitslosengeld gingen infolge rückläufiger Empfängerzahlen weiter spürbar zurück. Auch sind die gesetzlichen Altersbezüge real weiter kräftig gesunken, obwohl es zur Jahresmitte erstmals seit drei Jahren wieder zu einer nominalen Rentenerhöhung gekommen war. Zur Schwäche des privaten Konsums hat aber auch beigetragen, dass sich die Anschaffungsbereitschaft spürbar vermindert hat; die Sparquote ist um 0,3 Prozentpunkte gestiegen.

In diesem Jahr dürfte sich die Konsumkonjunktur bessern. Die Bruttolöhne werden mit 3 1/2 % in ähnlichem Tempo wie im abgelaufenen Jahr expandieren. Zwar dürften die Effektivverdienste beschleunigt anziehen, dafür weitete sich das Arbeitsvolumen aber nicht mehr so kräftig aus. Der Anstieg der Nettolöhne wird sich auf 3 % belaufen. Zwar ist der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung seit Januar von 4,2 % auf 3,3 % gesenkt worden; der Beitragssatz in der Pflegeversicherung wird allerdings ab Juli von 1,7 % auf 1,95 % erhöht. Hinzu kommt, dass die Progression des Einkommensteuertarifs voll greift. Die monetären Sozialleistungen dürften wieder etwas zulegen. Hierzu trägt bei, dass die Altersrenten aufgrund der Lohnentwicklung erneut angehoben

werden dürften. Außerdem steigen die Ausgaben für das Elterngeld. Auch wird das BAföG erhöht. Die arbeitslosigkeitsbedingten Transfers werden sich dagegen erneut rückläufig entwickeln. Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen dürften konjunkturbedingt mit 5 1/2 % recht kräftig expandieren. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen um 3,3 % steigen, real um 1,3 %. Die Sparquote dürfte wohl wieder etwas niedriger als im vergangenen Jahr sein. Einem größeren Rückgang der Sparquote wirkt allerdings das Engagement für die private Altersvorsorge entgegen. Insgesamt wird der reale private Konsum um 1,5 % steigen. Im Jahr 2009 dürfte sich die Zunahme des realen Konsums bei etwas schwächerem Beschäftigungsaufbau, konjunkturell niedrigeren tariflichen Abschlussätzen und unveränderter Sparquote auf 1 % belaufen.

Verbraucherpreise ziehen kräftig an

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten hat sich im Jahr 2007 durch die kräftige Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer, den erneuten Höhenflug der Rohölpreise und die Verteuerung von wichtigen Grundnahrungsmitteln spürbar beschleunigt. Zu Buche schlug zudem die Einführung von Studiengebühren in einigen Bundesländern. Insgesamt verteuerte sich die Lebenshaltung im Jahr 2007 um 2,2 %.

Im Prognosezeitraum werden die Inflationsraten zunächst hoch bleiben. Die gestiegenen Ölpreise werden auf die Preise anderer Energieträger durchwirken; bei Strom und Gas sind bereits kräftige Preiserhöhungen angekündigt. Auch bei Nahrungsmitteln ist noch mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen. Zudem werden die Lohnstückkosten bei den hier unterstellten höheren tariflichen Abschlussätzen etwas rascher steigen, was in den Preisen nach und nach weitergegeben werden dürfte. Gegenzurechnen ist allerdings, dass im Vorjahresvergleich die Mehrwertsteuererhöhung nicht mehr wirksam ist. Zudem dämpft der starke Euro. Alles in allem dürfte sich das Verbraucherpreisniveau im Jahresdurchschnitt 2008 um 2,3 % erhöhen. Im Jahr 2009 ist – nach dem Durchwirken des gegenwärtigen Preisschubs – mit einer Inflationsrate um 1 1/2 % zu rechnen.

Weitere Entlastung am Arbeitsmarkt

Die Arbeitsmarktlage hat sich im Jahresverlauf 2007 weiter verbessert, die Beschäftigung ist deutlich gestiegen und die Arbeitslosigkeit ist kräftig gesunken. Die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften wird sich in diesem Jahr abgeschwächt fortsetzen. Der Zuwachs erfolgt – wie

bisher – durch den Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und ungeförderter Selbständigkeit. Im Zuge dessen werden auch mehr Minijobs entstehen. Ihr Anstieg dürfte allerdings weniger dynamisch erfolgen als bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die geförderte Selbständigkeit geht im weiteren Prognosezeitraum aufgrund der oben genannten restriktiveren Regelung beim Gründungszuschuss deutlich zurück. Auch die Beschäftigung in Ein-Euro-Jobs wird bei sinkenden Arbeitslosenzahlen 2008 weiter leicht an Bedeutung verlieren. Unterstützt wird der Aufbau der Erwerbstätigkeit noch von der Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, was die Arbeitgeber bei den Lohnnebenkosten entlastet. Alles in allem dürfte die Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt 2008 nach dem Inländerkonzept um etwa 300.000 (0,7 %) auf knapp 40 Mill. ansteigen. Das entspricht im Jahresverlauf noch einer Zunahme um 210.000.

Die lebhafteste Ausweitung der Erwerbstätigkeit hat erneut zu einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit geführt. Nachdem die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2006 stärker zurückgegangen war, als dies der Anstieg der Erwerbstätigen angezeigt hatte, vollzog sich der Abbau der Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr nun wieder in etwa dem Tempo, in dem die Beschäftigung zunahm. Für den Prognosezeitraum wird der Abbau der Arbeitslosigkeit an Dynamik einbüßen, da auch der Aufbau der Erwerbstätigkeit langsamer vorankommt. Insgesamt wird die Arbeitslosigkeit in 2008 um durchschnittlich knapp 300.000 auf dann 3,49 Mill. sinken (vgl. Tab. 2).

Staatshaushalt 2007 erstmals wieder ausgeglichen – keine weitere Verbesserung im Jahr 2008

Nur zwei Jahre, nachdem Deutschland zum vierten Mal in Folge die Maastricht-Regel zum staatlichen Finanzierungsdefizit (höchstens 3 % des BIP) verletzt hatte, wies der Staatssektor im Jahr 2007 einen ausgeglichenen Haushalt auf. Bezogen auf das nominale BIP ergab sich eine „schwarze Null“. Dieser Erfolg ist zu einem großen Teil Ergebnis von konjunkturbedingten Mehreinnahmen (in besonders hohem Maße bei den gewinnabhängigen Steuern) und Minderausgaben (hauptsächlich bei der Arbeitslosenversicherung). Aber auch die zahlreichen Konsolidierungsmaßnahmen haben erheblich dazu beigetragen. Zu nennen sind hier die Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer, die Kürzung von Steuervergünstigungen, die Einspargesetze für die Krankenversicherung und die Leistungseinschränkungen beim Arbeitslosengeld.

In diesem Jahr wird sich die Verbesserung der staatlichen Finanzlage nicht fortsetzen. Sowohl auf der

Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite wird die Entwicklung ungünstiger als 2007 verlaufen. Der Einnahmewachstum dürfte mit knapp 2 % wesentlich geringer, der Anstieg der Ausgaben mit reichlich 2 % spürbar höher ausfallen als im vergangenen Jahr. Zum einen ist dies Folge der Unternehmensteuerreform, die beträchtliche Steuerausfälle nach sich zieht; diese belaufen sich nach offiziellen Schätzungen auf 6,6 Mrd. € oder knapp 0,3 % des Bruttoinlandsprodukts. Zum anderen sind zusätzliche Ausgaben bei monetären Sozialleistungen und Subventionen (z. B. Erhöhung des Kinderzuschlags und der Ausbildungsförderung, Einführung eines Erwerbstätigenzuschlags für Geringverdiener, neue Beschäftigungszuschüsse für Jüngere und für Langzeitarbeitslose, Verlängerung der Bezugszeiten von Arbeitslosengeld I) bereits beschlossen oder geplant. Hinzu kommen Leistungsverbesserungen bei der Pflegeversicherung, die sowohl die sozialen Sachleistungen als auch die monetären Sozialleistungen betreffen.

Der Anstieg der Steuereinnahmen (+2,3 % in Abgrenzung der VGR) ist größtenteils auf die Entwicklung der Lohnsteuer – im Gefolge der weiteren Beschäftigungszunahme und beschleunigter Einkommensentwicklung – und der Umsatzsteuer – bei verstärkter Zunahme des nominalen privaten Konsums – zurückzuführen. Im Zusammenhang mit der Unternehmensteuerreform sinken hingegen die Körperschaftsteuer- und die Gewerbesteuererträge stark. Die Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen werden um 1 % steigen. Sie profitieren von den Bruttolöhnen und -gehältern, die nahezu in gleichem Tempo expandieren wie 2007. Bremsend wirkt hingegen der – insgesamt gesehen – sinkende Beitragssatz. In der Summe aller gesetzlichen Sozialversicherungen wird dieser Satz mit 39,8 % erstmals seit 1995 die Marke von 40 % unterschreiten. Die neuerliche Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung führt zu Mindereinnahmen von rund 7 Mrd. €, einen wesentlich geringeren Effekt hat die Anhebung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung, die erst zur Jahresmitte in Kraft tritt und Mehreinnahmen von etwa 1,3 Mrd. € bringt.

Die Beschleunigung des Ausgabenanstiegs wird im Wesentlichen von den monetären Sozialleistungen und den Arbeitnehmerentgelten verursacht. Bei den Sozialleistungen, die um knapp 1 % steigen werden, schlägt zu Buche, dass die arbeitsmarktbedingten Transferzahlungen nicht mehr im gleichen Ausmaß wie 2007 sinken, weil sich die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt deutlich verlangsamt und Leistungen verbessert werden (Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I) oder neu eingeführt werden sollen (z. B. Erwerbstätigenzuschlag). Außerdem werden die Altersrenten weiter angehoben werden. Zudem fallen zusätzliche Ausgaben an durch die Anhebung

des Kinderzuschlags, der BAföG-Sätze und der Leistungsbeträge in der häuslichen Pflege sowie durch die zeitliche Überschneidung von früherem Erziehungsgeld und neuem Elterngeld. Auch die vom Staat gezahlten Arbeitnehmerinkommen dürften wegen höherer Tarifabschlüsse stärker steigen. Ausgaben mindernd wirken im Vorjahresvergleich dagegen die im Jahr 2007 geleisteten Einmalzahlungen und die Entlastung bei den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung. Die Zahl der Beschäftigten dürfte insgesamt gesehen leicht zunehmen, da in einigen Bereichen (z. B. Kinderbetreuung) Engpässe bestehen. Alles in allem dürften die Arbeitnehmerentgelte um 2 1/2 % steigen.

Auch die staatlichen Investitionen werden 2008 weiter ausgeweitet. Eine wichtige Rolle spielt hier der vorgesehene Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Der kräftige Anstieg der sonstigen laufenden Transfers um knapp 9 % ist den Zahlungen an die EU geschuldet (Mehrwertsteuereigenmittel), die um 2 1/2 Mrd. € steigen sollen.

Die für das Jahr 2009 skizzierte gesamtwirtschaftliche Entwicklung mit einem Anstieg des realen BIP etwa im Ausmaß des Potenzialwachstums impliziert, dass der

Finanzierungssaldo des Staates (in Relation zum nominalen BIP) nahezu auf dem gleichen Niveau bleibt wie 2008. Für den Staat als Ganzes kann erneut ein ausgeglichener Haushalt erwartet werden. Die Prognose ist allerdings in mehrfacher Hinsicht mit erheblicher Unsicherheit behaftet. Möglicherweise ist mit größeren Anhebungen von Sozialleistungen zu rechnen. So ist derzeit für 2009 eine Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibeträgen im Gespräch. Darüber hinaus werden durch die Etablierung des Gesundheitsfonds im Zuge der Gesundheitsreform und durch die Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge und Veräußerungsgewinne bisher unbekannt neue Elemente eingeführt, deren fiskalische Effekte derzeit noch nicht klar abzuschätzen sind.

¹ Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose von Dezember 2007, vgl. K. CARSTENSEN, W. NIERHAUS, S. HENZEL, O. HÜLSEWIG, E. LANGMANTEL, J. MAYR, W. MEISTER, H.-W. SINN, A. STANGL, D. ULBRICHT, M. RUSCHINSKI und T. WOLLMERSHAUSER, ifo Konjunkturprognose 2008: Konjunktur verliert an Fahrt, in: ifo Schnelldienst, 24/2007, S. 9–58.

Bestimmungsfaktoren der Unterschiede einzelbetrieblicher Exportaktivitäten in Ost- und Westdeutschland

Sabine Engelmann und Michaela Fuchs*

Die Exportaktivitäten der ostdeutschen Betriebe nehmen von Jahr zu Jahr zu. Die Ausfuhren aus den neuen Bundesländern stiegen in den letzten sechs Jahren jahresdurchschnittlich um 14,7 % an und übertrafen damit das westdeutsche Exportwachstum (6,5 %) um mehr als das Doppelte [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2001, 2007)]. Die Exportquote – der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz – im verarbeitenden Gewerbe, das den größten Teil der ausgeführten Waren stellt, dagegen erhöhte sich zwischen den Jahren 2000 und 2006 in den neuen Bundesländern zwar von 21,6 % auf 29,4 %, liegt aber weiterhin deutlich unter der Exportquote der westdeutschen Industrie, die im Jahr 2006 43,5 % erreichte.

Dieser Artikel zeigt mögliche Ursachen für die geringere Auslandsbeteiligung der ostdeutschen Betriebe im Vergleich zu den Betrieben in den alten Bundesländern auf. Die Analyse erfolgt auf der einzelbetrieblichen Ebene und beleuchtet zwei Aspekte. Da es in den neuen Bundesländern vergleichsweise weniger Betriebe gibt, die überhaupt exportieren, wird in einem ersten Schritt herausgearbeitet, welche Faktoren für die Beteiligung der Betriebe am Exportgeschäft verantwortlich sind. Für diejenigen Betriebe, die im Ausland aktiv sind, erfolgt dann in einem zweiten Schritt die Untersuchung der Frage, welche Bestimmungsgründe für die Höhe der Exportquote relevant sind. Eine Dekomposition der Schätzergebnisse zeigt dabei, inwieweit die Unterschiede in der Entscheidung zu exportieren einerseits und in der Exportintensität andererseits auf die in der Analyse erfassten betriebsspezifischen Faktoren und auf weitere Ursachen zurückzuführen sind. Dies ist gerade mit Blick auf die Konzipierung von Maßnahmen der Wirtschafts- und Förderpolitik wichtig zu wissen, denn soweit die Unterschiede in der Exporttätigkeit von ost- und westdeutschen Betrieben im Wesentlichen auf Betriebscharakteristika wie Betriebsgröße oder Branchenzugehörigkeit zurückgeführt werden können, sind die Einflussmöglichkeiten der Wirtschaftspolitik beschränkt. Anders sieht es hingegen aus, wenn hierfür andere Faktoren – wie etwa Unterschiede in der Ressourcenausstattung, im Modernitätsgrad der hergestellten Produkte oder schlicht die Nachwirkungen der Transformationshistorie – verantwortlich zu machen sind.

Bisherige empirische Ergebnisse

Zur außenwirtschaftlichen Verflechtung Sachsens und der anderen neuen Bundesländer existieren etliche Studien, die auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene ansetzen. Sie verwenden überwiegend Informationen der amtlichen Statistik und analysieren die Exporte mittels der Außenhandelsstatistik oder der Industrieberichterstattung [vgl. z.B. VOTTELER (2003)]. Wie WAGNER (1998, S. 614) jedoch zu Recht anmerkt, vernachlässigen derart aggregierte Daten die Heterogenität der Firmen innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige und können deswegen lediglich Aussagen über Einflussfaktoren im jeweiligen Branchendurchschnitt treffen. Untersuchungen auf der Basis von Mikrodaten zeigen aber, dass die Betriebe auch innerhalb eng abgegrenzter Branchen (oder auch anderer Merkmalsausprägungen) häufig sehr heterogen sind. Studien, die die Bestimmungsfaktoren des Exportverhaltens der deutschen Betriebe mit Hilfe von einzelbetrieblichen Daten analysieren, stammen vielfach von WAGNER [vgl. z.B. WAGNER (1995, 1998)].¹ LEBER (2002) analysiert die Einflussfaktoren des Exportverhaltens von Betrieben des verarbeitenden Gewerbes auf Basis des IAB-Betriebspanels getrennt nach Ost- und Westdeutschland. LOOSE und LUDWIG (2002) verwenden ebenfalls das IAB-Betriebspanel, beschränken ihre Untersuchung jedoch auf die ostdeutschen Betriebe.

Die genannten Studien gelangen im Ergebnis zu folgenden Schlussfolgerungen²:

- Die Exportquote eines Betriebes steigt mit seiner Größe an, sinkt aber bei Überschreitung einer optimalen Betriebsgröße wieder;
- Betriebe mit einem höheren Anteil an gut qualifizierten Mitarbeitern weisen eine höhere Exportquote auf als Betriebe mit einer geringeren Humankapitalintensität;
- Je technologieintensiver ein Betrieb ist, desto höher ist die Exportquote.

* Michaela Fuchs ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Sabine Engelmann ist Doktorandin in der ifo Niederlassung Dresden.

In der nachfolgenden ökonometrischen Analyse gehen wir analog zu den genannten Studien vor, um mit Hilfe von aktuellen Daten die Einflussfaktoren herauszustellen, die für die Exportbeteiligung und Exportquote der ost- und westdeutschen Betriebe ursächlich sind. Da die Ergebnisse jedoch keine Rückschlüsse darüber zulassen, welche dieser Faktoren für die Unterschiede zwischen Ost und West wesentlich sind, erweitern wir unsere Schätzung mit einer Dekompositionsanalyse.

Theoretische Erklärungsansätze

Mit Hilfe von theoretischen Überlegungen lässt sich genauer ermitteln, welche Bestimmungsgrößen maßgeblich die Exportaktivitäten der Betriebe beeinflussen. Die Theorien des internationalen Handels bieten Erklärungsansätze für die Aufnahme von Außenhandel sowie für die Spezialisierung der Länder auf den Export bestimmter Güter. Diese Theorien beziehen sich allerdings im Regelfall auf die aggregierte, nationale Ebene. Das Heckscher-Ohlin-Modell erklärt beispielsweise den Zusammenhang zwischen der Humankapital- und Technologieintensität eines Landes (allgemeiner: seiner Faktorausstattung) und seinen Außenhandelsaktivitäten [vgl. z. B. GANDOLFO (1994)]. Danach erklärt sich das Ausmaß und die Art des Außenhandels aus der unterschiedlichen Ausstattung von Ländern mit Produktionsfaktoren. Sei Land A beispielsweise im Vergleich zu Land B relativ reichlich mit Arbeit ausgestattet, Land B hingegen verhältnismäßig reichlich mit Kapital, so wird in Land A aufgrund des dort häufiger vorkommenden Produktionsfaktors Arbeit der Lohnsatz niedriger sein als in Land B, was zu niedrigeren Kosten und einem entsprechend geringeren Relativpreis für arbeitsintensiv erzeugte Güter führt. Diese relativen Unterschiede in den Güterpreisen führen dazu, dass Land A sich auf die Produktion arbeitsintensiver Güter spezialisiert und diese exportiert, während Land B sich auf die Herstellung kapitalintensiver Produkte konzentriert. Deutschland ist vergleichsweise reichlich mit gut ausgebildeten Arbeitskräften ausgestattet und der Stand des technologischen Wissens befindet sich im Vergleich zu anderen Ländern auf einem sehr hohen Niveau [vgl. WAGNER (1998), S. 616]. Dies erklärt also die Konzentration der deutschen Wirtschaft auf humankapitalintensive und technologieintensive Exportprodukte.

Diese Erklärungsansätze lassen sich zwar nicht unmittelbar auf die einzelbetriebliche Ebene übertragen, da die Faktorpreise hier als gegeben anzunehmen sind. Da jedoch unter sonst gleichen Umständen das Unternehmen einen Kostenvorteil hat, das den gesamtwirtschaftlich reichlicher vorhandenen und deswegen preisgünsti-

geren Produktionsfaktor intensiver einsetzt, gelten die Schlussfolgerungen des Heckscher-Ohlin-Modells auf der einzelbetrieblichen Ebene analog. Von daher ist anzunehmen, dass Betriebe einer Branche, die über einen relativ hohen Anteil an qualifizierten Arbeitskräften verfügen und technologieintensiv sind, einen höheren Auslandsumsatz aufweisen als andere Betriebe der gleichen Branche.

Eine wesentliche Determinante seiner Exportverflechtungen können auch die Innovationsaktivitäten eines Betriebes darstellen.³ So formuliert die Theorie des Produktlebenszyklus eines Betriebes [VERNON (1966), KRUGMAN (1979)], dass industrialisierte Länder kontinuierlich zu Innovationen gezwungen sind. Ansonsten werden ihre Produkte von Ländern, in denen Arbeit relativ billiger ist, imitiert und zu niedrigeren Preisen verkauft, was zu Lasten der Weltmarktanteile der Industrieländer geht. Dieser Trend wird noch dadurch verstärkt, dass Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen bei bloßer Imitation nicht anfallen. Überträgt man diese Überlegungen auf die einzelbetriebliche Ebene, so ist zu vermuten, dass innovationsstarke Unternehmen in geringerem Maße dem Imitationswettbewerb ausgesetzt sind und deswegen tendenziell eine höhere Exportquote aufweisen als andere Unternehmen.

In der Regel gehen die Theorien des internationalen Handels von einem repräsentativen Betrieb aus. Untersuchungen mit Mikrodaten haben jedoch gezeigt, dass eine große Heterogenität zwischen den einzelnen Betrieben herrscht [vgl. z. B. WAGNER (1995)]. Es sollten daher für die Analyse der Exportdeterminanten auf einzelbetrieblicher Ebene weitere Erklärungsansätze herangezogen werden, die explizit auf betriebspezifische Charakteristika abstellen. Dazu ist zum einen die Betriebsgröße zu zählen, denn die Exportaktivitäten eines Betriebes sind oft mit Fixkosten verbunden, die unabhängig vom Ausmaß der Außenhandelsaktivitäten anfallen. Hierunter sind z. B. die Marktforschung im Ausland, der Aufbau einer Exportabteilung oder die Anpassung der Produkte an spezifische Erfordernisse des ausländischen Marktes zu verstehen. Da diese Fixkosten bei größeren Produktionsmengen nicht so stark ins Gewicht fallen, ist anzunehmen, dass größere Betriebe ein stärkeres Auslandsengagement aufweisen als kleine Betriebe [vgl. auch HIRSCH (1971)]. Allerdings dürfte sich dieser positive Effekt mit zunehmender Betriebsgröße abschwächen, da mit ihr auch die Koordinationskosten zunehmen.

ROPER et al. (2006) verweisen auf die mögliche Abhängigkeit der Exporttätigkeit vom Eigentumsstatus. Ihre Ergebnisse zeigen deutliche Unterschiede zwischen den Determinanten des Exportverhaltens irischer Betriebe in inländischem und ausländischem Eigentum auf.

Auf einen insbesondere für Ostdeutschland relevanten Zusammenhang zwischen der überregionalen Absatzstruktur und dem Eigentümerstatus der Betriebe gehen LOOSE und LUDWIG (2002) ein.

Der organisatorische Status des Betriebs ist ein weiterer betriebspezifischer Aspekt, der Einfluss auf das Auslandsengagement haben kann. Ein Verbundbetrieb kann von Größenvorteilen profitieren und auf die Forschung und Entwicklung zurückgreifen, die im Unternehmenssitz betrieben wird. Er kann sich auf die Exportabteilung des Mutterunternehmens beziehen und somit seine mit den Exporten verbundenen Fixkosten senken. ROPER et al. (2006) betonen die potenziellen Vorteile, die die Einbindung eines Betriebes in einem größeren Unternehmen mit sich bringt. Auch BERNARD und JENSEN (1995) finden, dass Unternehmen, die Teil eines multinationalen Unternehmens sind, eher Exportaktivitäten aufweisen. LOOSE und LUDWIG (2002, S. 11) sowie LEBER (2002) dagegen argumentieren, dass der Erwerb der DDR-Staatsbetriebe durch Konzerne zur Integration der Betriebe in die interne, überregional und international ausgerichtete Arbeitsteilung führen kann. Der einzelne Betrieb kann lediglich spezialisierte Funktionen erfüllen und somit eigenständige Exportaktivitäten nicht oder nur in beschränktem Ausmaß wahrnehmen⁴. Somit lässt sich ein eindeutiger Wirkungszusammenhang zwischen der Betriebsstruktur und dem Auslandsengagement eines Betriebes nicht formulieren.

Schließlich ist auch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Branche zu berücksichtigen. Neben generellen Strukturunterschieden zwischen einzelnen Branchen können sich hier weitere für den Exporterfolg relevante Faktoren niederschlagen, so etwa unterschiedlich hohe Transportkosten oder differierende Handelsbeschränkungen. Auch die oben genannten Überlegungen zur sektoralen Spezialisierung von Volkswirtschaften bei integrierten Märkten sollten sich vor allem in branchenspezifischen Unterschieden in der Exporttätigkeit niederschlagen.

ROBERTS und TYBOUT (1997) weisen zudem darauf hin, dass auch das Alter der Betriebe für den Exportumfang bedeutsam ist. Betriebe mit längerem geschichtlichem Hintergrund weisen häufiger Exportaktivitäten auf als Betriebe, die erst kürzlich auf dem Markt aktiv wurden. Dies ist dadurch zu erklären, dass für ein Engagement im Ausland häufig neben Erfahrung auch etablierte Kontakte zu ausländischen Zwischenhändlern und Abnehmern erforderlich sind, sodass junge Unternehmen diesbezüglich benachteiligt sind.

Zusammenfassend sind es also folgende Faktoren, von denen ein Einfluss auf das betriebliche Exportverhalten erwartet werden kann: Humankapitalausstattung, Technologieausstattung, Innovationsaktivitäten, Betriebs-

größe, funktionale Betriebsstruktur, Eigentümerstatus, Branchenzugehörigkeit und Alter der Betriebe.

Datengrundlage und Variablen

Datengrundlage der nachfolgenden Analyse bildet das IAB-Betriebspanel. Dieses gründet sich auf eine jährlich wiederholte freiwillige Betriebsbefragung mit in der Regel mündlichen Interviews, an dem im Jahr 2004 insgesamt 15.689 Betriebe beteiligt waren. Es wird seit 1993 in den alten und seit 1996 auch in den neuen Bundesländern erhoben. Grundgesamtheit der Stichprobenziehung sind die Betriebe der Betriebsdatei der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT, in der alle Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten enthalten sind [vgl. dazu BELLMANN et al. (2002)]. Das Betriebspanel bietet neben allgemeinen Angaben zum Betrieb unter anderem Informationen zu Geschäftspolitik und -entwicklung, Beschäftigungsentwicklung, Personalstruktur, Investitionen, öffentlicher Förderung und Innovationen. Neben einem von Jahr zu Jahr gleich bleibenden Fragenblock kommen in jeder Welle Sonderfragen zu einem thematischen Schwerpunkt hinzu.

Unter dem Fragenkomplex zur Geschäftspolitik und Geschäftsentwicklung befindet sich unter anderem die Frage nach der regionalen Verteilung des Umsatzes. Auf die Frage „Wie viel Prozent Ihres Umsatzes im Jahr xxxx entfielen auf die einzelnen Regionen dieser Liste?“ können die Betriebe Angaben zu den alten und den neuen Bundesländern einschließlich Berlin, den Ländern der Europäischen Währungsunion, den neuen EU-Ländern und dem übrigen Ausland geben. Die Exportquote, die als abhängige Variable in die ökonometrischen Schätzungen eingeht, wird hier als Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz berechnet. Dabei wird nicht danach unterschieden, in welche Regionen ein Betrieb seine Waren ausführt. Vielmehr erfolgt eine Addition aller prozentualen Angaben, die auf die drei ausländischen Destinationen entfallen.

Die nachfolgende Analyse beruht auf Angaben der Betriebe für das Jahr 2004. Da sich jedoch die Frage nach der regionalen Verteilung der Umsätze auf das Vorjahr bezieht, wird diese Information aus der Befragungswelle 2005 herangezogen. Aus diesem Grund werden die Wellen der Jahre 2004 und 2005 zusammengespielt und nur die Betriebe betrachtet, die in beiden Jahren an der Befragung teilgenommen haben. Des Weiteren werden nur die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes in die Analyse mit einbezogen. Insgesamt liegen damit Angaben zu 1.552 Betrieben in den alten und 1.384 Betrieben in den neuen Bundesländern vor. Hochgerechnet auf die Grundgesamtheit entspricht das rund 196.000 bzw. 40.000 Betrieben.

Die in der nachfolgenden Analyse berücksichtigten Variablen, die zur Erklärung des unterschiedlichen Auslandsengagements der west- und der ostdeutschen Betriebe herangezogen werden, sind die folgenden:

- Die Ausstattung eines Betriebes mit Humankapital wird durch den Anteil der Facharbeiter und qualifizierten Angestellten an allen Beschäftigten approximiert. Abgeleitet aus den oben dargelegten theoretischen Überlegungen sollte die Exportquote eines Betriebes mit zunehmender Ausstattung mit Humankapital steigen.
- Die Technologieausstattung der Betriebe wird über Angaben zur Investitionstätigkeit in EDV und IuK-Technik und in Produktionsanlagen beschrieben.⁵ Die Exportquote sollte mit der Investitionstätigkeit und dementsprechend guten technischem Stand der Anlagen steigen.
- Innovationsaktivitäten der Betriebe werden über die Variablen „Verbesserung oder Weiterentwicklung eines Produkts in den letzten zwei Jahren“, „Neuaufnahme eines Produktes ins Angebot, das bereits vorher auf dem Markt war“, „Aufnahme eines völlig neuen Produktes ins Angebot, für das ein neuer Markt geschaffen werden muss“ und „Betrieb befasst sich mit FuE“ beschrieben. Ausgehend von obigen theoretischen Überlegungen sollte die Exportquote mit der Innovationsaktivität steigen.
- Die Bestimmung der Betriebsgröße erfolgt über die Gesamtzahl der Beschäftigten zum 30.06.2004. Laut Theorie ist zu erwarten, dass die Exportquote mit der Größe der Betriebe steigt. Zur Überprüfung einer Degression dieses Betriebsgrößeneffekts wird die Beschäftigtenzahl zusätzlich auch in quadrierter Form in die Schätzung aufgenommen.
- Die Betriebe können unabhängig, eigenständig oder als Verbundbetrieb organisiert sein.
- Angaben zum Eigentumsstatus der Betriebe erlauben eine Unterteilung in Betriebe in inländischem Besitz und in Betriebe in ausländischem Besitz.

Bei der Unterteilung nach Branchen werden drei Wirtschaftsbereiche innerhalb des verarbeitenden Gewerbes unterschieden (Vorleistungsgütergewerbe, Verbrauchsgütergewerbe sowie Investitionsgütergewerbe). Da die Branchenstruktur in Form von Dummy-Variablen modelliert wird, tauchen in den nachfolgenden Schätzungen nur zwei Branchen (Vorleistungs- und Investitionsgütergewerbe) auf.

Die Ergebnisse der Betriebsbefragungen für das IAB-Betriebspanel erlauben es nicht, das Alter der Betriebe in geeigneter Form in die Analyse aufzunehmen. Daher kann diese Variable im Folgenden nicht als Erklärungsansatz berücksichtigt werden. Tabelle 1 gibt eine Übersicht über die verwendeten Variablen.

Deskriptive Analyse des Exportverhaltens

Im Folgenden wird zunächst in deskriptiver Form die Höhe der betrieblichen Exporttätigkeiten den in Tabelle 1 aufgezählten Merkmalen gegenübergestellt. Eine Hochrechnung auf die Grundgesamtheit der deutschen Betriebe erfolgt dabei aus technischen Gründen nicht. Abbildung 1 zeigt die durchschnittliche Exportquote der exportierenden Betriebe und den Anteil der exportierenden Betriebe an allen Betrieben gegliedert nach einzelnen Beschäftigtengrößenklassen. Grundsätzlich steigt der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz mit der Betriebsgröße an. Ebenso nimmt der Anteil exportierender Betriebe mit zunehmender Größenklasse in Ost- wie in Westdeutschland zu. Während die Exportquote in den kleinen Betrieben Ost- und Westdeutschlands noch ähnlich hoch ist, ergeben sich bei den größeren Betrieben jedoch deutliche Unterschiede. Die größte Spannweite ist bei den größeren Betrieben mit 200 bis 400 Beschäftigten ersichtlich. Hier liegt die Exportquote der ostdeutschen Betriebe (26 %) um 14 Prozentpunkte unter derjenigen der westdeutschen Betriebe (40 %). Hingegen ist der Anteil der Betriebe, die überhaupt exportieren, in Ostdeutschland und in Westdeutschland in nahezu allen Größenklassen ähnlich. Lediglich bei den ganz kleinen und den ganz großen Betrieben ergeben sich augenfällige Unterschiede.

Unterschiede in den Exportaktivitäten und in den Anteilen exportierender Betriebe ergeben sich auch differenziert nach dem Eigentümerstatus (vgl. Abb. 2). Die exportierenden Betriebe in ausländischem Eigentum weisen sowohl in den alten wie auch in den neuen Bundesländern eine deutlich höhere Exportquote auf als Betriebe in inländischem Eigentum, was damit zu tun hat, dass diese Betriebe typischerweise in die Auslandsverflechtungen ihrer Muttergesellschaften im Ausland eingebunden sind. Allerdings ist das Auslandsengagement der ostdeutschen Betriebe auch hier geringer als das ihrer westdeutschen Gegenstücke, was darauf hindeutet, dass ein nicht unbeträchtlicher Anteil der ausländischen Investoren in Ostdeutschland diesen Standort gewählt hat, um primär den lokalen Markt zu bedienen. Auch der Anteil der im Export tätigen Betriebe ist in beiden Landesteilen bei Betrieben in ausländischem Besitz deutlich höher als bei rein deutschen Betrieben. Besonders in den neuen Ländern sind viele der Betriebe mit deutschen Eigentümern nicht im Export tätig, was freilich auch mit der Tatsache zu tun hat, dass es sich hierbei häufig um eigenständige ostdeutsche Unternehmen ohne Konzernanbindung handelt.

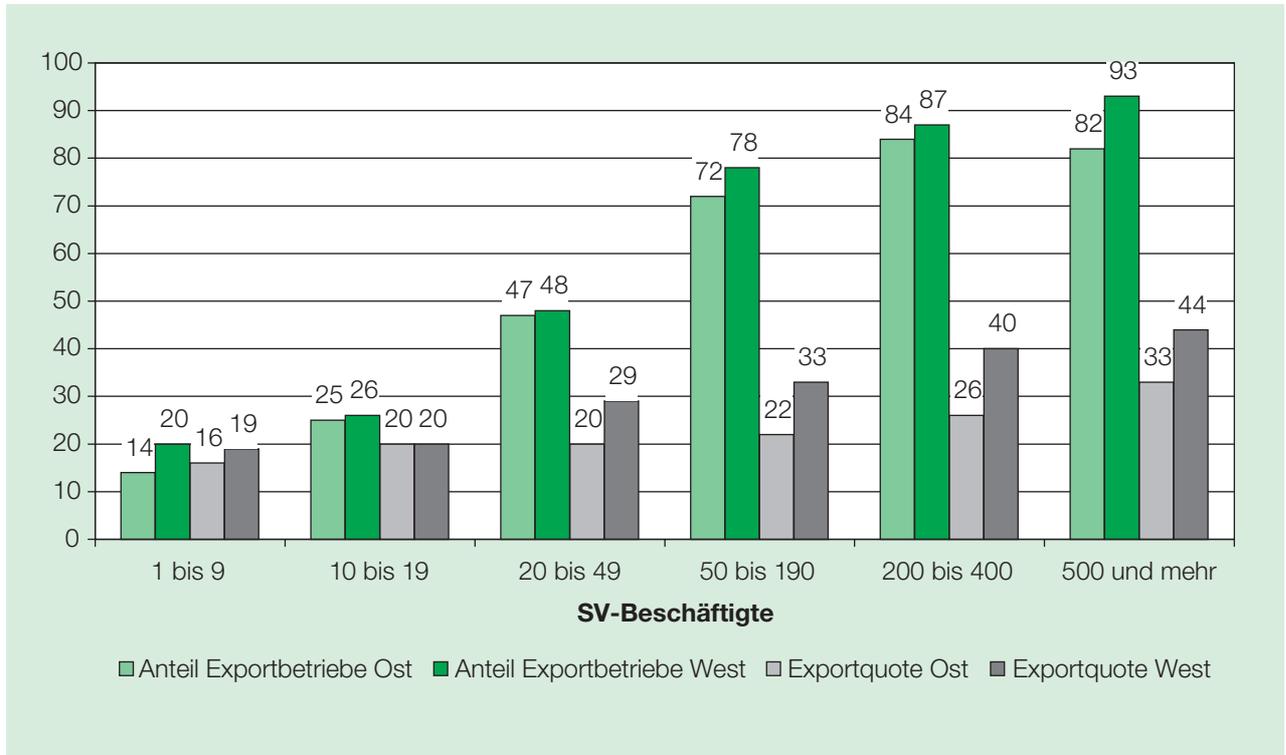
Die Betriebsstruktur stellt nämlich ebenfalls einen wichtigen Einflussfaktor auf das Auslandsengagement der Betriebe dar. Wie Abbildung 3 zeigt, weisen eigenständige

Tabelle 1: Übersicht über die Erklärungsansätze

Erklärungsansatz	Variable	Spezifizierung
Humankapitalausstattung	Anteil der qualifizierten Angestellten und Facharbeiter an allen Beschäftigten	Anteil der Angestellten für qualifizierte Tätigkeiten, die entweder eine abgeschlossene Lehre oder eine vergleichbare Berufsausbildung oder -erfahrung oder die einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss erfordern
Technische Ausstattung	Investitionen in EDV und IuK-Technik	Dummy (1: Betrieb hat Investitionen getätigt)
	Investitionen in Produktionsanlagen	Dummy (1: Betrieb hat Investitionen getätigt)
Innovationsaktivitäten	Verbesserung oder Weiterentwicklung eines Produkts in den letzten 2 Jahren	Dummy (1: ja)
	Neuaufnahme eines Produkts ins Angebot, das bereits vorher auf dem Markt war	Dummy (1: ja)
	Aufnahme eines völlig neuen Produkts ins Angebot, für das ein neuer Markt geschaffen werden muss	Dummy (1: ja)
	Betrieb befasst sich mit FuE	Dummy (1: ja)
Betriebsgröße	Betriebsgröße	Zahl der Beschäftigten zum 30.06.2004
	Betriebsgröße quadriert	Zahl der Beschäftigten zum 30.06.2004 quadriert
Betriebsstruktur	Unabhängiges, eigenständiges Unternehmen vs. Unternehmenszentrale mit Niederlassungen oder Niederlassung eines Unternehmens	Dummy (1: unabhängiges, eigenständiges Unternehmen)
Eigentümerstatus	Betrieb ist in inländischem oder ausländischem Eigentum	Dummy (1: Betrieb ist in inländischem Eigentum)
Branchenzugehörigkeit	Vorleistungsgüterindustrie	Dummy (1: Vorleistungsgüterindustrie)
	Investitionsgüterindustrie	Dummy (1: Investitionsgüterindustrie)

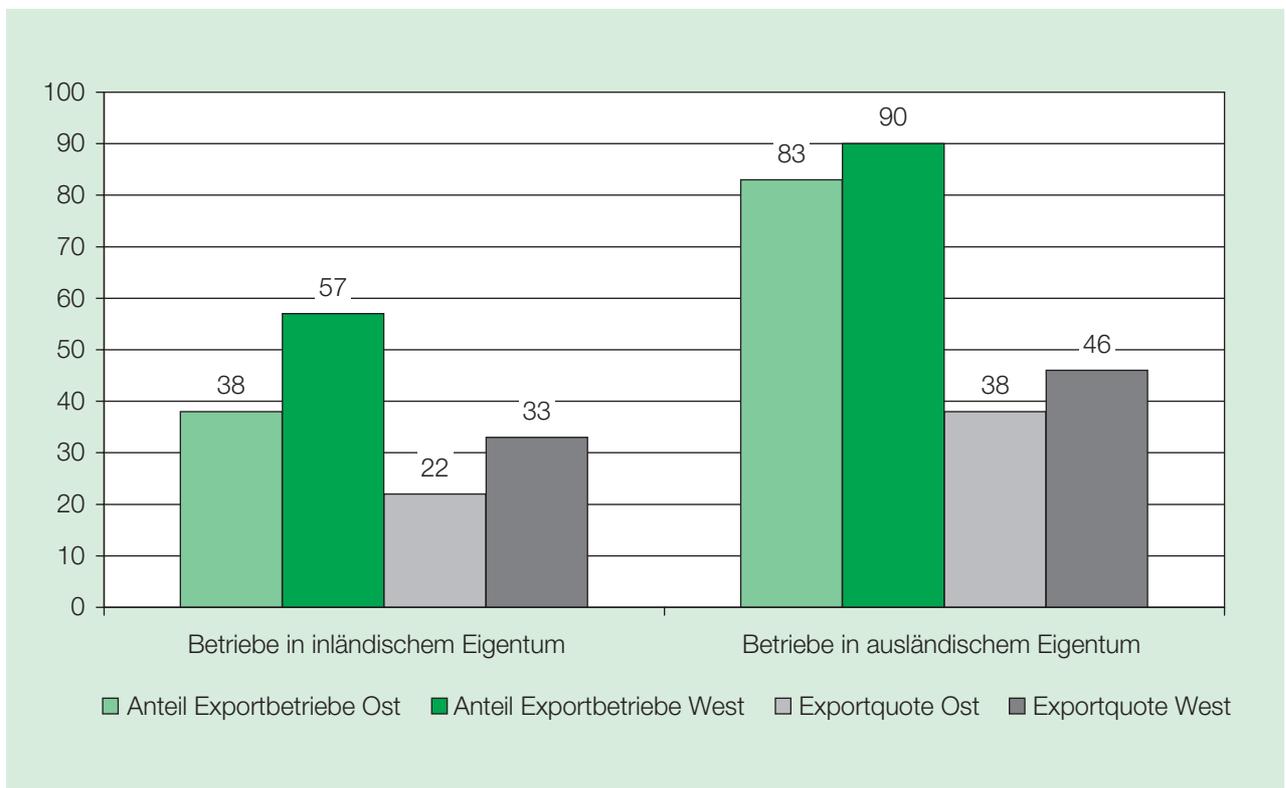
Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 1: Exportquote und Anteil der exportierenden Betriebe nach einzelnen Größenklassen (Angaben in %)



Quellen: IAB-Betriebspanel 2004, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 2: Exportquote und Anteil der exportierenden Betriebe nach Eigentümerstatus (Angaben in %)



Quellen: IAB-Betriebspanel 2004, Berechnungen des ifo Instituts.

Betriebe eine geringere Exportquote auf als Verbundbetriebe, die Teile von größeren Unternehmen sind. Dies gilt für die west- als auch für die ostdeutschen Betriebe, wobei die letzteren wiederum eine geringere Exportintensität besitzen. Analog zeigt sich dies auch für die Anteile an Exportbetrieben in Ost und West. Der Anteil an Exportbetrieben ist unter eigenständigen Betrieben geringer als unter Verbundbetrieben, wobei ostdeutsche Exportbetriebe vergleichsweise schwach vertreten sind.

Bestimmungsfaktoren der Exportentscheidung

Da sich die einzelnen in der deskriptiven Analyse herausgearbeiteten Faktoren in ihrem Einfluss überlagern können, wird im Folgenden eine ökonometrische Analyse durchgeführt. Diese dient dazu zu bestimmen, welche der in Tabelle 1 aufgeführten Merkmale in besonderem Maße die Exporttätigkeit der Betriebe beeinflussen.

Hierzu wird zunächst eine (multivariate) Probit-Schätzung durchgeführt; diese dient dazu, die Determinanten für die grundsätzliche Entscheidung für ein Auslandsengagement zu identifizieren. Hierzu wird eine dichotome Variable konstruiert, die den Wert Eins erhält, wenn ein Betrieb exportiert ($Y=1$) und den Wert Null ($Y=0$), wenn er

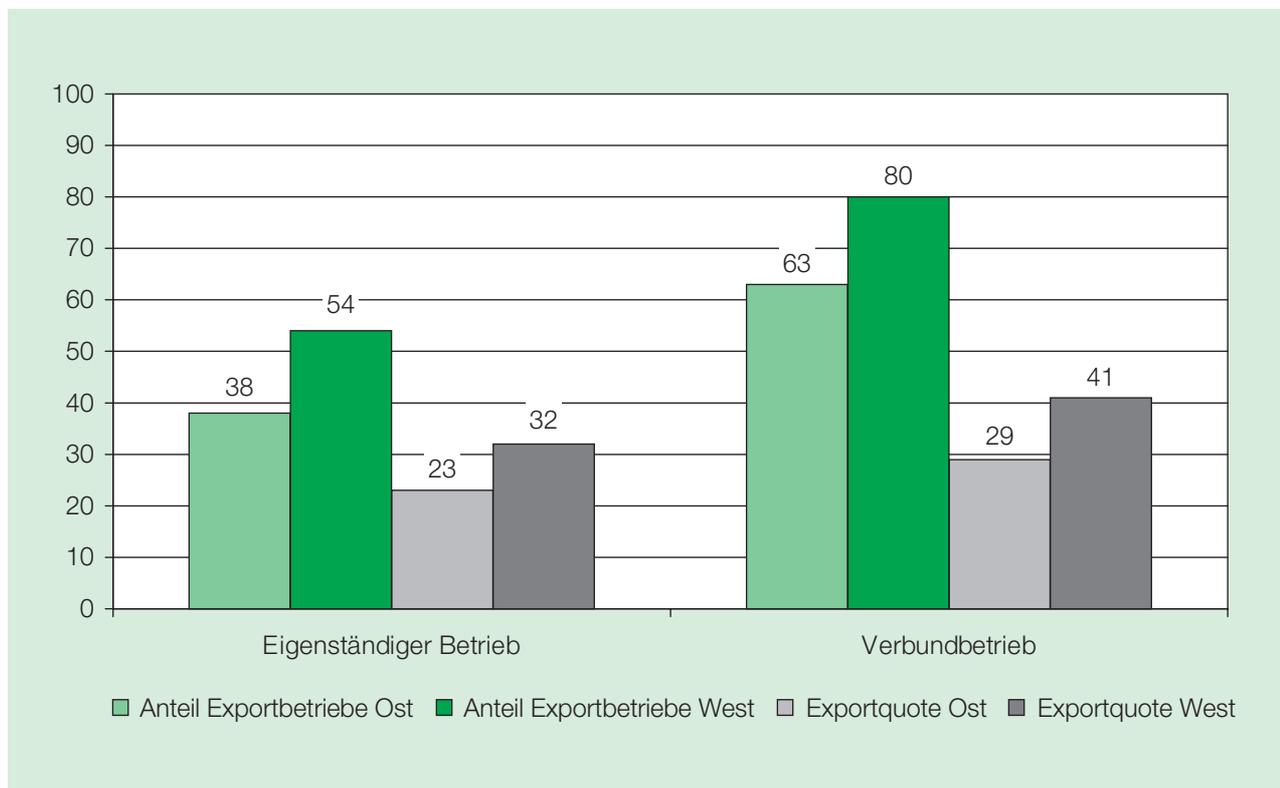
nicht exportiert [vgl. auch GREENE (2000), S. 813]. Wir nehmen an, dass die 13 in Tabelle 1 aufgeführten Variablen, die im Vektor v zusammengefasst sind, diese Entscheidung erklären, sodass

$$\begin{aligned}\text{Prob}(Y=1) &= F(\beta'v) \\ \text{Prob}(Y=0) &= 1 - F(\beta'v)\end{aligned}$$

Der Parametervektor β reflektiert den Einfluss der im Vektor v zusammengefassten Variablen auf die Wahrscheinlichkeit zu exportieren ($\text{Prob}(Y=1)$) oder nicht zu exportieren ($\text{Prob}(Y=0)$). Da dem Probit-Modell ein nicht-linearer Zusammenhang zwischen abhängiger und unabhängigen Variablen unterliegt, erfolgt die Schätzung von β mit Hilfe des Maximum-Likelihood-Verfahrens. Die Schätzung wird entsprechend dem Untersuchungsziel getrennt für Ost- und für Westdeutschland durchgeführt.

Die Schätzergebnisse in Tabelle 2 zeigen, dass sich die Einflussfaktoren auf die Exportentscheidungen west- und die ostdeutscher Betriebe leicht unterscheiden. So steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ein Betrieb in den alten Bundesländern Exportaktivitäten aufweist, mit seinem Anteil an qualifizierten Arbeitskräften an. Für die ostdeutschen Betriebe ist dieser Zusammenhang hingegen nicht signifikant, die Humankapitalausstattung leistet also

Abbildung 3: Exportquote und Anteil der exportierenden Betriebe nach der Betriebsstruktur (Angaben in %)



Quellen: IAB-Betriebspanel 2004, Berechnungen des ifo Instituts.

keinen Erklärungsbeitrag für die einzelbetriebliche Exportentscheidung.

Demgegenüber wirkt sich im Einklang mit den oben dargestellten theoretischen Erklärungsansätzen in beiden Teilen Deutschlands die technische Ausstattung positiv auf das Exportverhalten der Betriebe aus. Sowohl die Investitionen in EDV und IuK-Technik als auch die Investitionen in Produktionsanlagen weisen positive und hoch signifikante Koeffizienten aus. Die Ergebnisse zum Zusammenhang zwischen Innovationsaktivitäten und Auslandsaktivitäten sind indes eher gemischt. Die beiden Variablen, welche die Neuaufnahme eines Produktes in das Sortiment eines Betriebes abdecken, stellen sich als nicht signifikant heraus. Dagegen lassen sich eindeutig positive Auswirkungen der Verbesserung oder Weiterentwicklung eines Produktes auf die Aufnahme von Exporten feststellen. Auch ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Betrieb exportiert, höher, wenn er sich mit Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten befasst.

Interessanterweise spielt die Betriebsgröße nur für die westdeutschen Betriebe eine Rolle, die aber auch dort statistisch nicht sehr stark abgesichert ist. Zudem nimmt die Exportwahrscheinlichkeit mit zunehmender Betriebsgröße nur unterproportional zu, wodurch die angestellten theoretischen Überlegungen zum Zusammenhang zwischen Betriebsgröße und Exporttätigkeiten bestätigt werden. Dass das Ergebnis für die neuen Länder dabei statistisch nicht signifikant ist, dürfte auf die im Ganzen vergleichsweise kleinbetriebliche Wirtschaftsstruktur zurückzuführen sein, sodass die Variabilität der Variablen hier für die Schätzung nicht hinreichend ist [vgl. LOOSE und LUDWIG (2002), S. 10].

Darüber hinaus kann der fehlende Erklärungsgehalt der Betriebsgröße für die ostdeutschen Betriebe zum Teil auch mit den Besonderheiten in der Betriebsstruktur und den Eigentumsverhältnissen erklärt werden. Da gerade die kleinen Betriebe oftmals eigenständig sind, wird der Erklärungsbeitrag der Betriebsgröße von diesen beiden Variablen bereits abgedeckt. Diese beiden Determinanten erweisen sich für die neuen Bundesländer als äußerst relevant in der Erklärung, warum ein Betrieb exportiert; für die westdeutschen Bundesländer besitzt nur der Eigentümerstatus einen signifikanten Erklärungsgehalt. Bei ostdeutschen Betrieben, die entweder Unternehmenszentralen mit Niederlassungen oder aber selbst Niederlassungen eines Unternehmens sind, ist die Wahrscheinlichkeit zu exportieren höher als bei unabhängigen und eigenständigen Betrieben. Ebenso exportieren Betriebe in ausländischem Eigentum tendenziell öfter als Betriebe in inländischem Eigentum. Dies deckt sich mit den oben angestellten Überlegungen zur Einbindung von Zweigbetrieben in die bestehenden Absatzstrukturen von größeren Unternehmensverbänden.

Schließlich wirkt sich auch die Zugehörigkeit zur Investitions- oder zur Vorleistungsgüterindustrie (im Vergleich zu Betrieben des Ver- und Gebrauchsgütergewerbes) positiv auf die Wahrscheinlichkeit zu exportieren aus.

Bestimmungsfaktoren der Exportintensität

Nachdem ersichtlich wurde, welche Faktoren die Entscheidung für die Aufnahme von Außenhandelsaktivitäten überhaupt beeinflussen, soll nun untersucht werden, von welchen Bestimmungsgrößen die Höhe der Exportquote beeinflusst wird. Als ökonometrisches Verfahren findet hierbei die Tobit-Schätzung Anwendung. Sie ist geeignet für Modelle, bei denen die abhängige Variable nur einen eingeschränkten Wertebereich zwischen Null und Hundert (bzw. Eins) annehmen kann, wie es bei der Exportquote der Fall ist. Die Schätzungen erfolgen dabei ebenfalls getrennt für Ost- und Westdeutschland und nur für die Betriebe, die überhaupt einen Auslandsumsatz erzielt haben.

Die Schätzgleichung weist die folgende Form auf:

$$X = \beta_0 + \sum_{i=1}^{13} \beta_i V_i + \epsilon$$

X bezeichnet die Exportquote als abhängige Variable, und V gibt die 13 erklärenden Variablen wieder, wie sie in Tabelle 1 beschrieben sind. Tabelle 2 fasst die Schätzergebnisse zusammen.

Vergleicht man die Ergebnisse der beiden Schätzungen, so wird deutlich, dass die Bestimmungsfaktoren der Höhe der Exporte teilweise deutlich von denen abweichen, die für die Exportentscheidung an sich wesentlich sind. So liefert die Humankapitalausstattung einen statistisch relevanten Beitrag für das Ausmaß des Außenhandelsengagements sowohl der west- als auch der ostdeutschen Betriebe. Dagegen spielt die technische Ausstattung keine Rolle. Unter den Variablen, welche die einzelbetrieblichen Innovationstätigkeiten abdecken, leistet nur das Vorhandensein von Forschung und Entwicklung einen statistisch signifikanten positiven Erklärungsbeitrag.

Die Betriebsgröße spielt für die Höhe der Exportquote in West- wie auch in Ostdeutschland eine wichtige Rolle. Je mehr Beschäftigte ein Betrieb aufweist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass er aktiv auf den Auslandsmärkten vertreten ist. Dass die Exportquote mit weiter zunehmender Betriebsgröße tendenziell wieder abnimmt, ist hier für beide Regionen aber nicht nachzuweisen. Die Betriebsstruktur leistet genauso für die Exportentscheidung auch für die Exporthöhe den erwarteten Erklärungsbeitrag. Die negativen Vorzeichen betonen den Umstand, dass unabhängige, eigenständige Unternehmen

Tabelle 2: Ergebnisse der Probit-Schätzungen (abhängige Variable: Exportaktivität ja–nein) und Tobit-Schätzungen (abhängige Variable: Exportquote) für das verarbeitende Gewerbe in West- und Ostdeutschland

Betriebliche Ausstattung	Probit-Schätzung		Tobit-Schätzung	
	West	Ost	West	Ost
Humankapitalausstattung				
Anteil der qualifizierten Angestellten	0,00345**	–0,00061	0,12883***	0,12787**
Technische Ausstattung				
Investitionen in EDV und IuK-Technik	0,28295***	0,35387***	–1,69515	0,69021
Investitionen in Produktionsanlagen	0,21943	0,32507***	3,54848	1,33025
Innovationsaktivitäten				
Verbesserung oder Weiterentwicklung eines Produkts in den letzten 2 Jahren	0,42418***	0,40475***	1,00046	–1,39491
Neuaufnahme eines Produkts ins Angebot, das bereits vorher auf dem Markt war	–0,09037	–0,13335	–0,11328	–1,17846
Aufnahme eines völlig neuen Produkts ins Angebot, für das ein neuer Markt geschaffen werden muss	0,07779	0,14423	0,38799	0,90008
Betrieb befasst sich mit FuE	0,67159***	0,70708	10,24023***	5,39366**
Betriebsgröße				
Beschäftigtenzahl	0,00016*	0,00053	0,00357**	0,01618*
Quadrierte Beschäftigtenzahl	–1,43e-08**	–7,18e-08	–1,75e-07	–1,38e-06
Betriebsstruktur				
Unabhängiges Unternehmen	0,01293	–0,21672**	–5,75879***	–7,05596***
Eigentümerstatus				
Inländisches Eigentum	–0,56171***	–0,61142***	–8,60468***	–16,28723***
Branchenzugehörigkeit				
Investitionsgüterindustrie	0,30289***	0,38569***	14,6329***	4,14119
Vorleistungsindustrie	0,27963***	0,54050***	7,28738***	1,46848
Konstante	–0,49272***	–0,73117***	27,29381***	35,94394***
Fallzahl	1.380	1.239	769	463

Anmerkung: ***, **, * zeigt die Signifikanz auf einem 1 %, 5 %, 10 % Niveau an.

Quellen: IAB-Betriebspanel 2004, 2005; Berechnungen des ifo Instituts.

im Vergleich zu Unternehmenszentralen mit Niederlassungen oder Niederlassungen eines Unternehmens eine geringere Exportquote aufweisen. Ebenso wirkt sich die Tatsache, dass sich ein Betrieb in inländischem Eigentum befindet, negativ auf die Höhe der einzelbetrieblichen Exportquote sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern aus. Bei der Branchenzugehörigkeit ist anzumerken, dass nur die westdeutschen Betriebe, die zu den Investitions- oder Vorleistungsgüterproduzenten zählen, ein statistisch gesichertes größeres Auslandsengagement aufweisen als Betriebe anderer Branchen. In Ostdeutschland ist ein solcher Einfluss hingegen nicht festzustellen.

Gründe für die geringeren Auslandsaktivitäten der ostdeutschen Betriebe

Die vorangegangene ökonometrische Analyse hat deutlich gemacht, welche Faktoren für die Entscheidung der Betriebe, ob und in welchem Ausmaß Auslandsaktivitäten aufzunehmen von Relevanz sind. Sie gibt jedoch keine Auskunft darüber, welche Charakteristika es vorrangig sind, auf welche sich die diesbezüglichen Unterschiede zwischen den ost- und den westdeutschen Betrieben zurückführen lassen. Um hierüber Aufschluss zu erhalten, wird im Folgenden eine Aufgliederung der beiden Schätzergebnisse nach der Methode von BLINDER (1973) und OAXACA (1973) vorgenommen (vgl. Box).⁶

Box: Die Blinder-Oaxaca-Dekompositionsmethode

Die so genannte Blinder-Oaxaca-Dekomposition gliedert die Unterschiede in der Exportentscheidung und Exporthöhe mit Hilfe eines Vergleichs von Schätzergebnissen in eine erklärte und in eine unerklärte Komponente. Für die Dekomposition werden zwei Gruppen von Merkmalsträgern gebildet, die in unserem Fall die west- und die ostdeutschen Betriebe sind. Zunächst wird der Anteil der Unterschiede in der Höhe der zu erklärenden Variable abgeschätzt, der durch Unterschiede in den in Tabelle 1 beschriebenen Betriebscharakteristika erklärt werden kann. Davon lässt sich dann die unerklärte Differenz unterscheiden. Sie kann auf andere Faktoren zurückgeführt werden, die entweder nicht durch die hier verwendeten Variablen erfasst werden oder aber gar nicht quantifizierbar sind.

Mit Hilfe der Blinder-Oaxaca-Dekomposition lassen sich im Durchschnitt rund 46 % des Unterschieds zwischen den ost- und westdeutschen Betrieben in der Entscheidung

zu exportieren auf Unterschiede in den beobachteten Betriebsmerkmalen zurückführen. Die unerklärte Differenz beträgt demnach 54 %. Die Vorteile der westdeutschen Betriebe begründen sich unter anderem in ihrer Humankapitalausstattung, aber auch in den etwas anders gelagerten Eigentumsverhältnissen. Die Nachteile, welche die ostdeutschen Betriebe insgesamt bei der Exportentscheidung aufweisen, werden jedoch durch den Stand der technischen Ausstattung etwas gemildert.

Die Ost-West-Unterschiede in der Höhe der Exportquote können mittels der Blinder-Oaxaca-Dekompositionsmethode hingegen nur zu 30 % auf die erfassten betriebsinternen Charakteristika zurückgeführt werden. Einen großen Einfluss auf die höhere westdeutsche Exporttätigkeit üben, wie auch bei der Exporttätigkeit an sich, die Eigentumsverhältnisse aus. Das Ausmaß des Auslandsengagements scheint zudem auch mit der anders ausgerichteten Branchenstruktur zusammenzuhängen, wie sie durch die Zugehörigkeit der Betriebe zur Investitions- oder zur Vorleistungsgüterindustrie beschrieben wird.

Hinter der unerklärten Differenz in der Entscheidung zu exportieren wie auch in der Höhe der Exportquoten können verschiedene Faktoren stehen. Darunter fallen zum einen weitere Merkmale, die in den ökonometrischen Analysen nicht erfasst sind. So ist beispielsweise die unterschiedliche Branchenstruktur in den alten und den neuen Bundesländern mit der Berücksichtigung von drei Branchen nur annäherungsweise erfasst; das IAB-Betriebspanel erlaubt jedoch aufgrund zu geringer Fallzahlen keine feinere Disaggregation. Die Branchenstruktur kann insofern einen nicht unwesentlichen Einfluss ausüben, als in Ostdeutschland diejenigen Branchen auch heute noch verhältnismäßig stark vertreten sind, in denen nicht oder nur vorrangig regional oder national handelbare Güter produziert werden [vgl. DIW/ IFW/IWH (1999), S. 104]. Für die generelle Erklärung der Exporttätigkeit könnte es weiterhin eine Rolle spielen, ob sich ein Betrieb in einer ländlichen oder aber einer verdichteten Region befindet und damit andere Zugänge zu relevanten Vermarktungsinformationen oder Infrastruktureinrichtungen hat. Auch das Alter eines Betriebs wurde hier nicht erfasst. Zum anderen können aber durchaus Faktoren eine Rolle für die geringeren Auslandsaktivitäten der ostdeutschen Betriebe eine Rolle spielen, die nicht oder nur schwer quantifizierbar sind und eher das allgemeine Wirtschafts- und Gesellschaftsumfeld abdecken, in dem die Betriebe agieren.

Aus den ökonometrischen Ergebnissen für die Exportentscheidung und für das Ausmaß des Auslandsengagements lassen sich einige wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen ableiten. So kann eine stärkere Auslandsorientierung der ostdeutschen Wirtschaft wohl

am ehesten dadurch erreicht werden, dass neben Forschung und Entwicklung die Qualifizierung der Beschäftigten weiter verbessert wird. Eine rein auf Beteiligung an Auslandsmessen oder Vermarktungshilfen orientierte Förderung mag zwar in Einzelfällen als „Türöffner“ dienen, reicht aber vermutlich nicht aus, mehr Betriebe dazu zu bringen, tatsächlich den Schritt auf die Auslandsmärkte zu wagen und ihren Absatz dort spürbar auszuweiten. Darüber hinaus können Betriebskooperationen (im Sinne einer verstärkten Vernetzung bis hin zur Gründung gemeinsamer Tochtergesellschaften für den Vertrieb hergestellter Güter und Dienstleistungen) ein Weg sein, den Absatz ostdeutscher Betriebe im Ausland zu erhöhen. Dadurch können sie unter Umständen den Nachteil ihrer verhältnismäßig kleinen Betriebsgröße in Bezug auf die Exportaktivitäten kompensieren. Vieles davon werden die Betriebe allein bewerkstelligen können und müssen; Anschubhilfen durch die Förderpolitik von Bund und Ländern können aber helfen, die Auslandsorientierung ostdeutscher Betriebe noch schneller voranzubringen.

Zusammenfassung

Die Auslandsaktivitäten der ostdeutschen Betriebe, gemessen am Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, haben sich zwar in den letzten Jahren kontinuierlich intensiviert, liegen jedoch weiterhin hinter denen der westdeutschen Betriebe zurück. Für das geringere Engagement der ostdeutschen Betriebe im Ausland sind mehrere Faktoren ursächlich, die mit Hilfe einer Regressions-schätzung und einer anschließenden Dekompositionsanalyse bestimmt werden können. Betriebsmerkmale, welche die Exportentscheidung beeinflussen, sind für Ost und West gleichermaßen die technische Ausstattung, die Befassung mit Forschung und Entwicklung (FuE) und die Branchenzugehörigkeit. Die Betriebsgröße ist nur für die westdeutschen Betriebe von Relevanz, wohingegen für die Betriebe in den neuen Bundesländern die Betriebsstruktur und die Eigentumsverhältnisse einen signifikanten Erklärungsbeitrag für die Aufnahme von Auslandsbeziehungen liefern.

Die ökonomische Analyse ergibt des Weiteren, dass auf die Höhe der Exportquote zum Teil andere betriebliche Merkmale einwirken als auf die Entscheidung zu exportieren. Hier spielt die Ausstattung mit qualifizierten Arbeitskräften eine große Rolle, ebenso wie FuE-Aktivitäten. Für die alten wie auch die neuen Bundesländer gilt zudem, dass die Exportquote mit zunehmender Betriebsgröße steigt. Grundsätzlich üben zudem der Status als Unternehmenszentrale mit Niederlassungen oder als Niederlassung eines Unternehmens und ein ausländischer Eigentümer einen positiven Einfluss aus.

Die Branchenzugehörigkeit schließlich ist nur für die westdeutschen Betriebe von Bedeutung.

Die Dekompositionsanalyse macht deutlich, dass rund 46 % im Ost-West-Unterschied zu exportieren und 30 % im Unterschied zwischen den Exportquoten durch die in der ökonomischen Analyse berücksichtigten Bestimmungsfaktoren erklärt werden können. Ein genereller Vorteil der westdeutschen Betriebe liegt in ihren anders strukturierten Eigentumsverhältnissen. Bei der Exportentscheidung übt außerdem noch die Humankapitalausstattung einen überdurchschnittlichen Einfluss aus. Vorteile in der Höhe der Exporte scheinen außerdem mit der anders ausgerichteten Wirtschaftsstruktur zusammenzuhängen. Der technische Stand der Ausstattung hingegen befördert das Auslandsengagement der ostdeutschen Betriebe.

Literaturverzeichnis

- BAUER, T. K. und M. SINNING (2005): Blinder-Oaxaca Decomposition for Tobit Models, IZA Discussion Paper No. 1795.
- BELLMANN, L.; S. KOHAUT und M. LAHNER (2002): Das IAB-Betriebspanel – Ansatz und Analysepotenziale, in: KLEINHENZ, G. (Hrsg.) (2002): IAB-Kompendium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, BeitrAB 250, S. 13–20.
- BERNARD, A. B. und J. B. JENSEN (1995): Exporters, Jobs and Wages in U. S. Manufacturing 1976–87, Brookings Papers on Economic Activity, Microeconomics, Washington D. C.
- BLINDER, A. (1973): Wage Discrimination: Reduced Form and Structural Estimates, *Journal of Human Resources*, 18, S. 436–455.
- DIW/IFW/IWH (Hrsg.) (1999): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, 19. Bericht. In: DIW-Wochenbericht, Jg. 66, H. 23, S. 419–445.
- EFF, E. A. und S. G. LIVINGSTON (2007): Is there a Rural/Urban Export Gap? *Journal of Regional Science*, vol. 47, No. 2, S. 339–363.
- GANDOLFO, G. (1994): *International Economics I – The Pure Theory of International Trade*, Heidelberg.
- GREENE, W. H. (2000): *Econometric Analysis*, Fourth Edition, Englewood Cliffs, N. J.
- HIRSCH, S. (1971): *The Export Performance of Six Manufacturing Industries. A Comparative Study of Denmark, Holland, and Israel*, New York.
- KRUGMAN, P. R. (1979): Increasing Returns, Monopolistic Competition and International Trade, *Journal of International Economics*, 9 (4), S. 469–479.

- LACHENMAIER, S. (2007): Effects of Innovation on Firm Performance, ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung 28.
- LEBER, U. (2002): Determinanten betrieblicher Exportaktivitäten im Verarbeitenden Gewerbe, in: BELLMANN, L. (Hrsg.): Die ostdeutschen Betriebe in der internationalen Arbeitsteilung, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 263, S. 31–44.
- LOOSE, B. und U. LUDWIG (2002): Der überregionale Absatz der Betriebe des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes, in: BELLMANN, L. (Hrsg.): Die ostdeutschen Betriebe in der internationalen Arbeitsteilung, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 263, S. 1–30.
- OAXACA, R. (1973): Male-Female Wage Differentials in Urban Labor Markets, *International Economic Review*, 14, S. 693–709.
- ROBERTS, M. und J. TYBOUT (1997): An Empirical Model of Sunk Costs and the Decision to Export, *American Economic Review*, 87, S. 545–564.
- ROPER, S.; J. H. LOVE und D. ANON HIGON (2006): The Determinants of Export Performance: Evidence for Manufacturing Plants in Ireland and Northern Ireland, *Scottish Journal of Political Economy*, Vol. 53, No. 5, S. 586–615.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2007): Statistisches Jahrbuch 2007, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2001): Statistisches Jahrbuch 2001, Wiesbaden.
- VERNON, R. (1966): International Investment and International Trade in the Product Cycle, *Quarterly Journal of Economics*, 80 (2), S. 190–207.
- VOTTELER, M. (2003): Die Spezialisierung Sachsens im Außenhandel, ifo Dresden berichtet 1/2002, S. 18–25.
- WAGNER, J. (2007): Why More West than East German Firms Export, IZA Discussion Paper No. 2656.
- WAGNER, J. (1998): Bestimmungsgründe internationaler Firmentätigkeit, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Band 217/5, S. 613–627.
- WAGNER, J. (1995): Exports, Firm Size, and Firm Dynamics, *Small Business Economics* 7, S. 29–39.

¹ WAGNER (1995, 1998) verwendet das Hannoveraner Firmenpanel, um die Bestimmungsgründe der internationalen Tätigkeit der niedersächsischen Firmen zu analysieren.

² Diese Ergebnisse sind auch Resultat von Studien für andere Länder. Vgl. ROPER et al. (2006) für die Determinanten der Exportorientierung im verarbeitenden Gewerbe Irlands und Nordirlands.

³ Der kausale Zusammenhang zwischen Innovationen und Exporten besteht jedoch in beiden Richtungen. Vgl. LACHENMAIER (2007), S. 169. So kann der härtere Wettbewerb, der auf internationalen Märkten herrscht, die Betriebe zur Hervorbringung von neuen Produkten und Verfahrenstechniken antreiben, damit sie ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten können.

⁴ Bei dieser Argumentation ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Verbuchung der Wertschöpfung und damit auch der Exporte nicht notwendigerweise im Verbundbetrieb selbst stattfindet, sondern der Unternehmenszentrale zugeschlagen wird. Dadurch wird die wirtschaftliche Aktivität des Verbundbetriebes nicht adäquat erfasst.

⁵ Die Frage nach dem technischen Stand der Anlagen wird im IAB-Betriebspanel explizit gestellt, doch liegen die Befragungsergebnisse nicht für das Jahr 2004 vor. Daher wird in der folgenden Analyse auf die Angaben der Investitionstätigkeit 2004 abgestellt, die am ehesten die Technologieausstattung approximieren.

⁶ Die Blinder-Oaxaca Dekomposition hat ihren Ursprung in speziellen Bereichen der Arbeitsmarktforschung, so z. B. in der Analyse der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern oder zwischen Personen mit unterschiedlichem Migrationshintergrund. Sie kann aber auch auf andere Fragestellungen angewendet werden. So untersuchen EFF und LIVINGSTON (2007) mit ihrer Hilfe, warum sich die Betriebe, die entweder in den ländlichen oder aber in den agglomerierten Regionen der südöstlichen Staaten der USA angesiedelt sind, in der Höhe ihrer Exportquote unterscheiden. WAGNER (2007) greift auf eine Erweiterung der Blinder-Oaxaca Dekompositionstechnik zurück, um der gleichen Frage nachzugehen, mit der auch wir uns in unserem Artikel beschäftigen. Er berücksichtigt zwar weniger erklärende Variablen, kommt aber im Grundsatz zu den gleichen Ergebnissen wie wir. Zur Anwendung der Dekomposition bei Tobit-Schätzungen siehe auch BAUER und SINNING (2005).

Ostdeutschland im internationalen Standortvergleich

Beate Grundig, Carsten Pohl und Heinz Schmalholz*

Einleitung

Die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland ist seit der deutschen Wiedervereinigung weit vorangekommen. In vielen Bereichen besteht heute kein augenscheinlicher Rückstand mehr gegenüber Westdeutschland. Trotzdem ist es gerade auch vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit nach wie vor erforderlich, weitere Investitionen für die neuen Bundesländer zu attrahieren. Angesichts der fortschreitenden Globalisierung wird dies nur zu erreichen sein, wenn die in Ostdeutschland erzielbaren Kapitalrenditen international wettbewerbsfähig sind. Im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags steht daher die Frage, ob und inwieweit der Standort Ostdeutschland für Investoren im Vergleich mit ausgewählten mittel- und osteuropäischen sowie ostasiatischen Standorten attraktiv ist und wie die Politik dazu beitragen kann, erkennbare Stärken auszubauen und identifizierte Defizite zu beseitigen. Die nachfolgend präsentierten Befunde basieren auf einer Studie, die das ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Niederlassung Dresden, im Zeitraum September 2006 bis Oktober 2007 im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) erstellt hat. Für eine ausführliche Darstellung der Untersuchungsergebnisse siehe BERLEMANN et al. (2008).

Die Analyseregion Ostdeutschland umfasst die fünf neuen Bundesländer und Berlin. Als Referenzländer wurden die mittel- und osteuropäischen Staaten Bulgarien, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Russland und die Ukraine sowie die asiatischen Staaten China, Japan und Vietnam herangezogen. Die Auswahl folgt dabei der Überlegung, dass in der öffentlichen Diskussion gerade mit Blick auf diese Länder ein Standortnachteil Deutschlands und damit auch Ostdeutschlands vermutet wird.

Methodik

Bei der Untersuchung der Standortattraktivität Ostdeutschlands wurde zunächst ermittelt, welche Faktoren die internationale und regionale Standortwahl der Unternehmen beeinflussen. Dazu wurden sowohl eine Regressionsanalyse vorgenommen als auch schriftliche Befragungen bei Unternehmen durchgeführt. Ziel dieser beiden sich ergänzenden Verfahren war es, aus der

Vielzahl der potenziellen Standortfaktoren diejenigen herauszufiltern, die für Investitionsentscheidungen tatsächlich relevant sind.¹ In der vorliegenden Untersuchung wurden zwei Hauptmotive für Investitionsvorhaben im Ausland angenommen: Markterschließung und Ausnutzung vorteilhafter lokaler Produktionsbedingungen [vgl. hierzu auch BERLEMANN und TILGNER (2007) und MOOSA (2002)].

Die Regressionsanalyse als statistisches Analyseverfahren dient ganz allgemein dazu, die Abhängigkeit zwischen einer abhängigen Variablen (hier der Standortqualität) und einer oder mehreren unabhängigen Variablen (den in Betracht kommenden Standortfaktoren) zu quantifizieren. Die Standortqualität kann selbst allerdings nicht direkt beobachtet werden, sodass diese indirekt über eine Indikatorvariable gemessen wird. In Betracht kommt hier vor allem der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen. Als ausländische Direktinvestition (Foreign Direct Investment, FDI) wird die finanzielle Beteiligung eines Investors an einem Unternehmen in einem anderen Land bezeichnet, soweit diese dazu dient, einen dauerhaften Einfluss auf die Geschäftspolitik dieses Unternehmens auszuüben. Gemäß internationalen Standards ist hiervon auszugehen, wenn die Beteiligung mindestens 10 % des Kapitals des Unternehmens im Zielland ausmacht [vgl. UNCTAD (2006), S. 294]. Es liegt nahe anzunehmen, dass der Bestand an Direktinvestitionen einer Region umso höher ausfällt, je besser die Standortfaktoren selbst der Region sind. Ähnlich wie die Standortqualität entzieht sich auch eine ganze Reihe von in Betracht kommenden Standortfaktoren der direkten Beobachtung. Sie müssen daher ebenfalls über geeignete Indikatoren approximiert werden.

Ergänzt wurde die ökonometrische Untersuchung durch Befragungen bei international tätigen Unternehmen, wobei deren Einschätzungen sowohl zur Relevanz verschiedener Standortfaktoren in der betrieblichen Entscheidungspraxis als auch zur Bewertung dieser Faktoren in den verschiedenen Ländern erhoben wurden. Die Unternehmensbefragungen verfolgten zwei eng miteinander verbundene Zwecke.

Zum einen sollten die Ergebnisse der ökonometrischen Analyse verifiziert werden. Dies ist notwendig, weil

* Beate Grundig, Carsten Pohl und Heinz Schmalholz sind wissenschaftliche Mitarbeiter in der ifo Niederlassung Dresden.

nicht ausgeschlossen werden kann, dass einzelne Determinanten der Standortwahl im Rahmen der ökonomischen Analyse nur unvollkommen erfasst wurden und sich deswegen als nicht signifikant herausgestellt haben. Aus diesem Grund wurden deutsche Muttergesellschaften, die Niederlassungen in den ausgewählten Beobachtungsländern haben, sowie ausländische Muttergesellschaften, die Niederlassungen in Ostdeutschland unterhalten, gebeten, die Bedeutung von Standortfaktoren für Ansiedlungsentscheidungen einzuschätzen. Die Beschränkung auf in- und ausländische Muttergesellschaften begründet sich darin, dass in der Regel die Muttergesellschaft die Entscheidungskompetenz für die Standortwahl von neuen Niederlassungen bzw. Standortverlagerungen besitzt.

Zum anderen dienten die Unternehmensbefragungen aber auch dazu, die qualitative Ausprägung der verschiedenen, für die Standortwahl als relevant identifizierten Faktoren zu erfassen und somit eine Alternativquelle zu den Daten der amtlichen und nicht-amtlichen Statistik zu gewinnen. Hierzu wurden die Niederlassungen ausländischer Unternehmen in Ostdeutschland und die Niederlassungen deutscher Unternehmen an ausgewählten Standorten im Ausland um eine Bewertung der einzelnen Standortfaktoren vor Ort gebeten.

Relevante Standortfaktoren

Über alle untersuchten Standortfaktoren hinweg ergab sich eine sehr große Übereinstimmung zwischen der ökonomischen Analyse und den Befragungsergebnissen (vgl. Tab. 1). Die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen erwiesen sich sowohl in der Paneldatenanalyse als auch in der Umfrage als sehr bedeutende Determinanten in der Standortentscheidung von Unternehmen. Dazu zählen grundlegende institutionelle Regelungen wie beispielsweise die Rechtssicherheit und die Eigentumsverfassung. Daneben stellen ein niedriges Ausmaß an Korruption sowie eine geringe Arbeitsmarktregulierung und Steuerbelastung wichtige Determinanten dar. In der Literatur werden die Rahmenbedingungen als eine Art Vorfilter für Standortentscheidungen beschrieben.

Beim Markterschließungsmotiv erwies sich die Größe des Absatzmarktes, welche in der ökonomischen Analyse mit dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf approximiert wurde, als signifikant. Hinzu kommt eine hohe Wechselkursvolatilität als positiver Einflussfaktor für ausländische Direktinvestitionen. Bei der Ausnutzung der lokalen Produktionsfaktoren war der Faktor Humankapital, gemessen durch die Höhe der Arbeitskosten bzw. die Verfügbarkeit von Hochqualifizierten und/oder Facharbeitern,

von zentraler Bedeutung. Hinsichtlich der Infrastruktur wurden Verkehrs- und Kommunikationsnetze als sehr wichtig für die Standortentscheidung beurteilt. Eine gute Infrastrukturausstattung wirkt dabei positiv, hohe Arbeitskosten wirken für sich genommen negativ auf den Zufluss ausländischer Direktinvestitionen. Von den weichen Standortfaktoren stellte sich die persönliche Sicherheit als relevanter Faktor bei der Standortwahl heraus. Zusätzlich wurde der Standortfaktor Forschungslandschaft mit in die zu untersuchenden Faktoren aufgenommen, da die neuen Bundesländer in der Befragung der Muttergesellschaften relativ häufiger als die Vergleichsländer als Standort für Forschung und Entwicklung genannt wurden.

Festzuhalten bleibt, dass zunächst die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen erfüllt sein müssen, damit ein Standort überhaupt in die engere Auswahl einbezogen wird. Erst dann werden von den Unternehmen Markterschließungsmotive sowie die Möglichkeit der Ausnutzung von lokalen Produktionsbedingungen evaluiert.

Motive der Investoren und die betriebliche Funktion der Niederlassungen determinieren den Standortwettbewerb

Die Ergebnisse der Befragung von Entscheidungsträgern bei grenzüberschreitenden Investitionsvorhaben zeigen, dass Markterschließung und Ausnutzung lokaler Produktionsbedingungen keinen ausschließenden Charakter besitzen, sondern bei der Entscheidung für oder gegen einen bestimmten Standort gleichzeitig wirksam sein können. Diesbezüglich weisen deutsche und ausländische Investoren je nach Standortregion stark unterschiedlich geprägte Motivationslagen auf (vgl. Tab. 2).

- Deutsche Muttergesellschaften präferieren bei einer Standortentscheidung für Ostdeutschland die Ausnutzung von lokalen Produktionsbedingungen (54 %), während für die Errichtung von Niederlassungen im asiatischen und osteuropäischen Raum eher Markterschließungsmotive ausschlaggebend sind bzw. beide Motive verfolgt werden.
- Bei den ausländischen Unternehmen steht für das Engagement in Ostdeutschland ebenfalls die Ausnutzung der günstigen Produktionsbedingungen im Vordergrund (57 %). Für die osteuropäischen Standorte ist hingegen deutlicher als für die deutschen Muttergesellschaften das Markterschließungsmotiv ursächlich. Für den ostasiatischen Raum werden neben den neuen Marktchancen stärker als von den deutschen Unternehmen auch existierende Kostenvorteile antizipiert.

Tabelle 1: Bedeutung relevanter Standortfaktoren in der ökonomischen Analyse und in den Umfrageergebnissen der Muttergesellschaften

Ökonomische Analyse	Umfrage	Untersuchte Faktoren
Rechtliche und politische Rahmenbedingungen		
Regierungsstabilität, Regierungseingriffe in den Markt	Rechtssicherheit, Eigentumsverfassung	Politische Stabilität
Korruption	Korruption	Korruption
Lohn- und Preisflexibilität		Lohn- und Preisflexibilität
Arbeitsmarktregulierung	Arbeitsmarktregulierung	Arbeitsmarktregulierung
Steuerlast	Steuerlast	Steuerlast
Zinssatz für Kredite	Öffentliche Förderung	Kapitalkosten/öffentliche Förderung
Markterschließungsmotiv		
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf	Größe des Absatzmarktes	Lokale Kaufkraft
Wechselkursvolatilität	Vermeidung von Währungsrisiken	Wechselkursvolatilität
Ausnutzung der lokalen Produktionsfaktoren		
Arbeitskosten	Arbeitskosten, Verfügbarkeit von Hochqualifizierten, Facharbeitern	Arbeitskosten, Verfügbarkeit von Humankapital
Straßennetz, Festnetz- und Mobilfunknutzer	Verkehrsinfrastruktur, Kommunikationsnetze, Energie- und Wasserversorgung	Verkehrs- und Kommunikations- infrastruktur
	Persönliche Sicherheit	Persönliche Sicherheit
		Forschungslandschaft/ Humankapital

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

Tabelle 2: Motive der Standortentscheidung (Angaben in %)

Motive	Deutsche Muttergesellschaften bei Standortentscheidungen in			Ausländische Muttergesellschaften bei Standortentscheidungen in		
	Ost- deutschland	Osteuropa	Ostasien	Ost- deutschland	Osteuropa	Ostasien
Markterschließung	26,9	36,1	48,8	22,9	66,7	44,4
Ausnutzung vorteilhafter lokaler Produktions- bedingungen	53,9	25,0	4,7	57,1	9,5	27,8
Beides	19,2	38,9	46,5	20,0	23,8	27,8

Quelle: ifo Unternehmensbefragung 2007.

Die Standorte in Ostdeutschland, in Osteuropa sowie in Ostasien haben zum Teil sehr unterschiedliche Funktionen (vgl. Tab. 3). Sowohl die deutschen als auch die ausländischen Muttergesellschaften nennen Ostdeutschland – im Vergleich zu den mittel- und osteuropäischen sowie den asiatischen Ländern – relativ häufiger als Standort für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Alle drei Standortregionen wurden in etwa gleich häufig für Produktionszwecke genutzt (zwischen 50 und 60 %). Standorte in Osteuropa und in Ostasien haben hingegen relativ häufiger Vertriebs- und Serviceaufgaben wahrzunehmen. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass für diese Standorte eher das Markterschließungsmotiv im Vordergrund steht.

Als Fazit ergibt sich hieraus, dass Investitionsvorhaben in den neuen Bundesländern weniger der Erschließung des ostdeutschen Marktes sondern eher der Ausnutzung der lokalen Produktionsfaktoren dienen. In den beiden übrigen mit in die Analyse einbezogenen Regionen steht hingegen das Markterschließungsmotiv im Vordergrund. Eine Standortkonkurrenz dürfte somit für Ostdeutschland insbesondere bei Investitionen bestehen, die einen geeigneten Mix aus vorteilhaften lokalen Standortfaktoren anstreben. Vorteile hat Ostdeutschland dagegen, wenn potenzielle Investoren Standorte für ihre mit höherwertigen betrieblichen Funktionen – insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung – betrauten Niederlassungen suchen.

Stärken-/Schwächenanalyse

Als Instrumentarium zur Analyse der Stärken und Schwächen eines Standorts bietet sich die Portfolio-Methode an. Sie ermöglicht die gleichzeitige Visualisierung der Bedeutung der jeweiligen Standortfaktoren (Ordinate) und

der Beurteilung durch die befragten Unternehmen hinsichtlich der Ausprägung (Abszisse) jedes Faktors (vgl. Abb. 1). Die Stärke- oder Schwäche-Position der einzelnen Standortfaktoren wird durch ihre Lage in der Vierfelder-Matrix determiniert. Dabei bedeutet die Lage in

- Quadrant I: Aus Sicht der Investoren wichtige Faktoren, die am Standort Ostdeutschland gut beurteilt werden.
- Quadrant II: Für Investoren unwichtige Faktoren, aber mit guter Beurteilung für Ostdeutschland.
- Quadrant III: Wichtige Faktoren aus Investorensicht, aber mit schlechter Beurteilung durch die befragten Unternehmen.
- Quadrant IV: Für die Ansiedlungsentscheidung weniger wichtige Standortfaktoren, die von den schon ansässigen Unternehmen für den Standort Ostdeutschland schlecht beurteilt werden.

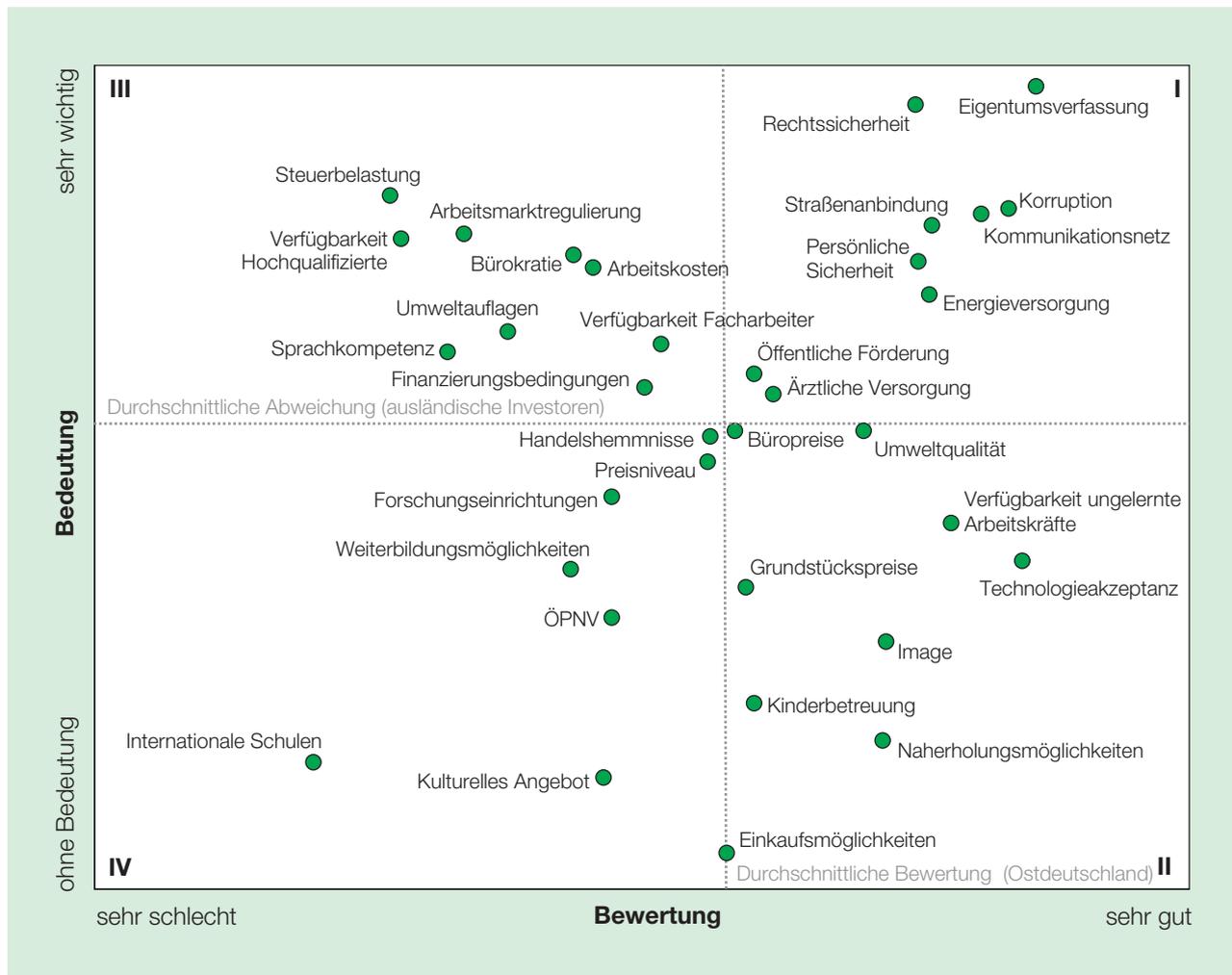
Bei der Befragung erhielten die in Ostdeutschland ansässigen Tochtergesellschaften einen Fragebogen mit 40 Standortfaktoren, die jeweils auf einer Notenskala von 1 bis 6 bewertet wurden. Die Bedeutung der Standortfaktoren für Ansiedlungsentscheidungen schätzten – wie bereits erläutert – ausschließlich die in- und ausländischen Muttergesellschaften aufgrund ihrer Entscheidungskompetenz in einer entsprechenden Fragestellung ein. Die Positionierung in den jeweiligen Feldern ergibt sich folglich zum einen aus der Bewertung jedes einzelnen Standortfaktors durch die in Ostdeutschland ansässigen Tochtergesellschaften und die Abweichung dieser Werte vom Durchschnitt (2,98) nach unten (schlechter) und nach oben (besser) und zum zweiten aus der Abweichung der Benotung vom Mittelwert im Hinblick auf die Bedeutung der einzelnen Standortfaktoren (3,30) für eine Standortentscheidung.

Tabelle 3: Funktion der Niederlassungen (Angaben in %)

Funktion	Deutsche Muttergesellschaften bei Standortentscheidungen in			Ausländische Muttergesellschaften bei Standortentscheidungen in		
	Ostdeutschland	Osteuropa	Ostasien	Ostdeutschland	Osteuropa	Ostasien
Vertrieb/Service	27,1	35,6	39,0	27,7	41,4	32,3
Forschung und Entwicklung	20,8	4,4	9,1	16,9	6,9	12,9
Produktion	52,1	60,0	51,9	55,4	51,7	54,8

Quelle: ifo Unternehmensbefragung 2007.

Abbildung 1: Standortfaktorenportfolio Ostdeutschland



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

Ostdeutschland ein Standort mit zahlreichen Stärken...

Bei neun Faktoren, die aus Investorensicht für eine Ansiedlungsentscheidung von zentraler Bedeutung sind, ist Ostdeutschland gut aufgestellt. Allerdings sind die Faktoren

- **hohe Rechtssicherheit,**
- **rechtsstaatliche Wirtschafts- und Eigentumsverfassung** sowie
- **geringe Korruption**

keine spezifisch ostdeutschen Standortvorteile, da sie gleichermaßen auf alle Teilregionen in Deutschland zutreffen. Dies bedeutet aber – wegen des Vergleichs mit anderen potenziellen Standorten außerhalb Deutschlands – keine Herabminderung der Standortqualität der neuen Länder.

Anders verhält es sich mit folgenden Standortfaktoren:

- **Infrastruktur (Straßen, Kommunikation, Energie-/ Wasserversorgung):** Hier attestieren die befragten Unternehmen Ostdeutschland eine gute überregionale Straßenanbindung. Dazu kommt eine der modernsten Kommunikationsinfrastrukturen in Europa, auch wenn der Breitbandnetzzugang im ländlichen Raum noch verbesserungsbedürftig ist. Für die gute Beurteilung der Produktionsfaktoren Energie und Wasser ist die hohe Versorgungssicherheit am Standort Ostdeutschland ausschlaggebend.
- **Persönliche Sicherheit:** Im Vergleich zu den übrigen berücksichtigten Staaten ist die persönliche Sicherheit in Ostdeutschland insgesamt als gut einzustufen. Insbesondere bei den Kapitalverbrechen lässt sich eine deutlich geringere Häufigkeit in Ostdeutschland feststellen als in den einbezogenen mittel- und osteuropäischen Ländern. Die asiatischen Länder hingegen gelten

insgesamt als sehr sicher. Über die in Ostdeutschland begangenen Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund wird in den Medien zwar ausführlich berichtet, die befragten Unternehmen signalisierten jedoch keine Defizite hinsichtlich des Sicherheitsstandards. Nicht auszuschließen ist allerdings, dass sich derartige Straftaten negativ auf das Image Ostdeutschlands auswirken können.

- **Öffentliche Förderung:** Ein weiterer Vorteil im Standortwettbewerb sind die durch intensive öffentliche Förderung günstigen Kapitalkosten für Investitionsprojekte. Anders als in Osteuropa, wo Investitionsanreize überwiegend in Form von Steuerbefreiung und/oder Steuervergünstigungen gewährt werden, liegt der Schwerpunkt in Ostdeutschland auf nicht rückzahlbaren Zuschüssen, die Eigenkapitalcharakter haben, während ein Investor in Osteuropa erst einen Betriebsgewinn realisieren muss, um in den Genuss der steuerlichen Fördermaßnahme zu gelangen. Dies stellt aus Unternehmenssicht einen Vorteil dar.
- **Ärztliche Versorgung:** Trotz aller Medienberichte über einen drohenden Ärztemangel in Ostdeutschland ist die Qualität der Versorgung als hoch und damit als Standortvorteil gegenüber den Vergleichsländern zu werten.

Weitere neun Faktoren sind ebenfalls als Standortstärken Ostdeutschlands einzustufen, auch wenn deren Relevanz im Hinblick auf eine Standortentscheidung eher von untergeordneter Bedeutung ist. Im Einzelnen handelt es sich um:

- **Büropreise (Preise für Büroflächen und Produktionsstätten), Grundstückspreise:** Sowohl die Nutzungspreise von Gewerbeimmobilien als auch die Baulandpreise werden in Ostdeutschland als vergleichsweise günstig eingeschätzt.
- **Technologieakzeptanz:** Die in Ostdeutschland vorhandene hohe Aufgeschlossenheit von Bevölkerung und Verwaltung für moderne Technologien hat insbesondere die Ansiedlung der an zahlreichen Standorten vorzufindenden Produktions- und Forschungsstätten im Technologiefeld Life Sciences (Biotechnologie, Pharmaindustrie etc.) begünstigt.
- **Umweltqualität:** Eine hohe Umweltqualität ist nicht nur für eine Reihe von Unternehmen eine notwendige Standortvoraussetzung, sondern schafft auch gleichzeitig ein attraktives Wohnumfeld. Zudem wird Ostdeutschland zunehmend als bevorzugter Standort für Industrien wahrgenommen, deren Produkte für den Umweltschutz oder die Nutzung erneuerbarer Energien Einsatz finden.
- **Image:** Nach Auskunft von Wirtschaftsförderern ist das Image Deutschlands bei potenziellen Investoren

eher als schlecht einzustufen. Dies ergibt sich beispielsweise aus verschiedenen Rankings internationaler Organisationen, die Deutschland vorwiegend auf mittleren oder hinteren Positionen sehen. Da für Ausländer die föderale Struktur Deutschlands so gut wie unbekannt ist, ist auch eine Differenzierung in West- und Ostdeutschland kaum möglich. Dass die Beurteilung durch die vor Ort in Ostdeutschland ansässigen Unternehmen wesentlich positiver ausfällt als von standortfernen Juroren, ist bei der Analyse der Befragungsergebnisse nicht nur an diesem Merkmal feststellbar. Umso mehr muss sich das künftige Standortmarketing darauf konzentrieren, die regionalen Kompetenzen und Potenziale Ostdeutschlands imageprägend zu vermitteln.

- **Weitere Faktoren der Lebensqualität (Naherholungs- und Einkaufsmöglichkeiten, Kinderbetreuung):** Die so genannten „weichen“ Standortfaktoren spielen unter dem Aspekt der Rekrutierungsmöglichkeiten von qualifiziertem Personal eine bedeutende Rolle, zumal Familienangehörige mitunter den Ausschlag für die Wahl des Arbeitsortes geben. Ostdeutschland bietet als Kulturlandschaft eine Vielzahl von Freizeit- und Naherholungsmöglichkeiten im regionalen Wohnumfeld. Die gut beurteilten Einkaufsmöglichkeiten geben auch keine Hinweise auf spürbare Defizite in diesem Bereich. Zudem weist Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland deutliche Vorteile bei der Kinderbetreuung auf.
- **Verfügbarkeit ungelernter Arbeitskräfte:** Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit unter Geringqualifizierten in Ostdeutschland schätzen auch die befragten Unternehmen die Verfügbarkeit von ungelerten Arbeitskräften als unproblematisch ein.

... aber auch mit Defiziten

Bei dieser Gruppe von Faktoren werden zunächst diejenigen sieben Faktoren behandelt, die in der Bewertung weniger gut beurteilt wurden, deren Relevanz für eine Ansiedlungsentscheidung aber auch seitens der Investoren eher als unwichtig eingestuft wird. Die Behebung dieser Defizite sollte somit auch kein prioritäres politisches Handlungsfeld sein. Im Einzelnen handelt es sich um:

- **Handelshemmnisse zwischen Unternehmensstandort und bedientem Markt:** Grenzüberschreitende Warenverkehre unterliegen zumindest im EU-Raum vergleichsweise geringem Bürokratieaufwand im Hinblick auf Zollformalitäten, Grenzkontrollen etc. Export- und Importgeschäfte in andere Wirtschaftszonen können allerdings u.U. mit kostenintensivem Verwaltungsaufwand einhergehen. Dies trifft allerdings

ausländische wie inländische Unternehmen gleichermaßen und ist kein spezifisches Standortproblem Ostdeutschlands.

- **Regionales Preisniveau:** Die Lebenshaltungskosten, also Ausgaben für Konsumgüterkäufe, Mieten, Energie etc. werden von den befragten Unternehmen trotz Preisvorteilen Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland bei vielen Dingen des täglichen Bedarfs als ungünstig eingeschätzt.
- **Forschungseinrichtungen:** Die Ausstattung mit Forschungseinrichtungen wird von den befragten Unternehmen als relativ unwichtig angesehen. Dies ist jedoch überwiegend eine Folge davon, dass nur ein geringer Teil der befragten Unternehmen das Know-how dieser Institutionen für seine betrieblichen Aktivitäten tatsächlich benötigt. Die separate Auswertung derjenigen Unternehmen, für die dieser Standortfaktor relevant ist, ergibt eine gute Bewertung der vorhandenen Forschungsinfrastruktur in Ostdeutschland.
- **Weiterbildungsmöglichkeiten:** Die Bewertung dieses ebenfalls für viele Unternehmen eher nebensächlichen Faktors hängt zum einen von der beigemessenen Relevanz und zum anderen sicherlich auch vom Standort des Unternehmens ab. Im ländlichen Raum sind die Möglichkeiten in geringerem Umfang gegeben als in Städten oder deren Umfeld. Auch hier ist es so, dass diejenigen Unternehmen, die entsprechenden Bedarf haben und derartige Einrichtungen nutzen, diesen Faktor deutlich positiver beurteilen.
- **Standortabhängige Faktoren (öffentlicher Nahverkehr, internationale Schulen, kulturelles Angebot):** Für die Bewertung dieser Faktoren gilt ebenfalls der zugrunde liegende Standort als Einflussfaktor. Es konnte nachgewiesen werden, dass die Beurteilung je nach Raumtyp, in dem das Unternehmen ansässig ist, unterschiedlich ausfällt. In Städten sind die hierunter fallenden Faktoren gut ausgeprägt, während im ländlichen Raum bezüglich Verfügbarkeit oder Erreichbarkeit Defizite konstatiert werden, die sich aber nicht ohne weiteres beseitigen lassen.

Eine Beseitigung oder Abmilderung der sich in der Abbildung 1 als Problemfaktoren herauskristallisierenden Elemente ist für die Verbesserung der ostdeutschen Position im Standortwettbewerb nahezu zwingend. Überwiegend handelt es sich dabei um Kostenfaktoren und zwar:

- **Arbeitskosten:** Je nach Vergleichsmaßstab fällt die Beurteilung der am Standort Ostdeutschland anfallenden Arbeitskosten unterschiedlich aus. Im Vergleich zu Westdeutschland und anderen westeuropäischen Industrieländern hat Ostdeutschland zwar Vorteile bei

den Arbeitskosten vorzuweisen. Im Vergleich zu den mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern stellt sich Ostdeutschland aber eher als Hochlohnland dar. Dies gilt auch für die Vergleichsländer in Ostasien mit Ausnahme Japans. In der Analyse konnte aber auch gezeigt werden, dass die Höhe der Arbeitskosten nicht das alleinige Entscheidungskriterium der Standortwahl ist. Neben den politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen spielen ebenso Produktivitäts- wie Qualitätsgesichtspunkte eine entscheidende Rolle, wie die Erfahrung von aus osteuropäischen Standorten zurückkehrenden Unternehmen zeigt. Nicht außer Acht gelassen werden können die mittlerweile an vielen mittel- und osteuropäischen Standorten jährlich zu registrierenden Lohnsteigerungen, nicht zuletzt bedingt durch die Verknappung des Angebots an qualifizierten Arbeitskräften.

- **Verfügbarkeit von Facharbeitern und hoch qualifizierten Arbeitskräften:** Qualifizierte Arbeitskräfte sind nach Einschätzung der Unternehmen in Ostdeutschland knapp. Verantwortlich hierfür sind neben der aktuell guten konjunkturellen Lage vor allem die Abwanderung junger und gut qualifizierter Arbeitskräfte sowie allgemein der demographische Wandel, der sich in einem Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung niederschlägt.
- **Arbeitsmarktregulierungen:** Die Arbeitsmarktregulierungen in Deutschland werden überwiegend als Nachteil angesehen. Da diese jedoch im Allgemeinen bundesweit gelten, ist dies als ein genereller Nachteil Deutschlands im Vergleich zu den mittel- und osteuropäischen Staaten anzusehen. Gerade für den Standort Ostdeutschland wird von Vertretern aus Wirtschaft und Politik immer wieder hervorgehoben, dass hier längere Maschinenlaufzeiten, betriebsindividuelle Arbeitsverträge und sonstige Arbeitsbedingungen möglich sind, anders als in Westdeutschland.
- **Bürokratie und Umweltauflagen:** Ein überhöhtes Maß an Bürokratie wird ebenfalls für Deutschland insgesamt beklagt. Dementsprechend ist diese Aussage als weiter gültig bleibende Forderung an die Politik zu verstehen, den seit Jahren versprochenen Bürokratieabbau weiter voranzubringen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass Bürokratie und Auflagen auch als Kehrseite positiver Standortbedingungen (Rechtssicherheit, hohe Umweltqualität) angesehen werden können.
- **Finanzierungsbedingungen:** Vereinzelt Fälle restriktiver Kreditvergaben seitens der Banken in Ostdeutschland sind durchaus bekannt, aber ohne Detailskenntnisse über die betriebliche Situation des Fremdkapitalsuchenden nicht bewertbar. Zumindest für Investitionsvorhaben stellt die Inanspruchnahme der schon genannten öffentlichen Fördermöglichkeiten eine spürbare Entlastung

bei den Kapitalkosten dar. Des Weiteren stehen Förderinstrumente für diverse andere betriebliche Investitionsvorhaben in Forschung, Entwicklung und Innovation sowie in Humankapital in den neuen Bundesländern zur Verfügung.

- **Steuerbelastung:** Eine ähnlich ambivalente Betrachtung kann auch bezüglich der beklagten Steuerlast vorgenommen werden. Trotz Verringerung der Körperschaftsteuer zum 1. Januar 2008 belegt Deutschland – gemessen an den nominalen Steuersätzen – immer noch einen der vorderen Plätze. Die von den Unternehmen als durchaus positiv zu bewertenden Standortfaktoren, Verkehrsinfrastruktur, Kinderbetreuung etc. erfordern eben auch entsprechende Einnahmen des Staates zur Wahrnehmung seiner Aufgaben für diese Vorsorgeleistungen. Ob eine ähnliche Qualität an öffentlichen Leistungen und Gütern in den „Flat-tax“-Ländern Mittel- und Osteuropas vorzufinden sein wird, darf eher bezweifelt werden. Hinzu kommt, dass die Muttergesellschaften der Niederlassungen in Ostdeutschland aufgrund konzerninterner Gegebenheiten nur in den seltensten Fällen die nominelle Steuerlast tragen dürften.

Eine separate Auswertung der Befragungsergebnisse für die Gruppe von technologieorientierten Unternehmen, die einem Branchencluster angehören, zeigt, dass diese Unternehmen die ostdeutschen Standortfaktoren generell positiver bewerten und vor allem die clusterspezifischen Vorteile schätzen. Die größte Zustimmung erhält die Nutzungsmöglichkeit öffentlicher Fördermaßnahmen, deren Inanspruchnahme durch die für technologieintensive Unternehmen zusätzlich vorhandenen Förderprogramme einen spürbareren Effekt als für andere Unternehmen haben dürfte. Das Angebot von Weiterbildungsmöglichkeiten, Forschungsk Kooperationen zwischen Unternehmen und mit Forschungseinrichtungen sowie die Existenz eines Pools von qualifizierten Mitarbeitern sind die Assets solcher Cluster und kommen auch in den Urteilen der beteiligten Unternehmen zum Ausdruck.

Fazit

Ostdeutschland bietet für Investoren eine Reihe von Standortvorteilen und schneidet in diesem Ländervergleich weitaus besser ab, als dies die öffentliche Meinung suggerieren will. Technologieorientierte Unternehmen

schätzen insbesondere die gute Versorgung mit Forschungsinfrastrukturen und die diesbezüglichen Fördermöglichkeiten. Da Ostdeutschland im globalen Standortwettbewerb insbesondere bei technologieorientierten Produktionen bestehen muss, sollte dieser Faktor im Rahmen des Standortmarketings stärker herausgestellt werden. Gleichzeitig scheint es aber auch sinnvoll, die vorhandenen Forschungsinfrastrukturen weiter auszubauen. Als erfolgreicher Ansatz ist dabei eine regionenorientierte Innovationspolitik, die sich auf vorhandene Stärken und technologische Kompetenzen stützt, zu werten.

Es kann davon ausgegangen werden, dass sich der technologische Wandel künftig in einer steigenden Nachfrage nach höheren Qualifikationen niederschlägt. Dies betrifft auch den Standortfaktor Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften. Bereits jetzt wurde aber in den Befragungen deutlich, dass bei der Verfügbarkeit qualifizierten Personals Engpässe in Ostdeutschland bestehen. Folglich werden auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels Maßnahmen der Schul-, Berufs- und Hochschulbildung, aber auch Weiterbildung und Qualifizierung für die Stärkung der Position Ostdeutschlands im internationalen Wettbewerb um Investoren immer wichtiger.

Literatur

- BERLEMANN et al. (2008): Die neuen Bundesländer im internationalen Standortvergleich, ifo Dresden Studie 43, Dresden/München.
- BERLEMANN, M. und J. TILGNER (2007): Determinanten der innerdeutschen Standortwahl von Unternehmen – Ergebnisse einer empirischen Analyse, ifo Dresden berichtet 3, S. 14–22.
- MOOSA, I. A. (2002): Foreign Direct Investment: Theory, Evidence and Practice, Hampshire.
- UNCTAD (2006): World Investment Report 2006. FDI from Developing and Transition Economies: Implications for Development, United Nations, New York and Geneva.

¹ Die Ergebnisse der ökonomischen Analyse und der Unternehmensbefragungen werden ausführlich in jeweils einem gesonderten Artikel in *IFO DRESDEN BERICHTET* veröffentlicht.

Ein Beschäftigungsbarometer für die sächsische Wirtschaft

Gerit Vogt*

Die Situation auf dem sächsischen Arbeitsmarkt hat sich seit dem Jahr 2006 mehr und mehr entspannt. Indikatoren wie die Arbeitslosenquote, die Zahl der Erwerbstätigen und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten deuten unisono auf eine Lageverbesserung hin (vgl. Beitrag von GRUNDIG, SCHIRWITZ und VOGT (2008), S. 3–12 in diesem Heft).

Die genannten Indikatoren werden sehr häufig zur Beurteilung der aktuellen Arbeitsmarktlage verwendet. Sie erlauben einen unter verschiedenen Gesichtspunkten (Regionen, Branchen, Berufsgruppen etc.) differenzierten Einblick in die Materie. In Hinblick auf ihre zeitliche Verfügbarkeit und Validität am jeweils „aktuellen Rand“ des Arbeitsmarktgeschehens haben sie allerdings mehr oder weniger stark ausgeprägte Defizite.

So liegt beispielsweise die von der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT erfasste Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (sv-Beschäftigten) zum Zeitpunkt der Erstellung des vorliegenden Beitrags (Januar 2008) in monatlicher Frequenz lediglich bis zum Oktober 2007 vor. Ferner handelt es sich bei den für die Monate Juli bis Oktober verfügbaren Werten um Hochrechnungen, die in den darauf folgenden Monaten einer systematischen Revision unterliegen. Stabile statistische Ergebnisse sind nach Angaben der Bundesagentur aufgrund der Abgabefristen und des Meldeflusses erst nach einer Wartezeit von sechs Monaten verfügbar [vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2007), S. 5].

Im vorliegenden Beitrag wird ein neuer Indikator – das ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft Sachsens – vorgestellt. Der neue Indikator wird ab Januar 2008 regelmäßig im Wirtschaftstelegramm des SÄCHSISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEIT veröffentlicht und kommentiert. Er bietet im Vergleich zu den Daten der amtlichen Statistik zwei Vorteile. Zum einen zeichnet er sich durch eine zeitnahe Verfügbarkeit aus. So liegt gegenwärtig bereits der Indikatorwert für den Monat Januar 2007 vor. Zum anderen wird das Beschäftigungsbarometer, wenn man von den durch die Saisonbereinigung entstehenden Änderungen abstrahiert, im Allgemeinen nicht revidiert.¹

Der neue Indikator knüpft methodisch an das von Christian Hott und André Kunkel vorgestellte ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands an [vgl. HOTT und KUNKEL (2004)]. Die jeweils aktuellen Werte des gesamtdeutschen Barometers werden

auf den Internetseiten des ifo Instituts und in der *Financial Times Deutschland* veröffentlicht.²

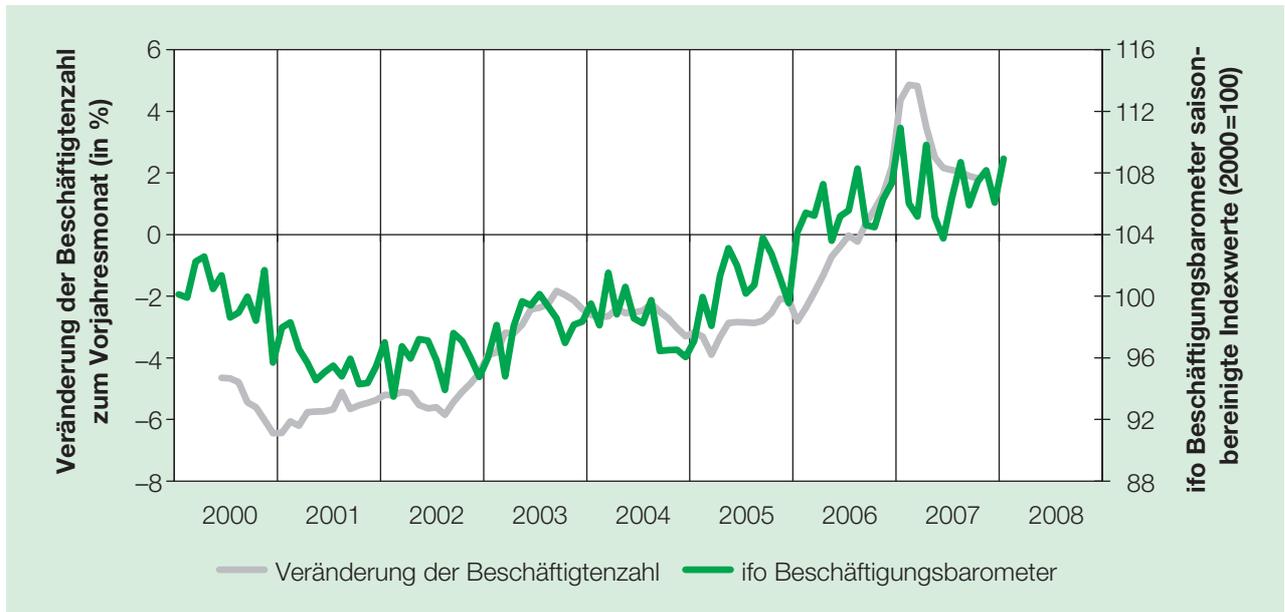
Ausgangspunkt für die Berechnungen des sächsischen und des gesamtdeutschen Beschäftigungsbarometers sind die Ergebnisse des ifo Konjunkturtests, einer monatlichen Umfrage unter Unternehmen in Deutschland. In Sachsen nehmen gegenwärtig rund 600 Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft am ifo Konjunkturtest teil. Dies sind Unternehmen aus den Bereichen verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Großhandel und Einzelhandel. Das ifo Institut bittet die Unternehmen unter anderem um eine Einschätzung, ob sie in den nächsten drei Monaten eine Veränderung ihres Beschäftigtenbestandes vornehmen wollen. Hierzu stehen drei Antwortmöglichkeiten zur Verfügung: Der Beschäftigtenbestand kann „zunehmen“, „etwa gleich bleiben“ oder „abnehmen“. Aus den gewichteten Anteilen der Unternehmen, die mit „zunehmen“ oder „abnehmen“ geantwortet haben, wird ein Saldo gebildet. Dieser Saldo wird dann analog zum ifo Geschäftsklimaindex saisonbereinigt, transformiert und auf den Durchschnitt des Jahres 2000 normiert.

Einen ersten Eindruck über den Zusammenhang zwischen dem sächsischen Beschäftigungsbarometer und der Beschäftigungsentwicklung in der gewerblichen Wirtschaft Sachsens liefert Abbildung 1. In dieser Abbildung wird die in Veränderungsraten zum Vorjahresmonat transformierte Zeitreihe der sv-Beschäftigten in der sächsischen gewerblichen Wirtschaft dem Beschäftigungsbarometer gegenübergestellt. Die beiden Zeitreihen zeigen augenscheinlich einen relativ starken Gleichlauf.

Der erste optische Eindruck wird auch durch das in Abbildung 2 gezeigte Kreuzkorrelogramm bestätigt. Der Korrelationskoeffizient zwischen den beiden Zeitreihen beträgt 0,83. Wird das Beschäftigungsbarometer um einen oder mehrere Monate verzögert, so nimmt die Korrelation mit der Referenzzeitreihe deutlich ab. Bemerkenswert ist allerdings, dass auch bei einer Verzögerung von sechs Monaten noch ein Korrelationskoeffizient von 0,60 feststellbar ist. Dies lässt erwarten, dass der Indikator nicht nur zur Analyse der Situation „aktueller Rand“, sondern auch zur Prognose der zukünftigen Beschäftigungsentwicklung einen sinnvollen Beitrag leisten kann.

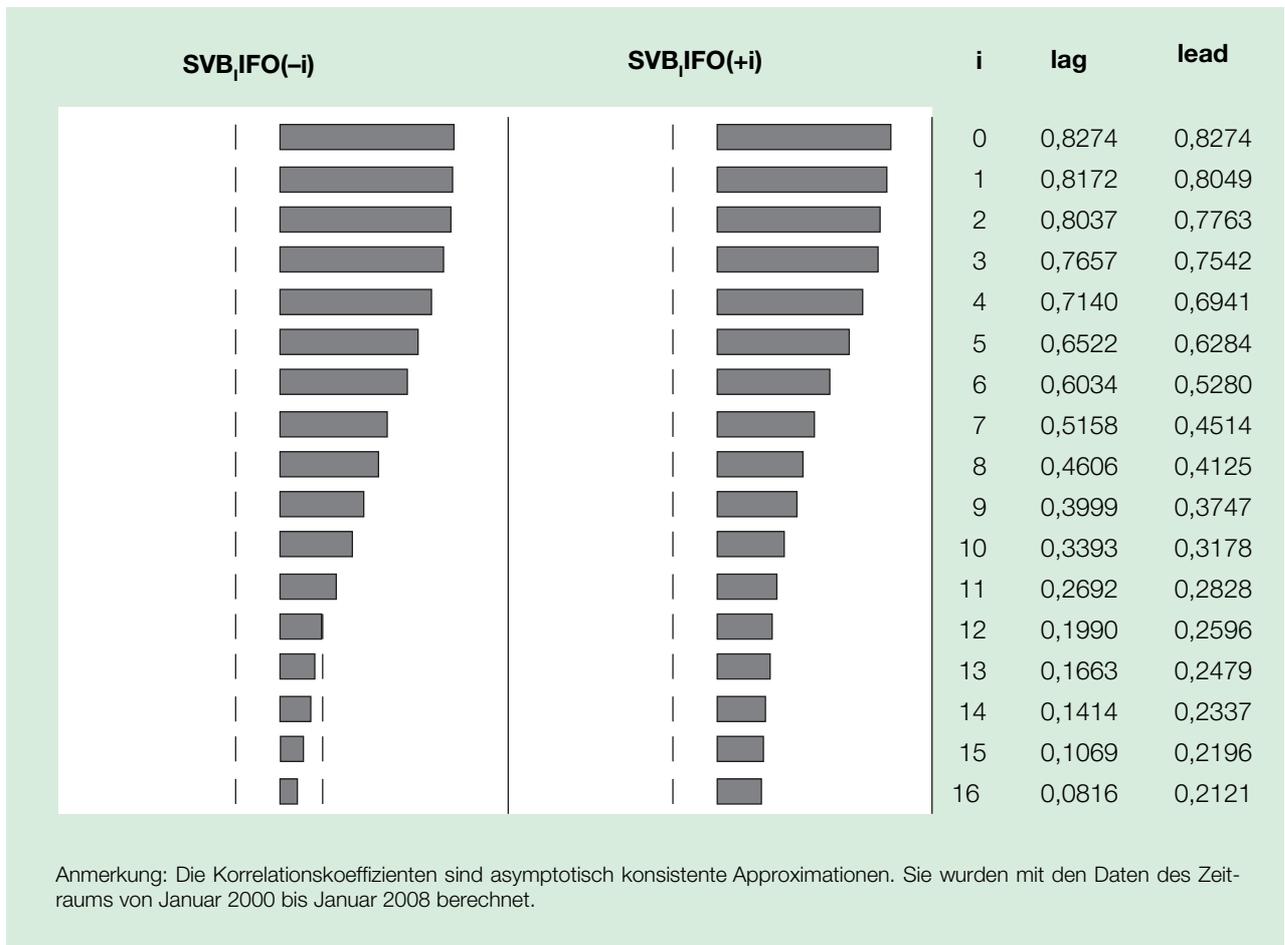
* Gerit Vogt ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der ifo Niederlassung Dresden tätig.

Abbildung 1: Veränderung der Beschäftigtenzahl und ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft Sachsens im Vergleich



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, ifo Konjunkturtest.

Abbildung 2: Korrelationen zwischen den Veränderungsraten der Beschäftigtenzahl (SVB) und dem ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft Sachsens (IFO)



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Gegenwärtig – im Januar 2008 – signalisiert das Beschäftigungsbarometer, dass die Einstellungsbereitschaft in den Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft Sachsens noch immer sehr hoch ist. In naher Zukunft ist daher mit einer weiteren Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen. Es ist ferner davon auszugehen, dass sich der bereits seit Mitte 2006 feststellbare Beschäftigungszuwachs in der zweiten Jahreshälfte 2007 fortgesetzt hat.

Literatur:

ABBERGER (2007): Qualitative Business Surveys and the Assessment Employment – A Case Study for Germany, *International Journal of Forecasting* 23 (2), S. 249–258.

BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2007): Arbeitsmarkt in Zahlen, Aktuelle Monatsergebnisse – Beschäftigung nach Ländern in wirtschaftlicher Gliederung, Nürnberg, Oktober 2007.

GRUNDIG, B., SCHIRWITZ, B. und G. VOGT (2008): Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Ostdeutschland und Sachsen 2007/2008, in ifo Dresden berichtet 01/2008, S. 3–12.

HOTT, C. und A. KUNKEL (2004): Ein ifo Beschäftigungsindikator, in ifo Schnelldienst 06/2004, S. 53–57.

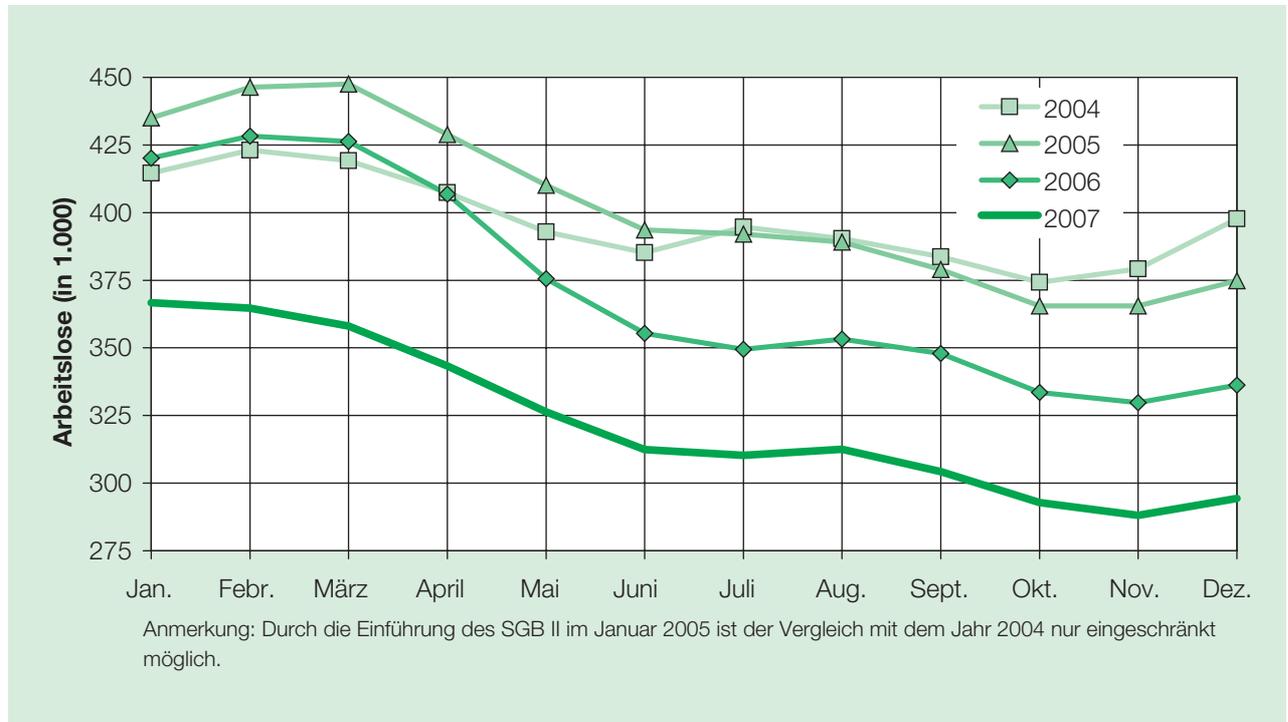
¹ Dies schließt nicht aus, dass es in Zukunft infolge von methodischen Veränderungen zu größeren Revisionen kommen kann.

² Das ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands wird vom ifo Institut exklusiv für die *Financial Times Deutschland* berechnet. Detaillierte Informationen zu seinen Indikatoreigenschaften sind dem Aufsatz von ABBERGER (2007) zu entnehmen.

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

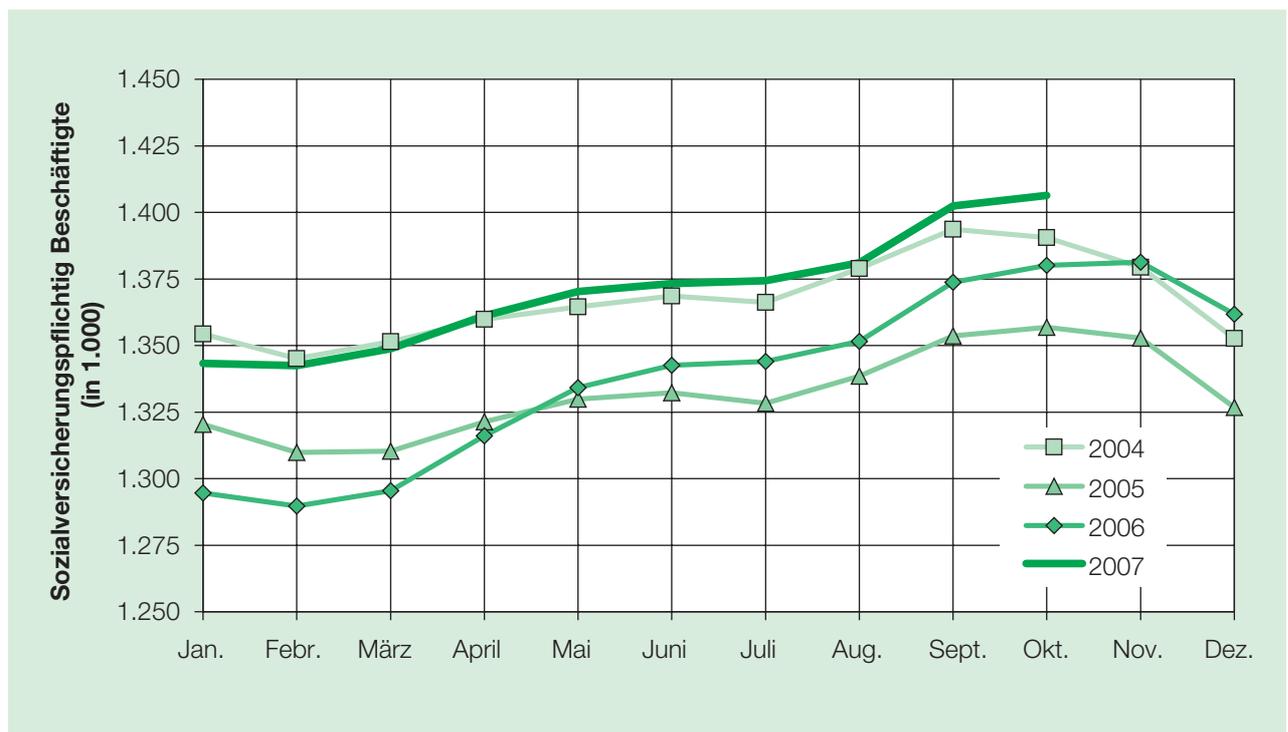
bg

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2004 bis 2007)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen (2004 bis 2007)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen)									
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^a			Gemeldete Stellen ^b			Direkte Förderung regulärer Beschäftigung ^c		
	Okt. 2007	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2007	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2007	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	742	740	724	5,9	6,4	7,0	17,5	18,3	21,9
Mecklenburg-Vorp.	523	523	514	6,2	7,1	7,2	11,3	11,7	12,8
Sachsen	1.406	1.402	1.380	15,1	17,3	17,4	31,5	32,8	39,1
Sachsen-Anhalt	750	747	744	6,8	7,4	9,4	15,7	16,2	18,1
Thüringen	741	741	731	8,7	9,1	8,1	16,3	17,1	18,8
D Ost (mit Berlin)	5.239	5.223	5.139	52,3	58,2	62,2	110,2	114,8	131,4
D West (ohne Berlin)	22.246	22.184	21.770	317,9	340,2	323,8	203,5	210,6	226,5
D gesamt	27.485	27.407	26.909	370,2	398,5	386,0	313,7	325,4	357,9

Arbeitslosigkeit									
	Arbeitslose (in 1.000 Personen)			Arbeitslosenquote ^d (in %)			Langzeitarbeitslose ^e (in % der Arbeitslosen)		
	Dez. 2007	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2007	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2007	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	182	179	205	15,0	14,7	17,1	42,3	43,7	43,2
Mecklenburg-Vorp.	134	130	155	16,6	16,1	19,3	33,2	35,0	37,6
Sachsen	294	288	336	14,9	14,6	17,2	43,3	44,3	44,0
Sachsen-Anhalt	185	181	204	15,9	15,6	17,7	42,8	44,0	43,9
Thüringen	143	139	167	12,9	12,6	15,2	40,9	42,4	43,1
D Ost (mit Berlin)	1.176	1.154	1.338	15,2	15,0	17,4	40,5	41,6	42,7
D West (ohne Berlin)	2.231	2.225	2.670	7,5	7,5	9,0	38,2	39,3	43,2
D gesamt	3.406	3.379	4.008	9,1	9,0	10,7	38,9	40,1	43,1

a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht. – b) Gemeldete Stellen nur für ungeforderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen. Als gemeldete Stellen gelten der Bundesagentur für Arbeit gemeldete und zur Vermittlung freigegebene Stellen mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen. – c) Dies beinhaltet: Gründungszuschuss, Eingliederungszuschüsse, Einstellungszuschuss bei Vertretung (Job-Rotation), Entgeltsicherung für Ältere, Arbeitsentgeltzuschuss, SAM (OfW), Beschäftigungshilfen, Einstellungszuschuss für Neugründungen, Überbrückungsgeld für Selbstständige, Existenzgründerzuschuss (IcH-AG). – d) In % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – e) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren. Angaben ohne zugelassene kommunale Träger (Optionskommunen), da für diese bisher keine Daten zu Langzeitarbeitslosen vorliegen.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest

gv

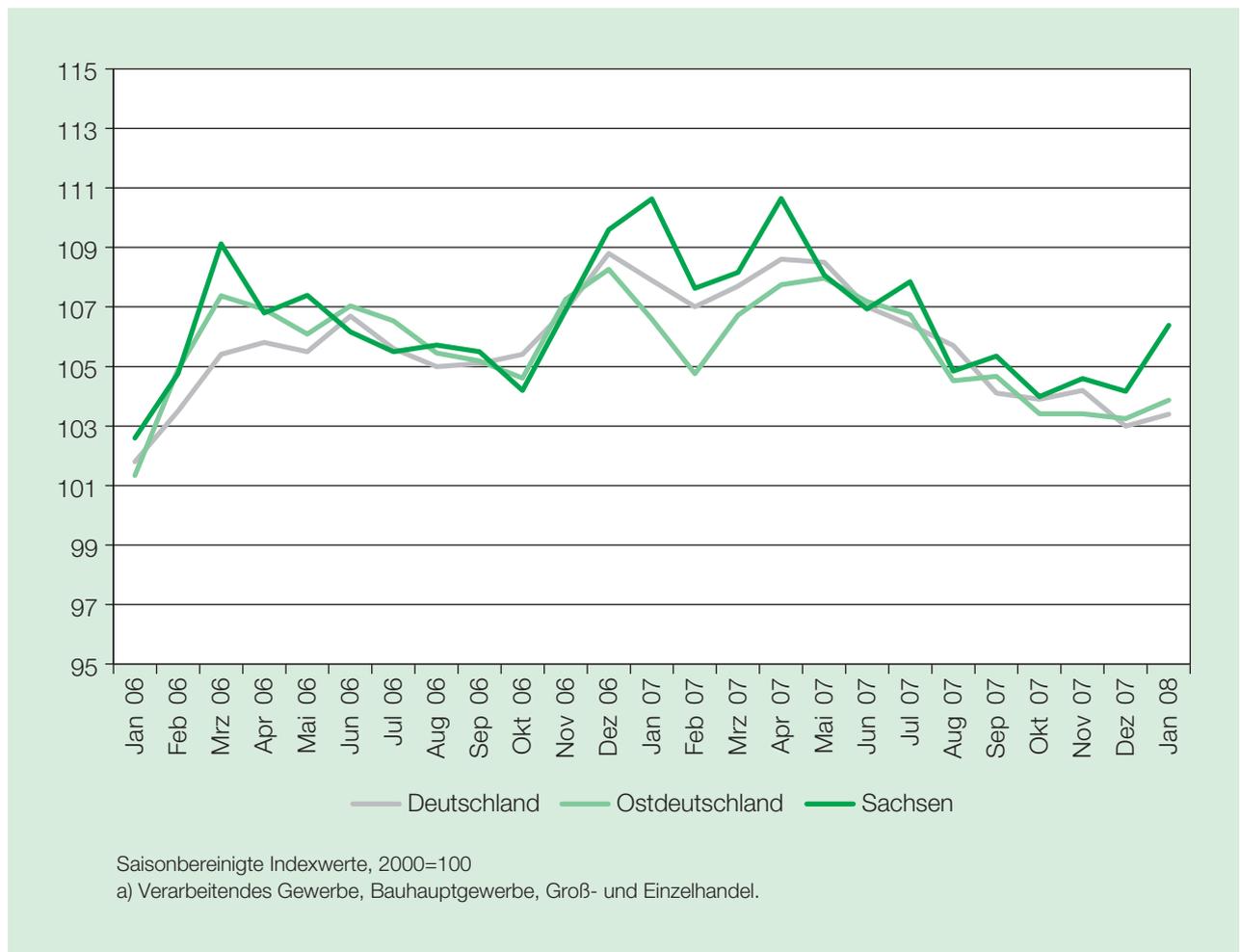
Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft Sachsens

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Sachsens ist zu Jahresbeginn kräftig gestiegen (vgl. Abb. 1). Auch in den neuen Ländern und in Deutschland insgesamt hat sich das Geschäftsklima zuletzt verbessert, allerdings nicht so stark wie in Sachsen. Die vom ifo Institut befragten sächsischen Unternehmen haben im Januar sowohl ihre aktuelle Lage als auch ihre Perspektiven per saldo günstiger als im Vormonat beurteilt. Dies deutet darauf hin, dass die konjunkturellen Auftriebskräfte weiterhin stark sind.

Schwerpunkt: Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe Sachsens

Im verarbeitenden Gewerbe wurde die Geschäftslage, entgegen dem allgemeinen Trend, im Januar etwas ungünstiger beurteilt (vgl. Abb. 2). Der Lagesaldo befindet sich allerdings im längerfristigen Vergleich weiterhin auf einem außerordentlich hohen Niveau. Nach wie vor beurteilt per saldo rund jedes dritte Unternehmen die Lage mit „gut“. Die durchschnittliche Geräteauslastung (85,7 %) ist den Meldungen zufolge zuletzt geringfügig unter den Wert vor Jahresfrist (86,1 %) gesunken. Dem steht jedoch ein leichter Anstieg in der mittleren Reichweite der

Abbildung 1: Geschäftsklimaindex Gewerbliche Wirtschaft^a Deutschlands, Ostdeutschlands und Sachsens im Vergleich



Quelle: ifo Konjunkturtest

Auftragsbestände gegenüber. Die Reichweite ist im Vorjahresvergleich von 2,5 auf 2,7 Monate gestiegen. In Hinblick auf die Geschäftsaussichten für die nächsten Monate überwiegen zwar noch immer die Meldungen von Unternehmen, die eine Verbesserung der Lage erwarten. Der Saldo der Geschäftserwartungen hat sich jedoch seit Mitte letzten Jahres deutlich verringert. Dies dürfte im Zusammenhang mit der Aufwertung des effektiven Euro-Wechselkurses und den Unsicherheiten über die US-Konjunktur stehen. Eine Rolle spielt offenbar auch die zu erwartende Abschwächung der Investitionsgüternachfrage als Folge der zum 1. Januar 2008 verschlechterten Abschreibungsbedingungen. Das ifo Institut geht deshalb davon aus, dass sich die Wachstumsdynamik im verarbeitenden Gewerbe Sachsens in den nächsten Monaten verringern wird. Für das gesamte Jahr 2008 wird ein Umsatzzuwachs von rund 7 % prognostiziert. Im vergangenen Jahr dürfte der Umsatz um etwa 15 % zugenommen haben.

Abbildung 2: Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe Sachsens und seine Komponenten die Geschäftslage- und Geschäftserwartungssalden



Quelle: ifo Konjunkturtest

Tabelle 1: Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest

Region	Deutschland		Ostdeutschland		Sachsen	
Zeitpunkt	4. Quartal 2007	3. Quartal 2007	4. Quartal 2007	3. Quartal 2007	4. Quartal 2007	3. Quartal 2007
Verarbeitendes Gewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten ^a)	3,1	3,0	2,6	2,8	2,7	2,8
Kapazitätsauslastung (in % ^a)	87,5	86,8	85,6	85,6	85,7	86,0
Exportgeschäft – Erwartungen ^b	16,1	16,8	12,3	14,9	4,6	12,4
Beschäftigtenzahl – Erwartungen ^b	3,8	3,7	0,2	4,3	5,0	1,9
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	14,0	14,5	14,6	14,4	11,1	14,1
Bauhauptgewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten ^a)	2,5	2,5	2,1	2,1	2,2	2,1
Kapazitätsauslastung (in % ^a)	68,9	69,2	72,1	73,5	73,5	76,3
Beschäftigtenzahl – Erwartungen ^b	-10,6	-11,4	-16,5	-10,9	-10,8	-0,7
Baupreise – Erwartungen ^b	-14,1	-9,7	-20,2	-11,7	-17,8	-8,2
Großhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	6,7	3,3	-10,0	-16,0	-17,3	-29,0
Bestellpläne ^b	5,6	2,8	-11,4	1,0	-17,9	-2,7
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	31,0	30,4	39,2	33,8	40,8	36,5
Einzelhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	-7,7	-10,7	-32,7	-30,7	-26,0	-27,0
Bestellpläne ^b	-13,4	-13,5	-23,1	-22,3	-14,8	-20,4
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	21,7	17,3	27,5	18,2	23,5	8,2
Anmerkung: Die Angaben basieren auf saisonbereinigten Werten (Ausnahme: Umsatz gegen Vorjahr). – a) Durchschnitte. – b) Salden der Prozentanteile von steigenden und fallenden Unternehmensmeldungen.						

Quelle: ifo Konjunkturtest.

ifo Veranstaltungen

Am **17. Dezember 2007** tagte der **Arbeitskreis Konjunkturbeobachtung Sachsen** in der Niederlassung Dresden. Im Rahmen der Veranstaltung berichtete Dr. Wolf-Dietmar Speich vom Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen über die Entwicklung der sächsischen Wirtschaft im abgelaufenen Jahr. Uwe Sujata und Dr. Per Kropp vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Regionalbüro Sachsen, referierten über die Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen sowie über ein aktuelles Forschungsprojekt zur Abgrenzung von Wirtschaftsräumen. Im zweiten Teil der Veranstaltung wurden die Prognosen zur konjunkturellen Entwicklung für die Jahre 2007 und 2008 vorgestellt. Dr. Wolfgang Nierhaus, wissenschaftlicher Mitarbeiter des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung München, erläuterte die aktuelle Deutschlandprognose des ifo Instituts. Beate Schirwitz und Gerit Vogt, Mitarbeiter der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts, stellten die Konjunkturprognosen für Ostdeutschland und Sachsen für 2007/2008 vor. Die nächste Sitzung des Arbeitskreises wird voraussichtlich Ende Juni 2008 stattfinden.

Im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** hielten Karl-Heinz Minks und Gregor Fabian vom HIS HOCHSCHUL-INFORMATION-SYSTEM Hannover am **12. Dezember 2007** einen Vortrag zum Thema „Wanderungsbilanz von Hochschulabsolventen“. Im Vortrag ging es um die Frage, an welchem Ort Hochschulabsolventen nach Abschluss ihres Studiums in das Erwerbsleben starten. Der ausgewertete Datensatz erlaubt dabei eine Differenzierung nach verschiedenen Merkmalen (Fach und Abschluss, Studienleistung, Beschäftigungsperspektive, Geschlecht usw.). Darüber hinaus wurde diskutiert, ob die Absolventen in ihre ursprüngliche Heimatregion zurückkehren oder sich eher an lokalen Arbeitsmarktchancen orientieren. Die präsentierten Forschungsergebnisse sind finanzpolitisch wegen einer „nutzeradäquaten“ Finanzierung der Hochschulausbildung von großer Relevanz.

Vom **23. bis 25. Januar 2008** fand im Bildungszentrum Schloss Wendgräben eine **Tagung** zum Thema „Herausforderungen der Wirtschaftspolitik in den neuen Ländern“ statt, die von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Niederlassung Dresden des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung veranstaltet wurde.

Ebenfalls in der Reihe der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** sprach am **30. Januar 2008** Dr. Frank Löschmann, Geschäftsführer Technik und Sprecher der

Geschäftsführung der VOLKSWAGEN SACHSEN GMBH, zum Thema „Bedeutung und Entwicklungsperspektiven der Automobilindustrie in Sachsen“. In dem Vortrag wurde die Entwicklung der Automobilbranche als eine der Leitbranchen in Sachsen dargestellt. Neben den OEM (Original Equipment Manufacturer) VOLKSWAGEN, BMW und PORSCHE spielen zahlreiche Zulieferunternehmen, die sich im regionalen Umfeld etabliert haben, eine wichtige Rolle. An einigen ausgewählten Kennziffern und Beispielen wurde die wirtschaftliche und auch gesellschaftliche Bedeutung der Automobilindustrie dargestellt.

Ein sich abzeichnender Wandel in der Automobilindustrie wird auch die sächsischen OEM und Zulieferer treffen. Ausgehend von den Entwicklungen auf den Produktmärkten und der damit einhergehenden Produktpolitik der Hersteller, wird der Fokus auf die Entwicklungen in der Wertschöpfungskette der Branche zu legen sein. Daneben werden die Innovationsgeschwindigkeit und die daraus resultierenden lokalen Auswirkungen eine wichtige Rolle spielen. Im Vortrag wurden der derzeitige Stand und mögliche Richtungen des Wandels aufgezeigt.

Durch einen zunehmenden Wettbewerb und verstärkte Diskussionen um Renditen wird auch künftig der Kostendruck auf die Unternehmen im Automobilbau nicht nachlassen. Die künftigen Perspektiven der Automobilindustrie in Sachsen werden also stark von einer hochwertigen, ökonomischen Fertigungskompetenz einhergehend mit einer integrierten Zulieferstruktur abhängen. Dabei wird der Schwerpunkt auf eine stärkere überbetriebliche Zusammenarbeit zu legen sein.

Neben dem „täglichen“ Geschäft (Steigerung der Unternehmensperformance) sind in der sächsischen Automobilindustrie neue Wege zu beschreiten. Dabei sind Handlungsfelder in den jeweiligen Unternehmen, der gesamten Branche und auch in der Region zu definieren. Das Ziel muss die Anreicherung der Kompetenzen im sächsischen Automobilbau und damit die nachhaltige Sicherung als „Leitbranche“ sein.

Die nächste Veranstaltung in der Reihe der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** ist für den **09. April 2008** vorgesehen. Dann ist ein Vortrag von Prof. Dr. Henning Klodt vom Institut für Weltwirtschaft Kiel geplant.

Die Veranstaltungen der Vortragsreihe **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** wollen einen Beitrag zur öffentlichen Diskussion über aktuelle wirtschaftspolitische

Themen leisten, indem sie ausgewiesenen Wirtschafts- und Finanzwissenschaftlern die Möglichkeit bieten, ihre neuesten Erkenntnisse einem breiten Publikum zu prä-

sentieren. Sie sind öffentlich und finden in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden, in der **Einsteinstraße 3**, statt. Beginn des Vortrags ist jeweils um **18.30 Uhr**.

ifo Vorträge

Am **03. Dezember 2007** präsentierte Beate Grundig, wissenschaftliche Mitarbeiterin der ifo Niederlassung Dresden, im Mittagsseminar an der TU Dresden erste Ergebnisse zum Thema „Arbeitsangebot von Frauen im Haushaltskontext: Eine empirische Analyse mit Spelldaten des SOEP“ vor.

Am **17. Dezember 2007** stellten Beate Schirwitz, Doktorandin, und Gerit Vogt, wissenschaftlicher Mitarbeiter in ifo Dresden, auf einer weiteren Sitzung des Arbeitskreises Konjunkturbeobachtung Sachsen der ifo Niederlassung Dresden die „Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen 2007/2008“ vor.

Bei der ifo Konferenz zur Vorbereitung von referierten Aufsätzen am **19. und 20. Dezember 2007** am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München hielten Beate Grundig, Mandy Kriese und Beate Schirwitz von ifo Dresden Vorträge zu ihren aktuellen Forschungsarbeiten: Beate Grundig sprach zum „Arbeitsangebot von Frauen im Haushaltskontext: Eine empirische Analyse mit Spelldaten des SOEP“, Mandy Kriese über „Die Effizienz der sächsischen Gemeinden – Eine Paneldatenanalyse“ sowie Beate Schirwitz zum Thema „Why is the reaction to a positive productivity shock so ambiguous?“.

Die Problematik der Einführung von Mindestlöhnen stand im Mittelpunkt eines Vortrags von Dr. Joachim Ragnitz, stellvertretender Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, vor dem Industrieausschuss der IHK Südwestsachsen in Chemnitz am **20. Dezember 2007**.

Im Rahmen der Tagung „Herausforderungen der Wirtschaftspolitik in den neuen Ländern“ vom **23. bis 25. Januar 2008** hielt Dr. Joachim Ragnitz, einen Vortrag über die „Wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern“. Die Veranstaltung, die von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Niederlassung Dresden des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung veranstaltet wurde, fand im Bildungszentrum der Konrad-Adenauer-Stiftung in Schloss Wendgräben statt.

Am **25. Januar 2008** referierte Prof. Dr. Marcel Thum, Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, auf dem 2. Vogtländischen Mittelstandstag in Plauen über das Thema „Demographischer Wandel und Wirtschaftsstandort Sachsen“.

Weiterhin hat Dr. Joachim Ragnitz am **31. Januar 2008** an einer Sitzung des Forums Ostdeutschland der SPD in Neugattersleben (bei Magdeburg) teilgenommen und in diesem Rahmen über die aktuellen Herausforderungen der Wirtschaftspolitik für die neuen Länder berichtet.

Auf einer Informationsveranstaltung der IHK Erfurt am **05. Februar 2008** in Erfurt hat Dr. Joachim Ragnitz Probleme der Landeshaushaltspolitik im Freistaat Thüringen thematisiert.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Anspruch auf Arbeit als staatliche Aufgabe“, die am **12. und 13. Februar 2008** in Leipzig und Dresden stattfand, hat Dr. Joachim Ragnitz einen Vortrag zum Thema „Wie flexibel ist Arbeit?“ gehalten.

ifo Veröffentlichungen

Ragnitz, J. und M. Thum: Beschäftigungswirkungen von Mindestlöhnen – eine Erläuterung zu den Berechnungen des ifo Instituts, ifo Schnelldienst 01/2008, S. 16–20.

Ragnitz, J. (zusammen mit Scharfe, S.): Entwicklungstrends in der ostdeutschen Industrie, in: Bundesamt für

Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), Regionalbarometer neue Länder, Sechster zusammenfassender Bericht, Bonn 2007, S. 27–37.

Die Niederlassung Dresden des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung veröffentlicht im Februar 2008 eine

weitere Ausgabe ihrer Publikationsreihe *ifo Dresden Studien*. In der soeben erschienenen Nummer 43 werden aktuelle Forschungsergebnisse eines kürzlich abgeschlossenen Projektes vorgestellt:

ifo dresden studie Nr. 43: Die neuen Bundesländer im internationalen Standortvergleich

Michael Berlemann, Sabine Engelmann, Matthias Göthel, Beate Grundig, Carsten Pohl, Joachim Ragnitz, Heinz Schmalholz, 270 Seiten, zahlreiche Abbildungen und Tabellen, München/Dresden 2008. ISBN 3-88512-471-8, 20,- € zzgl. Versandkosten.

Die Regionen innerhalb eines Landes standen schon immer im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen. Im Zuge der Globalisierung hat die internationale Dimension der Standortentscheidungen in den letzten Jahren jedoch erheblich zugenommen. Im Rahmen der Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) wurde der Frage nachgegangen, ob und inwieweit der Standort Ostdeutschland für Investoren international attraktiv ist. Die Position Ostdeutschlands, d. h. der fünf neuen Länder inkl. Berlins, im internationalen Standortwettbewerb wurde durch einen länderübergreifenden Vergleich der für Unternehmensansiedlungen als signifikant ermittelten Standortfaktoren vorgenommen.

Zur Identifikation der tatsächlich relevanten Standortfaktoren wurde eine Zwei-Säulen-Strategie verfolgt. In einer Regressionsanalyse (Paneldatenanalyse) kristallisierten sich 12 Faktoren heraus, die einen signifikanten Beitrag zur Erklärung der Direktinvestitionsbestände in den, in die Berechnung einbezogenen 46 Ländern im Beobachtungszeitraum 1995–2004 lieferten. Neben der ökonometrischen Analyse wurde mittels einer schriftlichen Befragung bei Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen in Ostdeutschland und bei Niederlassungen deutscher Unternehmen in Mittel- und Osteuropa sowie in Ostasien die

Beurteilung von 40 einzelnen Standortfaktoren erfasst. Zusätzlich wurde bei den in- und ausländischen Muttergesellschaften die Relevanz dieser Standortfaktoren bei der Ansiedlungsentscheidung erfragt.

Im Rahmen der schriftlichen Befragungen erwiesen sich wiederum neun aus der Gruppe der 12 relevanten Faktoren von hoher Relevanz für eine grenzüberschreitende Investitionsentscheidung. Um die Robustheit der von den in Ostdeutschland, Mittel- und Osteuropa sowie in Asien ansässigen Unternehmen vorgenommene Bewertung der Standortfaktoren prüfen zu können, wurden auf der Basis von Sekundärdaten die als relevant identifizierten Determinanten der Standortwahl für 12 Vergleichsländer analysiert. Die empirischen Befunde wurden im Benchmark-Verfahren in ein länderspezifisches Ranking für jeden der 12 Faktoren überführt. Eine anschließende Stärken-Schwächen-Analyse des Investitionsstandorts Ostdeutschland bildete die Grundlage für Handlungsempfehlungen an politische Entscheidungsträger zur Verbesserung der Investitionsbedingungen am Standort Ostdeutschland. Ansatzpunkte hierfür finden sich vor allem in den Bereichen Bildung und Forschung, damit sich die neuen Bundesländer im Standortwettbewerb um die Ansiedlung wissensintensiver und innovationsorientierter Unternehmen behaupten können.

Die wesentlichen Untersuchungsergebnisse werden nun als *ifo Dresden Studie 43* sowie in mehreren Beiträgen in der Zeitschrift *ifo Dresden berichtet* publiziert.¹ Diese Publikationen können in der ifo Niederlassung Dresden bei Katrin Behm bestellt werden (Tel.: 0351 26476-12, Fax: 0351 26476-20, Mail: behm@ifo.de).

¹ Als ersten von drei geplanten Beiträgen vgl. GRUNDIG, B., POHL, C. und H. SCHMALHOLZ: „Ostdeutschland im internationalen Standortvergleich“, in diesem Heft, S. 33–40.

